

Manfred von Busch

Der Silberkrieg in Ostasien



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN NW 7

Regierung des Generalgouvernements
Bücherei

Bücherverzeichnis Nr. 23471

Buchzeichen:

Standplatz: Abt. Bücherei



M. von Busch
Der Silberkrieg in Ostasien

Regierung des Generalgouvernements
Bücherei

Der Silberkrieg in Ostasien

Von

M. von Busch

Bücherverzeichnis Nr.

23471

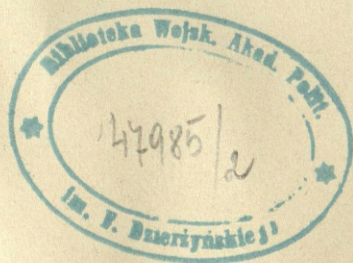
Buchzeichen:

Standplatz: Abt. Bücherei



1 9 4 2

DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN NW 7



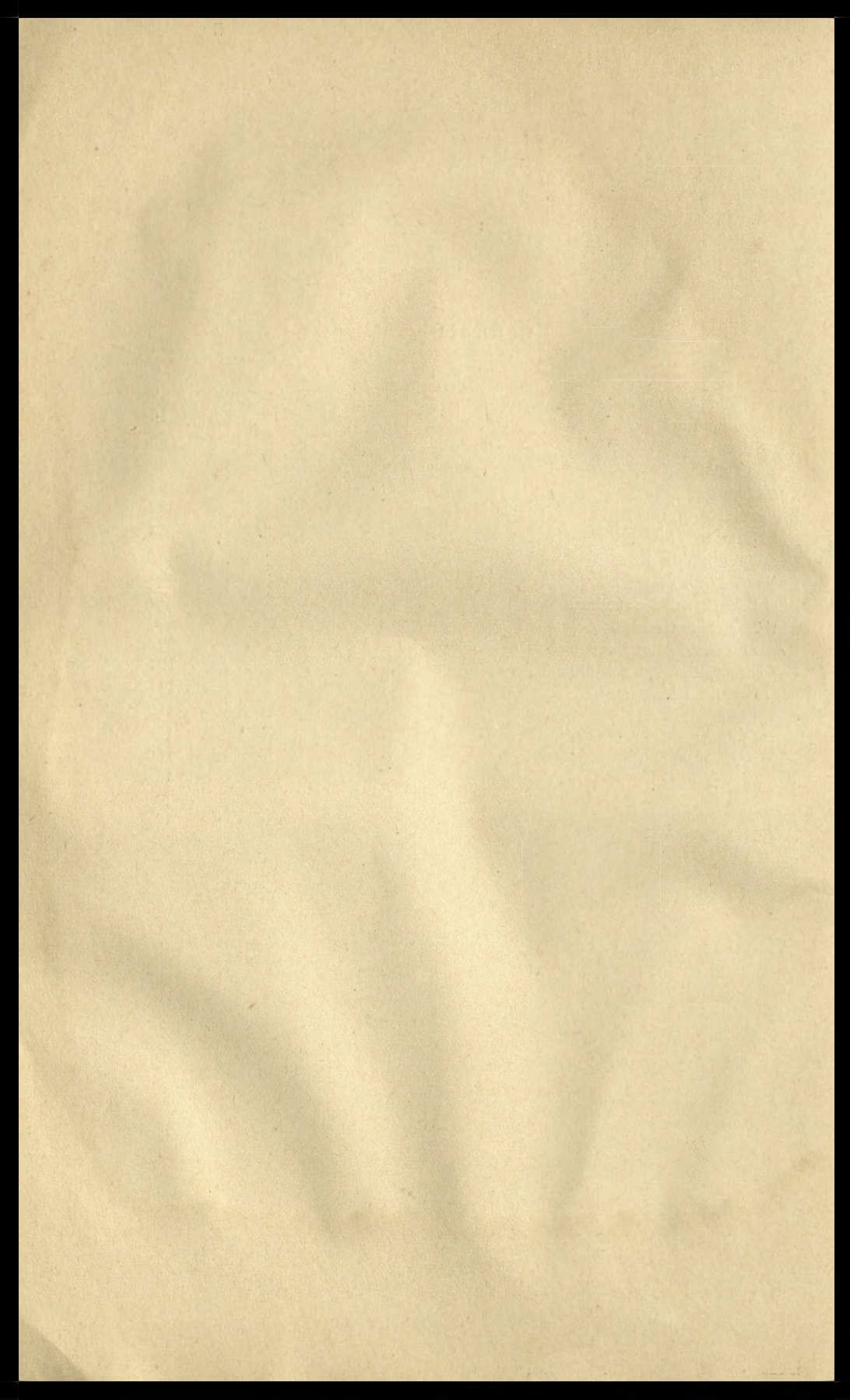
Copyright 1942 by Duncker & Humblot, Berlin NW 7

Printed in Germany

Druck: Julius Abel GmbH., Greifswald

I n h a l t

	Seite
Vorwort	7
Angriff und Abwehr	9
Yen gegen Pfund	18
Das Silber	25
England gibt nach	30
„Yenblock“	36
Die zweite Abwertung	39
Die Nordchinesische Dachgesellschaft	43
Der Währungskrieg	51
Englands Verluste	66
Eine Schlacht wird gewonnen	76
Ein Bereinigungsversuch	83
Passive Verteidigung Englands	102
Der europäische und der Silberkrieg	107
Wirtschaftliche Momente	111
Auswirkungen	119
Einer Lösung entgegen	125
Eine Verschärfung	130
Die Lösung	138
Nachwort	142



Vorwort

Als verantwortlichem Schriftleiter der Korrespondenz „Ostasiendienst“ stand mir ausreichendes Informationsmaterial zur Verfügung, das in der laufenden Berichterstattung infolge Raummangels nicht voll verwertet werden konnte. Die fortlaufende Bearbeitung dieses Materials gestaltete sich bald zur Buchform.

Der „Silberkrieg“ erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Mein Bestreben ging dahin, der deutschen Wirtschaft und allen an Ostasien interessierten Kreisen ein Material zugänglich zu machen, das ihnen in dieser Ausführlichkeit und Zusammenfassung kaum von anderer Seite geboten werden konnte.

Aus der Gegenwart soll auch die deutsche Wirtschaft den Weg in das neue Ostasien finden, dessen Werden von schweren Kämpfen begleitet ist. Die Kämpfe werden vergehen. Sie fegen manches hinweg, was Tradition geworden zu sein schien. Das Neue, Bleibende zu erkennen, das schon in den Kämpfen seinen Anfang nahm, es schon im Werden zu erfassen — dazu soll der „Silberkrieg“ beitragen.

Die Arbeit wäre kaum zustandegekommen, wenn ihr nicht die großzügige Unterstützung seitens des Geheimrats Dr. Katzenberger vergönnt gewesen wäre.

Meiner Frau Olga und ihrer treuen Mitarbeit kommt das Verdienst der Überwindung mannigfacher Hindernisse zu, die in den schwierigen Kriegsverhältnissen sich dem Erscheinen eines Buches in den Weg stellen.

Berlin-Zehlendorf, im Dezember 1941.



Angriff und Abwehr

Mit Hilfe von 15 japanischen führenden Banken und der Bank von Japan an der Spitze ist am 10. März 1938, d. h. acht Monate nach der Besetzung Peipings durch die japanischen Truppen und zehn Tage später als beabsichtigt, die „Federal Reserve Bank of China“ in Peiping gegründet worden. Sie erhielt als Kapital von den japanischen Banken eine Anleihe in Höhe von 100 Mill. Yen, zunächst für ein Jahr, zusätzlich zum eigenen Kapital in Höhe von 50 Mill. Yuan, das zur Hälfte von japanischen und chinesischen Interessenten gezeichnet wurde. Es blieb aber unbekannt, wer zu diesen chinesischen Interessenten zu rechnen war. Vermutlich handelte es sich hierbei um Werte, die von den japanischen Truppen in Nordchina vorgefunden und beschlagnahmt wurden. Von aktiven chinesischen tatsächlichen Interessen war auch späterhin nicht die Rede, mit Ausnahme der in der Öffentlichkeit unbekannt gebliebenen Beteiligungshöhe und -art der nordchinesischen Vertretungen der Bank of Communications und der Bank of China. Am Tage nach der Gründung der Bank übernahm Hashisaburo Hirao, früherer Präsident der japanischen „Iron Manufacturing“ und Erziehungsminister, den Posten des Wirtschaftsberaters der japanischen Armee in Nordchina, einen Posten, der für die weitere Entwicklung der Bank sowohl als auch der gesamten nordchinesischen Wirtschaft und damit für den Krieg der Währungen auf dem asiatischen Festlande von größter Bedeutung werden sollte. Dieser Posten darf als eine der wichtigsten Verbindungsstellen zwischen der nordchinesischen Wirtschaft und den japanischen Militärstellen, dem Willenszentrum für die Gestaltung des geplanten Aufbaues in Nordchina in japanischem Sinne, angesehen werden. Die Gründer der Bank, die nicht ohne Berechtigung in japanischen Militärkreisen vermutet werden, hatten die Absicht, mit Hilfe dieses Kapitals der Bank und noch einzuführender administrativer Maßnahmen die Bank in möglichst kurzer Frist in die Lage zu versetzen, den Außenhandel und damit die gesamte Wirtschaft Nordchinas zu finanzieren. Die Bank hatte zunächst die Aufgabe, in geeigneter Weise eine neue Yuanwährung einzuführen, die den nationalchinesischen Yuan aus Nordchina,

d. h. dem von japanischen Truppen besetzten nordchinesischen Gebiet, verdrängen und ihn durch diese neue Währung ersetzen sollte.

Die Bank begann ihre Arbeit mit einer Notenausgabe von 20 Mill. Yuan unter der Leitung des am 14. März 1938 von Tokyo ernannten Finanzberaters Kiichi Sakatani. So einfach und leicht diese Absicht namentlich im Hinblick auf die in der Mandschurei nach ihrer Besetzung von den japanischen Behörden geübte Praxis theoretisch auch schien, so schwierig wurde sie in ihrer praktischen Ausführung. Zunächst ergab sich sehr bald nach der Gründung, daß das von den japanischen Banken in Yen gewährte Darlehen von 100 Mill. Yen plus eigene Notenausgabe und Eigenkapital nicht ausreichten, um der neuen Bank die Eigenschaft der Bank zu verleihen, die den wirtschaftlichen Aufbau Nordchinas im gewünschten Sinne und Umfange lenken sollte. Japanischerseits beabsichtigte man mit dieser Gründung zudem, den Außenhandel Nordchinas in die Hand zu bekommen, ohne den die industrielle und landwirtschaftliche Aufbauarbeit in Nordchina nur schwer denkbar blieb. Hierzu bedurfte aber die Bank neben einer valutarischen oder Edelmetallreserve einer Autorität, auf der sich eine „devisenfähige“ Währung aufbauen konnte. Diese Autorität mußte sich die Bank, gestützt allein auf die 170 Mill. Yen und im übrigen auf die Bajonette der japanischen Truppen, selbst verschaffen. Sie war erforderlich, einmal um die Hauptaufgabe der Bank — die Verdrängung des nationalchinesischen Yuan aus dem nordchinesischen Gebiet — erfolgreich durchzuführen, zweitens aber auch, um den Außenhandel Nordchinas zumindest wirksam kontrollieren zu können. Der neue Yuan wurde, wohl entsprechend dem in Yen gewährten Darlehen, seinem Wert nach an den Yen angelehnt und quotierte in Peiping bei seinem Erscheinen auf dem Markt mit 14 d gegen das englische Pfund. Der Entschluß, den neuen Yuan an den Yen anzulehnen, darf auch auf die japanische Praxis in der Mandschurei zurückgeführt werden, wo der mandschurische Yuan, der bekanntlich ebenfalls eine Schöpfung Japans ist, auch mit dem Yen pari steht und schon immer mit der japanischen Währung engstens verbunden war. Außerdem wird es den japanischen Militärbehörden vorgeschwebt haben, daß später, bei der praktischen Verwirklichung des Yenblockgedankens die an den Yen angelehnte nordchinesische Währung verschmolzen werden könnte mit der mandschurischen und gegebenenfalls mit einer für das ganze, von japanischen Truppen besetzte chinesische Gebiet gültigen einheitlichen Währung. Anfangs bedeutete diese Anlehnung für den nordchinesischen Yuan gleichzeitig auch eine Angleichung an den nationalchinesischen Dollar, worin ebenfalls eine bestimmte Absicht zu erkennen war, und zwar die, der Währung des chinesischen Feindes durch „Ver-

wässerung“ einen empfindlichen Schlag zu versetzen. In der Folge fand denn auch diese Absicht einen gewissen Erfolg, dessen praktische Auswirkung aber für die japanischen Interessen in China keineswegs eine ungeteilte Freude blieb. Das Verhältnis zwischen dem neuen und dem nationalchinesischen Yuan änderte sich später sehr wesentlich, wobei selbst nach Ablauf eines Jahres der Bankarbeit noch nicht einwandfrei zu erkennen war, zu wessen Nachteil sich diese Veränderung auswirkte.

Wie die Provisorische Regierung von den auswärtigen Interessenten nicht anerkannt wurde, so mußte auch der Federal Reserve Bank zunächst die Anerkennung und damit auch die Mitarbeit der Fremdmächte und ihrer Exponenten auf dem Wirtschaftsgebiet — der Banken — versagt bleiben. Das war der schwerste Mangel, an dem nicht nur die Bank selbst, sondern auch die japanischen Handelsinteressenten und die japanische Regierung (Finanzministerium) und damit auch die japanischen Besatzungsbehörden zu tragen hatten. Er verhinderte vor allem eine reibungslose Abwicklung des sowohl für Nordchinas Aufbau dringend notwendigen, als auch im Interesse des japanischen Außenhandels und damit der japanischen Kriegsversorgung unumgänglich erforderlichen devisabringenden Außenhandels Nordchinas, er förderte aber auch gleichzeitig den Widerstand der nordchinesischen Bevölkerung gegen die von der Provisorischen Regierung eingeleiteten wirtschaftspolitischen Maßnahmen, wodurch wiederum die Versorgung der japanischen Truppen in Nordchina aus dem Lande selbst ernstlich in Frage gestellt wurde. Und noch nach geraumer Zeit der Arbeit der Bank, als die Zusammenarbeit mit den fremdländischen Banken und Interessenten ebensowenig wie die Auslieferung der Silbervorräte in Tientsin, von denen noch eingehender zu sprechen sein wird, an die Federal Reserve Bank erreicht war, mußte der japanische Mitarbeiter der Bank der Öffentlichkeit erklären, daß solange das nordchinesische besetzte Gebiet nicht befriedet sei, an eine normale Entwicklung des Wirtschaftslebens nicht gedacht werden könnte. Damit wurde japanischerseits zugegeben, daß Japan sein Ziel der Unterordnung Nordchinas unter japanische Interessen, nach zwei Jahren militärischer Besetzung noch nicht erreicht habe.

An diesem Punkt, dem Widerstand gegen die Zusammenarbeit mit der Federal Reserve Bank, zeigte sich die Unvollkommenheit der ersten japanischen Schöpfung auf wirtschaftspolitischem Gebiet im besetzten China, obschon es gerade diese Bank war, die den passiven — und im späteren Verlauf auch den aktiven — Widerstand der Engländer, Franzosen, Amerikaner gegen die japanischen wirtschaftlichen Aufbaumethoden aufzufangen und abzuwehren hatte. Dieser Mangel erschwerte nicht nur die Arbeit der

Bank als solcher, sondern machte es in ihrem ersten Arbeitsjahr auch praktisch unmöglich, eine positive Aufbauarbeit auf dem allgemeinwirtschaftlichen Gebiet zu leisten, an der doch den japanischen Besatzungsbehörden und der altjapanischen Wirtschaft so ungemein viel gelegen war.

Die ersten Schritte der FRB. erfolgten somit unter sehr ungünstigen Umständen. Der Widerstand der Fremdländer, die recht erhebliche Handelsinteressen in Nordchina seit langen Jahrzehnten hatten, konnte sich, ungebunden durch anderweitige Verpflichtungen, gegen Japans Maßnahmen voll auswirken. Dieser Widerstand war es auch, der selbst die japanischen Wirtschaftsstellen und Handels- und Industriekreise veranlaßte, in scharfer Opposition zur Schöpfung der Militärkreise zu stehen und auch längere Zeit hindurch zu verbleiben. In japanischen Finanzkreisen betonte man nachdrücklich, daß ein Erfolg des Vorhabens der Bank, d. h. des Feldzuges gegen den nationalchinesischen Yuan in Nordchina, der im Zusammenbruch dieser Währung gipfeln sollte, die eigene japanische Position auf dem chinesischen Markte und die japanische Wirtschaft in der Heimat empfindlich zu stören geeignet sein würde.

Mit der Gründung der Bank war die neue Yuanwährung in Nordchina zum einzigen gesetzmäßigen Zahlungsmittel erklärt worden. Die Provisorische Regierung in Peiping erließ Anfang April 1938, also kurz nach der Gründung der Bank, eine Verordnung, mit der verboten wurde, daß der Besitz von nationalchinesischen Dollar im besetzten Gebiet den Betrag von 1000 Yuan pro Person übersteige. Ende April stellte aber die japanische Presse fest, daß über Shihchiachwang größere Beträge nationalchinesischer Dollarnoten nach Nordchina eindringen und den Kurs des nordchinesischen Yuan gefährdeten. Ein solcher Zustrom von nationalchinesischen Dollar war in normalen Zeiten an sich nichts anderes, als eine natürliche Erscheinung des normal sich entwickelnden chinesisch-fremdländischen Handels. In den neuen Verhältnissen aber zeigte diese Erscheinung, daß hier ein Loch zu stopfen war im entstehenden Gewebe des neuen Aufbaues, das zu berechtigten Sorgen Anlaß gab. Auch diese kleine Nebensächlichkeit zeigte, daß der bisher als normal angesehene Ablauf des Geschäftslebens im besetzten China von Japan nicht mehr als solcher empfunden werden konnte und dringend nach einer Abänderung verlangte. Die auf dem Wege über Shihchiachwang nach Nordchina eindringenden Noten wurden von Händlern, Einwohnern, Bauern usw. sowohl gewohnheitsmäßig als auch aus Opposition gegen die neuen Noten entgegengenommen, die ihnen allein ihre Existenz zu sichern vermochten. Die Opposition gegen die neuen Yuannoten aus Peiping wurde verständlicherweise von den nationalchinesischen Kreisen innerhalb und außerhalb Nordchinas aktiv

unterstützt. Die nationale Propaganda unter den Baumwollbauern Nordchinas, aber auch unter den Arbeitern, die in den Kohlen- und Erzgruben die Rohstoffe für Japans Industrie und Wehrwirtschaft gewinnen sollten, hatte insofern ein leichteres Spiel, als von ihr das Argument, die alte Währung könnte jederzeit im Gegensatz zur neuen auch gegen ausländisches Geld, das überall Geltung hatte, eingetauscht werden, ausgiebig gebraucht wurde, und von japanischer Seite noch nicht durch Tatsachen widerlegbar war. Um so schärfer mußten naturgemäß die japanischen Stellen in Peiping durchgreifen, um durch diese Entwicklung den nordchinesischen Yuan nicht gefährden zu lassen. So konnte denn auch die FRB. noch am 29. 4. 38 öffentlich bekanntgeben, daß ihre Noten nach wie vor — also trotz des unerwünschten Zustroms der alten Banknoten aus dem Süden — zum Parikurs gegen Fapinoten *) — umtauschbar seien. Es wurde gleichzeitig betont, daß der systematische Zustrom der Fapinoten nach Nordchina abgeriegelt werde und daß für die Zukunft eine Gefahr von dieser Seite für die neuen Yuannoten nicht mehr zu befürchten sei. Die Umtauschfrist für die Inhaber der Fapinoten im Norden wurde gleichzeitig auf den 10. 6. 38 festgesetzt.

In der Folge ergab sich die bemerkenswerte Tatsache, daß auch nach Ablauf der Umtauschfrist für die alten Yuannoten gegen die neuen der Kurs zwischen dem Fapi und dem neuen Yuan auf dem Paristand verblieb, obschon es unbedingt im Interesse der Provisorischen Regierung gelegen hätte, daß dieser Kurs sich zugunsten des Yuan verändert hätte. Die Beibehaltung des Parikurses bedeutete in den Augen der Bevölkerung und auch der Handelskreise ein Eingeständnis seitens der FRB. in dem Sinne, daß der nordchinesische Yuan noch nicht die Geltung erhalten hatte, die erforderlich war, um in der Praxis, d. h. hauptsächlich im nordchinesischen Auslandsgeschäft, die Fapinoten zu ersetzen.

Diese Tatsache bereitete auch in Japan selbst einige Sorge. Der Korrespondent der „Osaka Mainichi“ berichtete am 21. Juli 1938 aus Tientsin, daß der Kurseinbruch des Fapi in Schanghai die Frage der Aufgabe des Parikurses in Nordchina aktuell mache. Dies veranlaßte ihn auch zur Äußerung der Besorgnis, daß die nordchinesischen Yuannoten eine gewisse Schwäche aufweisen. Die Fapinoten seien immer noch sehr gefragt, wodurch ein Mißverhältnis zwischen den alten und den neuen Noten entstehe. Dadurch werde aber die berufsmäßige Spekulation gereizt. Eine Besserung der Verhältnisse versprach der Korrespondent sich von der Zunahme des Umlaufes der neuen Yuannoten und dem Verschwinden der Fapi-

*) Fapinoten = nationalchinesischer Dollar, in der Folge stets so bezeichnet.

noten aus Nordchina. Das war fraglos eine durchaus berechtigte Annahme, zu deren Durchführung aber in der Praxis den japanischen Besatzungsbehörden einesteils und der japanischen Wirtschaft andernteils zunächst noch die erforderlichen Machtmittel fehlten. Nach Ansicht des Korrespondenten sollte hierzu auch die Yokohama Specie Bank beitragen, indem sie mit Hilfe ihres besonderen Fonds die Yuannoten zu Außenhandelsgeschäften hinzuzieht. Die hieraus zu erwartende Wirkung sollte durch die Vorschrift verstärkt werden, nach der die ausländischen Banken bei ihren Geschäften mit und in Nordchina die neuen Yuannoten gebrauchen mußten, womit gleichzeitig auch eine Erhöhung des Umlaufes der neuen Noten erzielt werden sollte.

Hier begann schon der eigentliche Kampf der FRB. um die „Devisengeltung“ der neuen Yuannoten. Der Weg zur Zusammenarbeit mit den fremdländischen Banken blieb aus den eingangs erwähnten Gründen der FRB. versperrt. So mußte sie einen anderen einschlagen, einen Weg, der mit größerem Risiko verbunden war und auch erheblich größere Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der jungen Bank stellte. Ende Juli wurde von der Bank bekanntgegeben, daß sie beschlossen habe, den Verkauf von Devisen aufzunehmen, ehe die Geltungsdauer für den Umlauf der Fapi-noten abgelaufen war, um schon jetzt die nordchinesische Währung devisenfähig erscheinen zu lassen. Dieser Entschluß zeigt die Dringlichkeit der Maßnahme. Aber auch, daß die Bank sich nicht mit den Dingen abzufinden gedachte, die ihr von den fremdländischen Interessenten und den mit diesen z. Zt. verbündeten nationalchinesischen Gegnern entgegengestellt wurden. Bisher hatte die Bank lediglich die Aufgabe gehabt, Devisen zu kaufen bzw. gegen ausgeführte nordchinesische Ware einzunehmen. Es wurde in Peiping betont, daß mit diesem Beschluß dem Fapi die Devisenbasis jedenfalls für Nordchina entzogen und dem nordchinesischen Yuan zugeschanzt werden sollte. Dies war das Ziel, zu dem die Bank strebte, auf das ihre Arbeit gerichtet war. Es war aber noch ein langer Weg bis zum Ziel. Die japanische Presse traf bei dieser Gelegenheit die Feststellung, daß die Fapinoten zu diesem Zeitpunkt in Nordchina noch höher bewertet würden, als die Yuannoten, was den Umlauf der Yuannoten behindere.

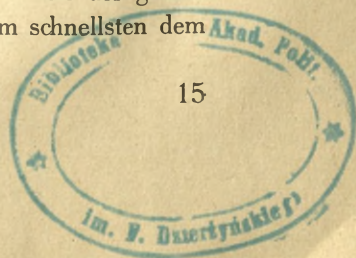
Nach japanischen Angaben befanden sich Ende Juli im Peiping-Tientsin-Bezirk Fapinoten im Werte von 50—60 Mill. im Umlauf, während der Umlauf der neuen Yuannoten bereits den Betrag von etwas weniger als 50 Mill. Yuan erreicht hatte. Hierbei ist allerdings ein gewisser Widerspruch zu beobachten zwischen den einzelnen japanischen Angaben. So berichtete die „Osaka Mainichi“ am 9. 7., daß die im Umlauf befindlichen neuen Yuannoten schon den Betrag von 70 Mill. ausmachten und zum

September 1938 die 100-Millionengrenze erreicht werden sollte. Immerhin kann angenommen werden, daß zum Ende Juli 1938 Fapi- und Yuannoten innerhalb der erwähnten Bezirke, die für den nordchinesischen Handelsverkehr die wichtigsten waren, sich wertmäßig die Waage hielten. Dieses konnte für die weitere Entwicklung der nordchinesischen Währung nicht ohne Einfluß bleiben, zeigte es doch erstmalig den japanischen Stellen einen gewissen „mengenmäßigen Erfolg“ in der Richtung der Verdrängung der Fapinoten aus Nordchina.

*

Anfang August können wir den nächsten Schritt der japanischen Behörden in der eingeschlagenen Richtung zur „Neuordnung Ostasien“ erkennen, zu deren praktischen Verwirklichung die FRB. so viel beitragen sollte. Es wurde die Nachricht verbreitet, daß die FRB. den Plan habe, die Außenhandelsgeschäfte selbst aktiv zu übernehmen, indem sie einen Devisenfonds zu schaffen begonnen habe. Devisen brauchte die Bank, Devisen brauchten die japanischen Militärstellen in Nordchina, um der Aufbauarbeit im besetzten Gebiet den Schwung zu verleihen, der nun einmal notwendig war, um „die Wirtschaft anzukurbeln“. Die Schaffung eines solchen Devisenfonds dachte man sich so, daß der nach dem japanischen Kopplungsmuster im Außenhandel betriebene Geschäftsgang die Devisen herbeischaffen sollte. Um den Anfang zu diesem Geschäftsgang zu machen, sollte die FRB. von der Yokohama Specie Bank Beträge in Silbergeld, die diese in London und New York unterhielt, zur Verfügung erhalten. Außerdem hatte die Reserve Bank nach japanischen Angaben einen eigenen Goldfonds in London, der ebenfalls zu diesen Zwecken in Anspruch genommen werden sollte. Allerdings ist weder die Höhe der Silberbeträge, noch diejenige des erwähnten Goldfonds der FRB. jemals bekannt geworden. Verschiedene Anzeichen lassen die Vermutung zu, daß es sich bei der Erwähnung dieser Reserven um Zweckmeldungen handelt, mit denen namentlich in fremdländischen Kreisen der Eindruck erweckt werden sollte, daß die FRB. über reichliche Reserven zur Deckung der neuen Yuannoten verfüge. Es läßt sich denken, daß, wenn diese Zweckmeldungen verfangen hätten, das Mißtrauen gegen die neuen Yuannoten weniger scharf geworden wäre. Der weitere Verlauf der Ereignisse zeigte jedoch, daß dieser Zweck nicht erreicht worden war und daß das Mißtrauen bestehen blieb.

Die beabsichtigte Form der Finanzierung des nordchinesischen Außenhandels, und zwar durch Beschaffung von Devisen vermittels der gestiegenen Ausfuhr aus Nordchina, die unter Umständen am schnellsten dem



ganzen japanischen Wirtschaftssystem einschließlich desjenigen Altjapans zum Erfolg hätte verhelfen können, konnte jedoch aus verschiedenen Gründen nicht in dem gewünschten Umfange und Tempo durchgeführt werden. Außer dem bereits erwähnten Widerstand seitens der Fremdländer kamen noch andere Dinge hinzu, von denen die japanische Presse Anfang August ausführlich berichtete. So heißt es in den japanischen Ausführungen, daß seit der Gründung der neuen Bank, d. h. seit 5 Monaten, ein heftiger Kampf zwischen der Peipinger Regierung und der Regierung des Marschalls Chiang Kai-shek entbrannt sei. Es sei jetzt an der Zeit, die Entscheidung herbeizuführen.

Der Kampf zwischen der Peipinger Provisorischen und der Regierung des Marschalls Chiang Kai-shek war in dieser Phase nichts anderes als der Währungskrieg, der Krieg zwischen dem Yen und dem Pfund, an dem Japan genau so interessiert war wie die Chungking-Regierung, aber auch wie London. Zu diesem Zeitpunkt traten schon sichtbar die Anzeichen in Erscheinung, die diesen Krieg des Yen gegen den Yuan und gegen das Pfund Sterling als den Kern der Auseinandersetzungen erscheinen ließen, die zwischen Tokyo, Chungking und London ausgefochten wurden. Wir erwähnten schon den Kurseinbruch des nationalchinesischen Dollars in Schanghai, von dem der japanische Korrespondent so sorgenvoll berichtete, daß er die Frage einer Bereinigung des Kursverhältnisses zwischen Fapi und nordchinesischem Yuan akut werden lasse. Dieser Kurseinbruch war aber eine Folge von Abwehrmaßnahmen der Chungkingregierung. Sie bestanden zunächst und vor allem in der Einführung der Devisenkontrolle in dem von der chinesischen Nationalregierung beherrschten Gebiet Chinas und sollten die nationalchinesische Währung vor Versuchen schützen, sie durch so oder anders geartete Manipulationen ins Wanken zu bringen, zu denen die „Verwässerung“ des Fapi im Norden ebenso gehörte wie die Schaffung des nordchinesischen Yuan. Jede größere Schwankung im Kurse der nationalchinesischen Währung bedeutete ein weiteres Hindernis für die Regierung des Marschalls, die für das Heer notwendigen Einkäufe im Auslande zu tätigen. Zu solchen Versuchen japanischerseits rechnete die Nationalregierung in Chungking mit Recht auch die Einführung der nordchinesischen Yuanwährung, in der man eine gefährliche Mine gegen die eigene Währung erkannte. Die nationalchinesische Devisenkontrolle hatte zur unmittelbaren Folge die vorläufige Festsetzung des Fapidollars auf dem internationalen Markt auf 8 d. Das bedeutete einen Rückgang des Fapiwertes um 6 d gegen den Wert, den diese Währung zum Zeitpunkt der Gründung der FRB hatte. Theoretisch betrachtet, würde das einen Erfolg der japanischen Versuche zur Unterminierung des nationalchinesi-

schen Fapi bedeuten. In der weiteren Folge der Ereignisse werden wir sehen, daß diese Theorie eben nur Theorie blieb.

Die japanische Presse berichtete in dieser Zeit, daß sich ein überraschendes Phänomen infolge dieses Vorganges ergeben hätte: in Verfolg der entstandenen Kursdifferenz wurden Yennoten aus Nordchina nach Schanghai gebracht und dort gegen Fapi mit einem Gewinn von 6—7 Prozent eingetauscht. Das war der Beginn einer für die japanische Währung sehr gefährlichen Entwicklung, zu deren Eindämmung später noch bedeutende Anstrengungen von Tokyo aus unternommen werden mußten. Japanisches Papiergeld kam in großen Mengen nach Schanghai und überflutete dort den Markt. Die japanischen Banken mußten schließlich es ablehnen, Yennoten zu dem auf der „schwarzen Börse“ geltenden Kurs anzukaufen, um diesem für den Yen gefahrbringenden Geschäft entgegenzuwirken. So zeigte sich, daß die von den japanischen Militärstellen eingeleiteten wirtschaftspolitischen Maßnahmen eine recht bedeutende Schattenseite hatten, wie es auch die japanischen Wirtschaftskreise vorausgesehen hatten.

Yen gegen Pfund

Damit war nun der eigentliche Kampf zwischen dem Yen und dem Pfund Sterling entbrannt. Denn es ging nicht nur um die kleinen Spekulationen, die in Nordchina und in Schanghai die Kursdifferenzen ausnutzten und die zu verhindern in japanischem Interesse lag, nicht um die kleinen oder größeren Schieberverdienste und -gewinne in diesen Gebieten, sondern es ging schon jetzt um die große Schlacht zwischen dem Pfund und dem Yen, deren Verlauf den militärischen Erfolgen Japans in China ihren wirtschafts-politischen und wehrwirtschaftlichen Wert zu geben vermochte, sofern sie von Japan bzw. dem Yen gewonnen wurde und deren Ausgang alle japanischen Siege auf den Schlachtfeldern zunichte machen konnte, wenn das Pfund Sieger blieb. Denn schon jetzt, beim „ersten Schuß“ in dieser Schlacht, als der die Gründung der Federal Reserve Bank in Peiping anzusehen ist, war es für keinen der Beteiligten ein Geheimnis mehr, daß der nationalchinesische Yuan im englischen Pfund Sterling die Stütze gefunden hatte, ohne die das nationale China den Währungskrieg und damit den militärischen Widerstand gegen Japan nicht fortsetzen konnte. Der britische Finanzberater der Nationalregierung hatte richtig und rechtzeitig erkannt, daß mit der Federal Reserve Bank in Peiping der nationalchinesischen Währung ein Feind entstanden war, der unter Umständen stärker werden konnte, wirksamer gegen Chinas Widerstandskraft anzu-rennen vermochte, als alle japanischen Truppen. So genügte es, wenn die Provisorische Regierung Fapinoten in allen erreichbaren Mengen gegen nordchinesische Yuannoten aufkaufte, um sie zum Ankauf von Devisen zu verwenden, daß der Nationalregierung ein recht erheblicher Schaden zugefügt wurde.

Zug und Gegenzug waren somit erfolgt. Die Gründung der FRB. war von Chungking aus mit der Devisenbewirtschaftung beantwortet worden. Neben der reinen Abwehr seitens der Nationalregierung gegen den japanischen Vorstoß aus Peiping gegen die Fapiwährung erfolgte durch diese Devisenbewirtschaftung ein aktiver Vorstoß von nationalchinesischer Seite, indem dadurch der bisher unbeschränkten Devisenbeschaffung gegen

Fapinoten ein Riegel vorgeschoben und die aktive Arbeit und das Fortkommen der FRB. sehr erheblich behindert wurde. Auf japanischer Seite wurde daher der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Beibehaltung einer solchen Situation in Nordchina auf die Dauer unhaltbar sei. Es folgte denn auch schon am 9. August ein neuer Gegenzug der Provisorischen Regierung, mit dem der Fapi auf dem Verordnungswege im nordchinesischen Gebiet, d. h. aber auch nur dort, wo die Gewalt der japanischen Gewehre unmittelbar hinreichte, um 10 Prozent abgewertet wurde. In diesem Zusammenhang nennt ein japanisches Blatt den Betrag von 240 Mill. Yuan an nationalchinesischen Dollar (Fapi), die in Nordchina zu diesem Zeitpunkt im Umlauf waren. Hinzu kamen noch 50 bis 60 Mill. Yuan in Noten der Bank von Korea, der Bank von Japan und der Centralbank von Mandschukuo, die ebenfalls zum Parikurs in Nordchina umliefen. Diese Ziffern sind insofern von Bedeutung, als die FRB. in Peiping doch die Aufgabe hatte, alle diese Noten durch den nordchinesischen Yuan zu ersetzen, sie also gegen ihre eigenen Noten einzulösen. Hierzu hätte es — gerechnet zum Parikurs — eines Betrages von etwa 300 Mill. nordchinesischer Yuan bedurft, der der Bank aber noch nicht zur Verfügung stand.

Der administrative Eingriff der Provisorischen Regierung in die wirtschaftlichen Funktionen des nordchinesischen Gebietes, wie er sich in Form der Verordnungen äußerte, erfolgte selbst auf die keineswegs unberücksichtigt gelassene Gefahr der Preiserhöhung im Lande und der damit verbundenen Stockungen oder Störungen im Wirtschaftsleben. Dieser Eingriff sollte aber u. a. der Bevölkerung und den fremden Handelskreisen noch einmal vor Augen führen, daß es den japanischen maßgebenden Stellen Ernst war mit der Absicht, den neuen Yuan in Nordchina einzuführen und als einzige gesetzliche Währung gelten zu lassen. Man unternahm diesen Schritt und ließ gleichzeitig nicht die Augen von der chinesischen Nationalregierung und ihrem Finanzministerium. Die Situation blieb aber für die Provisorische Regierung und die FRB. trotz dieser Züge insofern ungünstig, als Regierung und Bank bei der Tätigkeit von Auslandsgeschäften nach wie vor zu einem sehr wesentlichen Teil auf den Gebrauch des devisenfähigen Fapi angewiesen blieben, den sie so heftig bekämpften. Daran änderte auch die erste Abwertung nicht viel.

Im Zuge dieses verwirrenden Kampfes, in dessen Verlauf sich auch Sachverständige manches Mal irrten, wurde in Tientsin eine von Schanghai unabhängige Quotierung des nationalchinesischen Yuan eingeführt, wodurch u. a. auch die Tätigkeit der Filialen der nationalchinesischen Banken — wie die Bank of China und der Bank of Communications — in Nordchina zunächst behindert und später ganz unmöglich gemacht werden sollte.

Hatten sich doch diese Banken an die von der Nationalregierung befolgte Finanzpolitik und damit an den amtlichen Fapikurs, der auch auf dem Weltmarkte Geltung hatte, zu halten. Ihre Tätigkeit mußte sich auch aus diesem Grunde mit der Zeit mehr oder weniger deutlich gegen die Reserve Bank richten, obgleich sie beide an der Gründung dieser Bank beteiligt waren. Sie konnten aber in Nordchina bestehen, solange die Gesetze der Fremdenniederlassungen in Tientsin sie schützten und die fremdländischen Banken mit ihnen und nicht mit der FRB. in geschäftlicher Verbindung standen.

Praktisch äußerte sich diese Zusammenarbeit, die von Japan nicht ohne Grund als eine japanfeindliche Einstellung der Fremdländer angesehen wurde, darin, daß die Banken in Tientsin sich in der Kursbewertung des Fapi an den Schanghai-Kurs von 8 d hielten und auch den nordchinesischen Yuan zum gleichen Kurs bewerteten. Abgesehen von der Nutznießung dieses Unterschiedes zwischen dem Peipinger amtlichen und dem Kurs in den Niederlassungen, der von den nationalchinesischen Banken wenn nicht bestimmt, so doch gehandhabt wurde, ist in dieser Handhabung ein weiterer Beweis dafür zu erblicken, daß die Schlachten im Yen-Pfund-Kriege in den Börsensälen geliefert wurden. Diese Schlachten hatten aber auch — nach japanischen Angaben — zur Folge, daß die nahezu gesamten Exportgeschäfte sich weiterhin dort konzentrierten, wo sie den Geschäftsleuten infolge des günstigeren Kursstandes größere Gewinne einbrachten, nämlich in den fremdländischen Banken. Die FRB. konnte, wie die „Japan Times“ vom 10. 8. 38 schrieb, in dieser Sache nichts tun. Hinzu kam noch, daß die Bevölkerung in Nordchina keinen Unterschied zwischen dem Fapi und dem Yuan machte und der Kurseinbruch des Fapi in ihren Augen auch den Yuan mitriß. Das hätte den japanischen Behörden in Peiping und Tientsin an sich gleichgültig sein können, wenn nicht dadurch eine allzu große Preissteigerung in ganz Nordchina verursacht worden wäre, unter der auch die japanischen Okkupationsbehörden beim Einkauf ihres Heeresbedarfes zu leiden hatten, und die Preise nicht die Anzeichen einer drohenden Inflation mit sich gebracht hätten. Nach Angaben der gleichen Zeitung führte diese Entwicklung u. a. auch dazu, daß in Nordchina die Baumwollpreise um 10 Yen per picul höher lagen, als in Japan. Baumwolle war aber einer der hauptsächlichsten Artikel, die sich Japan aus Nordchina mit Hilfe seiner Truppen zu holen beabsichtigte. Auch dieser Umstand rechtfertigte in den Augen Japans die Abwertung des Fapi in Nordchina. Schließlich wurde japanischerseits noch darauf hingewiesen, daß die FRB. die Aufgabe habe, die 240 Mill. Fapi aus dem nordchinesischen Umlauf zu ziehen, die noch immer die Absichten der Bank empfind-

lich störten. Es stand aber der Bank zu diesem Zeitpunkt eine Silberreserve von nur 50 Mill. Yuan zur Verfügung, durch die die Ausgabe des eigenen Geldes gedeckt wurde. Durch die beabsichtigte Abwertung sollte die Gesamtsumme der einzuziehenden Fapinoten um 20 Mill. Yuan mit einem Schlage verringert werden. Ferner sollte die Bank seit Beginn ihrer Tätigkeit einen Devisenfonds von rund 10 Mill. Yuan durch Außenhandelsoperationen, Steuererhebungen u. ä., eingenommen haben, der mit der Zeit noch weiter anwachsen sollte.

*

Mit einer Verspätung von 8 Tagen, über deren Ursache nichts in die Öffentlichkeit drang, veröffentlichte die Provisorische Regierung am 8.8.38 eine Verordnung, bestehend aus zwei Punkten, über die Abwertung des Fapi in Nordchina. Die Verordnung hat folgenden Wortlaut: „1. Ungeachtet der im zweiten Absatz des Artikels 2 der Anordnung über die alte chinesische Währung aufgeführten Regelung haben die von der Bank von China und der Verkehrsbank herausgegebenen Noten nach dem Tage der Veröffentlichung dieser Verordnung einen Wert von 90 Prozent ihres bisherigen Wertes. 2. Ungeachtet der im Absatz 2 des Artikels 1 der Anordnung über die Kleingeldnoten und Münzen haben alle Kleingeldnoten und Münzen, mit Ausnahme derjenigen der Provinzbank von Hopei und der Osthopei-Bank, nach dem Tage der Veröffentlichung dieser Verordnung einen Wert von 90 Prozent ihres bisherigen Wertes.“

Die beiden hier erwähnten Hopei-Banken sind Institutionen, die ganz unter japanischem Einfluß stehen und eine große Rolle schon in der Zeit spielten, als Japan seine ersten Vorstöße gegen das nordchinesische Gebiet unternahm, das damals noch zum Herrschaftsbereich der Nationalregierung gehörte. Die hauptsächlichste Arbeit hatten die Banken in der Zeit geleistet, als die japanische Wirtschaft vor dem Ausbruch der militärischen Feindseligkeiten versuchte, über das Osthopei-Gebiet nach Nordchina vorzudringen, was der japanischen Wirtschaft und Regierung nicht nur von chinesischer Seite den Vorwurf des Schmuggels eintrug.

Ende Juli zeigte sich ein neues Hindernis auf dem Wege zur Beherrschung des nordchinesischen Marktes durch die neuen Yuannoten, das sich aus dem Handelsverhältnis zwischen Japan und Nordchina ergab. Bisher hatten die japanischen Yennoten ungehindert Zutritt nach Nordchina gehabt. Da der neue Yuan dem Yen angeglichen war, schien vorerst kein Grund vorhanden zu sein, diesen Zustrom einzudämmen, bis die nordchinesischen Behörden darauf aufmerksam wurden, daß an der „schwarzen

Börse“ in Tientsin die neuen Yuannoten mit einem Aufgeld von 1 Yuan für 100 im Wechselkurs mit Yennoten quotiert wurden. Yennoten strömten ungehindert aus Japan wie in ein bodenloses Faß nach Nordchina, von wo sie ihren Weg nach Mittelchina fanden. Peiping sah sich daher nach entsprechender Fühlungnahme mit Tokyo zur Ankündigung veranlaßt, daß der Umlauf von Yennoten in Nord- und Mittelchina verboten würde. Vorerst mußte es aber bei dieser Ankündigung bleiben, da die japanischen Truppen in diesen Gebieten zumeist in Yen besoldet wurden und ihnen auch keine andere Noten in ausreichenden Mengen zur Verfügung standen, mit denen Offiziere wie Soldaten ihre kleinen Einkäufe hätten tätigen können. Immerhin war diese Ankündigung schon ein Hinweis darauf, daß man in Peiping an eine gewisse Einschränkung des Handelsverkehrs zwischen Japan und Nordchina zu denken gezwungen war. Dies sollte der erste Hinweis auch darauf sein, daß ein noch schwereres, größeres Problem im Anrollen war — das Problem des „Yenblocks“. Blieb dieser Handelsverkehr zwischen Japan und Nordchina in hergebrachter Weise uneingeschränkt, so konnte der Zustrom der Yennoten nach Nordchina nicht eingedämmt werden; auf der anderen Seite aber mußte gegen das in der Praxis sich ergebende Aufgeld behutsam vorgegangen werden, um den Wert des Yen in Nordchina nicht zu untergraben. Es bestand die Gefahr, daß dieser einmal aufgekommene Kursunterschied zwischen Yen und nordchinesischem Yuan nach Gutdünken der Spekulation und des chinesischen Gegners sowie seiner Verbündeten erheblich erweitert würde, sei es zugunsten des nordchinesischen Yuan, sei es zugunsten des Yen. Das blieb sich in diesem Falle gleich. Beide Bevorzugungen bzw. Eventualitäten mußten für den Yen und die nordchinesische Yuanwährung von Nachteil sein, weil sie dazu angetan waren, in gleichem Maße die Autorität der Provisorischen Regierung und ihrer Lenker zu untergraben.

Mit diesen Fragen befaßte sich denn auch wiederum die Handelskammer von Osaka, die betonte, daß die wichtigste Voraussetzung für die japanische wirtschaftliche Erschließung in China die Errichtung eines zuverlässigen Währungssystems sei. Als bestes Mittel hierzu wies die Kammer auf ein mit den japanischen Zollbehörden zu treffendes Abkommen hin, nach dem ein bestimmter Teil der japanischen Ausfuhrzölle für nach China auszuführende Waren einem Fonds zugeführt werde, der für die Errichtung eines stabilen Währungssystems verwendet werden soll. Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang, daß die Kammer die japanischen Handelsinteressenten auf die äußerst geringen Aussichten für japanische kleine Handelsunternehmen in Nordchina aufmerksam machte, da die chinesische Konkurrenz zu groß sei. Hingegen riet die Kammer dringend

an, schwerindustrielle Unternehmungen nach Nordchina zu verpflanzen, um mit Hilfe der billigen chinesischen Arbeitskräfte die Bodenschätze zu heben. Im Gegensatz zu der erwähnten Ankündigung der Peiping Behörden bezüglich des Yenverbotes in Nordchina tritt die Kammer dafür ein, daß dem japanischen Kapital der Zutritt nach China zu Handels- und Industriezwecken erleichtert werde. Gleichzeitig sei es notwendig, chinesische Kapitalgruppen zur aktiveren Mitarbeit heranzuziehen. Schließlich erwähnt die Kammer noch die sehr bedeutsame Frage der fremden Niederlassungen. Im allgemeinen sei die Wiederherstellung und die neue Beteiligung fremdländischen Kapitals erwünscht und notwendig, sehr sorgfältig müsse aber geprüft werden, ob und inwieweit diese Beteiligung nicht gegen die japanische Politik verstoße. Es wäre tunlich, von den fremdländischen Betrieben eine Gewerbesteuer zu erheben, die zur Stärkung der Finanzen der Provisorischen Regierung beitragen würde.

In weiteren Empfehlungen der Handelskammer von Osaka, die sich ganz besonders des japanisch-nordchinesischen Geschäfts und seines Ausbaues annahm, kommt immer wieder zum Ausdruck, daß das Fremdenproblem in Nordchina, parallel mit demjenigen der antijapanischen chinesischen Elemente, in seinem jetzigen Zustand ein schwer überwindbares Hindernis für Japan sei. Es wird in diesem Zusammenhang davon gesprochen, daß die weitere Unterstützung der nationalchinesischen Regierung durch die Fremdländer, wie sie z. B. im Gebrauch der Fapinoten und dem Boykott der neuen Yuannoten zum Ausdruck käme, unter Umständen mit Gewalt verhindert werden müßte.

Vorerst wurden jedoch diese Probleme der Niederlassungen durch dringender in Erscheinung tretende Momente zurückgestellt. Am 23.9.38 berichtete die japanische Presse, daß das Aus- und Einfuhr-Kopplungssystem in Nordchina eingeführt werden soll. Die FRB. sollte in diesem Zusammenhang der Yokohama Specie Bank, die praktisch das Auslandsgeschäft für die Provisorische Regierung tätigen sollte, eine Anleihe in Höhe von 6 Mill. Yuan zur Finanzierung des Auslandsgeschäfts gewähren. Vor der Einführung des Kopplungssystems wurden die japanischen Kaufleute in Tientsin in die Filiale der Yokohama Specie Bank zur Entgegennahme von Informationen eingeladen. Eine Woche später berichtete die Domei-Agentur aus Tientsin von dem Beschluß der Regierung, die Yennoten und die Noten der Koreabank aus Nordchina zu entfernen. Damit wurde auch die schon am 11.6.1938 veröffentlichte Verordnung bestätigt, mit der allen Reisenden und Steuerpflichtigen in Nordchina der Gebrauch von Yuannoten zur Pflicht gemacht wurde. Das Einwechseln von kleinen Summen wurde in den Läden und Geschäften untersagt, um der Spekulation vorzubeugen.

Ferner wurde mit den japanischen Militärbehörden eine Vereinbarung getroffen, nach der das Vordringen von Yenbeträgen in das Hinterland verhindert oder doch erschwert werden sollte. Hierbei kam wiederum die Sorge zum Ausdruck, daß größere Yenbeträge aus dem Inneren Nordchinas nach Schanghai gelangten, wodurch die japanischen Bemühungen um die Aufrechterhaltung des Wechselkurses ernstlich bedroht würden.

Das Silber

Das vom Gouverneur der Federal Reserve Bank, Wang Shih ching, am 3. Oktober 1938 mit der Yokohama Specie Bank geschlossene Abkommen über ein Darlehen zur Förderung des Außenhandels ist als der erste praktische Schritt auf dem Wege zur Tötung des nordchinesischen Außenhandels durch die FRB. anzusehen. Das Abkommen hat folgenden Wortlaut: „1. Die Federal Reserve Bank gewährt der Yokohama Specie Bank ein Darlehen in Höhe von 5 Millionen Yen als Devisenfonds. Die Yokohama Specie Bank benützt diesen Fonds gemäß dem Grundsatz des Ein- und Ausfuhrkopplungssystem. 2. In der Regel wird das Kopplungssystem ein wechselseitiges sein. 3. Der Kurs für den FRB.-Yuan wird in Verbindung mit dem Kopplungssystem auf 14 d auf London festgesetzt. 4. Jedes Handelsunternehmen in Nordchina, unabhängig von seiner nationalen Zugehörigkeit, darf dieses System benützen.“ Beachtenswert in diesem Abkommen erscheint besonders der Hinweis darauf, daß die Handelsunternehmen „unabhängig von ihrer nationalen Zugehörigkeit“ an dem Kopplungssystem teilnehmen dürfen, das bekanntlich seinem Wesen nach den freien Handelsverkehr behindert. Damit sollte keineswegs allein formell den fremdländischen Firmen die Möglichkeit geboten werden, an dem nordchinesischen Außenhandel teilzunehmen. Es war vielmehr fraglos die Absicht der Peipinger Regierung, den fremdländischen Handel mit diesem Hinweis auf die Möglichkeiten aufmerksam zu machen, die sich ihm im Rahmen der neuen Ordnung bieten sollten. Sehr wahrscheinlich ist es auch, daß dieser Hinweis von amtlicher Seite dem nordchinesischen Fremdhandel eine Tür zur Umwelt offenhalten sollte. Das Kopplungssystem mußte an sich schon dem Grundsatz der Wahrung der besonderen japanischen Interessen in Nordchina ausreichend Rechnung tragen. Es war in diesem Zusammenhang aber in fremdländischen Kreisen vielfach die Rede davon, daß Japan sich mit diesem System der Kopplung die Monopolstellung in Nordchina zu sichern beabsichtigte, die ihm erforderlich erschien, um an die Reichtümer Nordchinas in der Form heranzukommen, wie sie ihm für die wehrwirtschaftlichen Zwecke erforderlich schien.

Der Vollständigkeit halber sei hier darauf hingewiesen, daß zu diesem Zeitpunkt die Notenemission der Federal Reserve Bank nach japanischen Angaben den Betrag von 88 Mill. Yuan erreicht hatte, also noch vor der für den September 1938 erwarteten 100-Millionen-Grenze stand. Um so mehr Grund hatten die japanisch-nordchinesischen Behörden, auf der beschleunigten Durchführung des Vorhabens mit der Kopplung des Außenhandels zu bestehen, da dieses System der Bank die erforderlichen Devisen einbringen sollte, mit deren Hilfe erst die erstrebte Erhöhung des Umlaufs der gedeckten Yuannoten möglich wurde. Obschon die Federal Reserve Bank nunmehr ein halbes Jahr arbeitete, war bisher nur sehr wenig von ihrer Tätigkeit in die Öffentlichkeit gedrungen, abgesehen von den Berichten über die Schwierigkeiten, mit denen die neuen Noten auf dem Markt zu kämpfen hatten. So kann auch kein Anhaltspunkt dafür bemerkt werden, zu welchem Teil die aus den wenigen verfügbaren Quellen der Bank zufließenden Devisen tatsächlich dem Fonds zugutekamen und zu welchem Teil sie in die japanischen Reservoirs gerieten. Für die letztere Möglichkeit spricht der Umstand, daß die japanische Handelswelt die Auffassung vertrat, daß der „Yenblockhandel“, d. h. der Handelsverkehr innerhalb des „Yenblocks“, zu dem auch Nordchina gehörte, eine japanische Angelegenheit sei und nicht eine solche zwischen Japan und dem Auslande. Diese Auffassung mußte naturgemäß die Monopolstellung Japans in Nordchina besonders betonen, wodurch aber die Fremdländer nicht gerade zur Nachgiebigkeit bewogen wurden. So war es durchaus denkbar, daß Devisen, die von der FRB. in Tientsin oder Peiping vereinnahmt wurden, den Weg nach Tokyo zur Finanzierung des japanischen Außenhandels fanden und damit der Bank entzogen wurden.

Über die praktische Auswirkung des Abkommens zwischen der Yokohama Specie Bank und der FRB. sind nur sehr wenig Informationen in die Öffentlichkeit gedrungen. Ausführlicher sind hingegen die Informationen, die sich auf die Störungen beziehen, mit denen die japanischen Behörden in Nordchina sich zu befassen hatten. Zu diesen gehört u. a. auch die Silberfrage, die später in den japanisch-englischen Beziehungen eine wichtige Rolle spielen sollte.

Schon in der Zeit vor der Gründung der Federal Reserve Bank und sehr bald nach der militärischen Besetzung Peipings und Tientsins wurde japanischerseits die Auslieferung des Silbers gefordert, das in der französischen und britischen Konzession in Tientsin lag. Die japanische Presse gibt den Wert dieses Silbers im November 1938 mit 45 Mill. Yuan an. Sie betont, daß es sich bei den national-chinesischen Banken in Tientsin in Verwahrung befinde, die an der Gründung der Federal Reserve Bank

teilgenommen und sich vertraglich verpflichtet hatten, das Silber auszuliefern. Japanischerseits wurde hierbei besonders unterstrichen, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, wo diese Banken sich von der ihnen vom Hauptsitz vorgeschriebenen Politik lösen müßten, zumal die von ihnen bisher vertretene Währung immer mehr an Wert verliere. In Nordchina sei ihnen die Emissionstätigkeit untersagt, was ihnen an sich schon den Weg zeigen müßte, den sie zu gehen hätten. Ohne Frage hätte ein Umschwenken dieser Banken — es handelt sich um folgende Banken: Kincheng Banking Corp., Salt Industrial Bank, Continental Bank, China and South Bank sowie die Filialen der Bank of China und der Bank of Communications, die an der Gründung der Federal Reserve Bank teilnehmen mußten — in die Linie der Wirtschafts- und Währungspolitik der Provisorischen Regierung einen recht bedeutenden moralischen Erfolg für die japanischen Behörden bedeutet, dessen Wirkungen auch auf rein militärischem Gebiet in Nordchina nicht ausgeblieben wären. Dem Widerstand der Bevölkerung und der mit dieser zusammenarbeitenden Freikorps auch in den militärtechnisch nicht besetzten nordchinesischen Bezirken gegen die Yuannoten wäre dadurch das Rückgrat gebrochen worden. Es war dem japanischen Generalstab bekannt, daß der Zustrom der Fapi-noten nach Nordchina über diese, auf Konzessionsgebiet gelegenen Banken ging, wo sie außerhalb der japanischen Zugriffsmöglichkeiten waren. Das bei ihnen lagernde Silber stammte aus der Zeit vor der Besetzung Nordchinas, als die Nationalregierung ihre neue Währungsreform einleitete und dieser Reform zufolge das Silber von den Regierungsstellen zu Stützungszwecken für den nationalchinesischen Dollar gesammelt wurde. Es gehörte somit der Nationalregierung und konnte ohne deren Einwilligung nicht ausgeliefert werden. Die japanischen Behörden vertraten aber die Meinung, daß mit der Übernahme der Regierungsgewalt durch die Provisorische Regierung in Nordchina auch dieses Silber der Provisorischen Regierung auszuhändigen sei, die allein die Gewalt in Nordchina ausübe. Es zeigte sich auch hier wieder, daß die japanischen Militärbehörden sich solange nur einer Hälfte ihrer Erfolge erfreuen konnten, als die wirtschaftliche Untermauerung ihrer Taten fehlte. Diese Untermauerung konnte aber — wie die Praxis bewies — nicht anders als ausgehend von dem Aufbau der Federal Reserve Bank als dem Kern der Wirtschaft in Nordchina schlechthin erfolgen. blieb die Bevölkerung bei ihrem von den chinesischen Banken und den Fremdenniederlassungen gestützten Widerstand gegen alle Wirtschaftsmaßnahmen Peipings oder Tokyos, so mußte das japanische Oberkommando damit rechnen, daß die chinesischen Freikorps, die immer wieder bis unter die Mauern Peipings vorstießen, ihren

Soldaten den Sold in Fapi zahlten, die sie in erforderlicher Menge durch die chinesischen Banken immer wieder neu erhielten. Dadurch wurde aber auch der Geist der chinesischen Truppe gestärkt, während gleichzeitig die gegenteilige Wirkung bei den japanischen Truppen nicht ausbleiben konnte, vor denen der Mißerfolg des Yuan in Nordchina auf die Dauer nicht zu verheimlichen war. Die Versuche, japanische Truppen mit neuen Yuannoten zu bezahlen, mußten angesichts der Schwierigkeiten, denen die japanischen Soldaten bei der praktischen Verwendung ihres Soldes ausgesetzt wurden, aufgegeben werden. Es mußte zudem auch den untergeordneten japanischen Militärbehörden in Nordchina auffallen, daß zwischen dem japanischen Generalstab und führenden japanischen Finanzkreisen die Meinungen über die Zweckmäßigkeit der Bank und ihrer Tätigkeit stark auseinandergingen. Auch dieses mußte die moralische Position der Okkupationsbehörden schwächen. Das wußte man in Chungking sehr gut und versuchte, von dort aus diese Zustände möglichst auf die Spitze zu treiben. Hierzu bediente man sich auch der fremdländischen Banken, die im Baumwoll- und Wollgeschäft Nordchinas stark interessiert waren. Chungking brauchte hierbei gar nicht einmal selbst als aktiver Käufer aufzutreten. Es genügte, wenn die Menge der umlaufenden Fapinoten in Nordchina ausreichend blieb, um dem Yuan die Stellung als Devisen- und volkstümliches Zahlungsmittel streitig zu machen. Auch in dieser Taktik äußerte sich — wie auf dem Schlachtfelde das labile Nachgeben gegenüber einem energischen Vorstoß — das Bestreben, den Ermattungskrieg soweit wie nur möglich in die Länge zu ziehen, dem Feinde hierbei Kratzer und Splitter beibringend, die ihm auf die Dauer lästig sein mußten und die ihn mit der Zeit von seinem eigentlichen Ziel ablenken sollten, ehe er sich richtig gesammelt hatte, um sich auf den Weg zu diesem Ziel zu begeben.

*

In Tokyo hatte man bald erkannt, daß ein Stillstand in der Entwicklung der nordchinesischen Währung einer militärischen Niederlage in ihrer Wirkung zumindest gleichkommen würde. Es mußte also etwas geschehen, was die Autorität des Yuan hätte stärken können. Als eine neue japanische Bemühung um die Neuordnung in Nordchina muß die Bekanntmachung der Provisorischen Regierung angesehen werden, die Zölle selbst einzukassieren, was bisher die Bank of Communications besorgt hatte. Diese Bank hatte bislang gemäß dem englisch-japanischen Abkommen über die chinesischen Seezölle auch in Nordchina die Seezölle verwaltet. In der Ankündigung wurden die folgenden 6 nordchinesischen Zollämter genannt, von denen die Federal Reserve Bank das Inkasso übernehmen sollte:

Tsingtao, Tientsin, Chinwangtao, Lungkow, Chefoo und Weihaiwei. In Tientsin und Tsingtao hatte die Bank bereits ihre Filialen, die die Einkasierung der Zölle sofort bzw. zum 15.11.38 übernehmen konnten, in den anderen Städten sollte die Übernahme nach Maßgabe der Errichtung von Filialen erfolgen. War das auch ein sehr empfindlicher Eingriff in die bisherigen Rechte und Möglichkeiten der nationalchinesischen Behörden in Nordchina, so mußte er gleichzeitig die Position der Peipinger Bank und der Provisorischen Regierung nicht nur im Inlande, sondern auch in den Augen der Außenwelt ganz erheblich stärken. Es war bisher aus militärischen Gründen nicht zu vermeiden gewesen, daß die Stellung der Fremdländer in Nordchina und damit auch das nordchinesische Auslandsgeschäft gewissen Erschütterungen ausgesetzt wurde, für die aber eben der Preis der von jetzt ab der Bank aus den Zöllen zufließenden Devisen bezahlt wurde. Es gab diplomatische Proteste, denen aber keinerlei Sonderaktionen folgten. Die ausländische Geschäftswelt versuchte, sich den neuen Verhältnissen so gut es ging anzupassen und verhielt sich im übrigen abwartend. Man befand sich eben in einem Kriegszustand, im Kriegsgebiet des Yen gegen das Pfund Sterling und mußte sich anpassen. Im übrigen gab es noch einige Maschen in der nordchinesischen Gesetzgebung, die ein Geschäft ermöglichten, wenn auch nicht mehr in dem früheren Umfang.

Hierbei sei auf die Eigenart der Kriegführung in Ostasien hingewiesen, die häufig von der europäisch eingestellten Öffentlichkeit übersehen wird, was ihr auch erschwert, sich ein richtiges Bild von den Vorgängen in Ostasien zu machen. Genau so wenig wie es in dem ostasiatischen Kriege jemals eine feste Grenze zwischen den chinesischen und den japanischen Truppen gab, auch wenn sie sich zeitweise unbeweglich gegenüberlagen und Zivilpersonen fast ungehindert zwischen den beiden kämpfenden Parteien verkehrten und sogar Handel trieben, so wenig gab es auch jemals ein fest umgrenztes Einflußgebiet der Nordchinesischen Regierung oder der Nankinger Reformregierung. Nichts gab es, was das Einflußgebiet des nationalchinesischen Dollars gegen dasjenige des nordchinesischen Yuan abgegrenzt hätte. Ein einziges Mal während der Dauer des chinesisch-japanischen Krieges ist japanischerseits dieser Eigenart versucht worden, Rechnung zu tragen bzw. sie abzuschaffen. Aber auch dieser Versuch der Abgrenzung des nordchinesischen Einflußbereichs gegen Mittelchina schlug fehl. Die Grenze sollte an dem alten Lauf des Gelben Flusses verlaufen. Ehe diesem Gedanken näher getreten werden konnte, wurde er auch schon aufgegeben, weil eine solche Grenzziehung die unglaublichsten Schwierigkeiten verwaltungstechnischer, militärtechnischer und währungs-technischer Art nach sich gezogen hätte.

England gibt nach

Der nordchinesische Markt hatte sich von der Mitte August erfolgten ersten Abwertung des Fapi in Nordchina um 10 Prozent noch nicht erholt, ja diese Abwertung hatte noch nicht in allen Teilen durchgeführt werden können, und schon kündigte die Provisorische Regierung Mitte November an, daß sie in etwa einem Monat die zweite Abwertung plane. Es schien, als wollten die Behörden den Mißständen in Nordchina mit aller Energie zu Leibe gehen, um für die japanische Aufbauarbeit das Gelände frei zu machen. Immer deutlicher wurde hierbei, daß den Fremden zwei Möglichkeiten geboten wurden. Entweder sich den neuen Verhältnissen anzupassen, oder die Konsequenzen aus ihrem Widerstand zu ziehen. Vermutlich wohl, weil England die meisten Interessen in Nordchina hatte, eher aber weil England am aktivsten die chinesische Nationalregierung unterstützte, richteten sich diese Maßnahmen in Nordchina vor allem gegen England. Es muß als ein Kompromißversuch nach echt englischem Muster angesehen werden, wenn unter diesen Umständen die britischen Konzessionsbehörden in Tientsin am 30.11.38 die Federal Reserve Bank davon in Kenntnis setzten, daß sie sich zum Gebrauch von Noten der Bank bei der Zahlung von Steuern, Abgaben sowie von Wasser- und Elektrogeld entschlossen hätten. Japanischerseits erwartete man von dieser plötzlichen Änderung in der Haltung der Engländer, der eine solche der französischen Konzessionsbehörden folgen sollte, vor allem eine wesentliche Besserung der Währungsverhältnisse in Nordchina, da der Yuan hierdurch zweifellos eine bedeutende moralische Stützung erfuhr. Unterstrichen wurde die Bedeutung dieses Entschlusses nach dadurch, daß am gleichen Tage die British-American Tobacco Co., ein amerikanisches Unternehmen in China, der Federal Reserve Bank den Betrag von 290 000 am. D. für den Ankauf von Schantung-Blättertobak überwies. Der Devisenbestand der Bank wurde durch diesen Betrag erhöht, gleichzeitig dokumentierte aber diese Überweisung, daß eine auswärtige Firma erstmalig den neuen Verhältnissen freiwillig durch direkte Zahlung an die Regierungsbank Rechnung trug. Die japanische Propaganda versäumte es auch nicht, auf diese Tatsache

ganz besonders eindringlich hinzuweisen. Dieser wahrscheinlich in erster Linie von „business“ diktierte Schritt der Tabakfirma kann verständlicher erscheinen, wenn eine japanische Information berücksichtigt wird, die besagt, daß die fremden Firmen, die auch nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten in Nordchina gute Geschäfte tätigen konnten, nach Einführung schon der ersten Schritte zur neuen Ordnung einen empfindlichen Rückgang in ihren Geschäften zu verzeichnen hätten. In der gleichen Information heißt es weiter, daß die Provisorische Regierung die Absicht habe, die vollständige Devisenkontrolle einzuführen. Die Verwirklichung dieser Absicht würde vermutlich die gänzliche Aufgabe der Geschäfte durch diese Firmen nach sich ziehen.

Die Information stammte aus guter Quelle. Am gleichen Tage veröffentlichte die nordchinesische Presse die Absicht der Provisorischen Regierung, die Handelskontrolle einzuführen.

Es ist charakteristisch, für die Art des geplanten Wirtschaftsaufbaues in Nordchina und den Einfluß des japanischen Militärs auf diesen Aufbau, daß die Verhandlungen über die Einführung der Handelskontrolle in Nordchina mit den japanischen Behörden in Tokyo von einem Oberstleutnant Ishimoto geführt wurden, der dem „Sonderdienstkorps“ der Besatzungsbehörden in Peiping zugeteilt war. Dies bestätigt noch einmal die Vermutung, daß der Aufbau in Nordchina auch nach Abschluß der militärischen Operationen gegen die Chinesen von japanischen Militärstellen geleitet und bestimmt wurde. Über die wirtschaftspolitischen Kenntnisse und Erfahrungen des Oberstleutnants Ishimoto ist nichts näheres bekannt. Wohl aber konnten die an Nordchina interessierten Wirtschaftskreise in Japan wie im Auslande sich aus dem Verlauf seiner Verhandlungen in Tokyo und ihrem Ergebnis ein Bild von den gigantischen Aufgaben machen, die sich die japanischen Militärbehörden in Nordchina gestellt hatten und die zu lösen sie sich mit eigener Kraft und gegen den Widerstand japanischer und ausländischer Handels- und Industriekreise zu lösen anstreckten.

Das Lizenzsystem für die Ausfuhr chinesischer Baumwolle war schon seit längerem in Nordchina eingeführt, als Ishimoto sich nach Tokyo begab. Es bedeutete nicht weniger, als daß die gesamte nordchinesische Rohbaumwolle nunmehr in dieser oder jener Form Japan zugeführt werden sollte. Anders war es zwar auch kaum zu erwarten gewesen, obschon von japanischer amtlicher Seite immer wieder erklärt wurde, daß Japan die Interessen der Fremdländer in den von japanischen Truppen besetzten Gebieten gebührend respektieren wolle, d. h. soweit respektieren, als dies sich mit den japanischen Interessen in Einklang bringen ließ. Die japani-

schen Interessen erforderten aber in dem Falle der Baumwolle die restlose Zuführung aller verfügbaren Bestände der japanischen Industrie, weil die Versorgung der japanischen Armee in erster Linie stand. Dagegen hatten die japanischen und natürlich auch demgemäß die fremdländischen privaten Handelsinteressen zurückzutreten.

So hatte denn Oberstleutnant Ishimoto im nordchinesischen Baumwoll-Lizenzsystem immerhin ein „Muster“, das seinen Argumenten bei den Verhandlungen vorschweben konnte. Nach diesem Muster sollte die Ausfuhr aus Nordchina nach Japan, der Mandschurei, Mittel- und Südchina sowie dem eigentlichen Auslande aufgebaut werden. Keiner, auch die maßgebenden Stellen in Tokyo nicht, wußte in dem Augenblick, als dieses Programm für die Verhandlungen Ishimotos in Tokyo aufgestellt wurde, von der Tragweite dessen, was geplant war. Es war sich um diese Zeit noch niemand im Klaren über die Bedeutung des Trennungsstriches, der hier zwischen dem eigentlichen Auslande und dem „Yenblock“ gezogen werden sollte. Dieser Trennungsstrich bestand damals wie ein Jahr später nur in der Theorie, denn die praktische Wirtschaft und auch die Militärstellen waren nicht imstande, diese Grenze sicht- und greifbar festzustellen, was allein doch im Grunde dem Begriff „Yenblock“ eine feste und konkrete Gestalt verliehen hätte. So sagte man zwar: Mittel- und Südchina, obzwar niemand, auch der Oberstleutnant Ishimoto nicht, genau sagen konnte, aus welchen geographischen oder Verwaltungsbezirken diese Gebiete sich zusammensetzen. Nicht anders verhielt es sich mit der Mandschurei, obgleich diese ein in sich geschlossenes Ganzes bildete, denn Teile des Jeholgebietes, der Inneren Mongolei und der nordchinesischen Provinz Suiyuan zählten teils zur Mandschurei, teils auch nicht. Die Bildung der „autonomen Mongolei“ war noch in keiner Weise abgeschlossen, ja nicht einmal die Möglichkeiten ihrer wirtschaftspolitischen Tendenz — ob nach der Mandschurei, ob nach Nordchina oder gar nach der Außenmongolei — stand fest. Der Begriff „Yenblock“ blieb daher zunächst labil und ungewiß. Ebenso ungewiß mußte aber auch demzufolge das Verhältnis zwischen diesem „Block“ und dem eigentlichen Japan sein, wußten doch die japanischen Kaufleute selbst nicht immer bei ihren Handelsoperationen, ob sie noch innerhalb des „Yenblocks“ mit ihren Waren blieben, oder schon ins Ausland geraten waren, wenn sie Lieferungen nach Schanghai, Hangchow, Ningpo oder Wenchow oder im nordchinesischen Gebiet und der Mongolei tätigten. Diese Ungewißheit war keineswegs allein die unumgängliche Folge von Truppenbewegungen im Verfolg des Krieges, sondern eher eine Begleiterscheinung des Guerillakrieges, des chinesischen Widerstandes in seinen verschiedensten Formen. So blieb auch im Innern Chinas und nicht

nur an der Küste die Grenzziehung zwischen dem „japanischen Einflußgebiet“ und chinesischem freien Gebiet aus, auch dort, wo sich im Augenblick gerade japanische Truppen befanden. Eine Abgrenzung des „Yenblocks“ nach außen hin blieb unmöglich. Solange mußte aber auch eine Abgrenzung nach Innen ausbleiben, was den Begriff des „Yenblocks“ eher zu dem eines „Yennetzes“ formte, durch dessen Maschen die Störungselemente Eingang finden konnten, die den „Block“ zu einer Illusion machten.

Es ist nicht viel, was über den Verlauf und das Ergebnis der Besprechungen Ishiwatas in Tokyo bekannt wurde. Er kehrte nach Peiping mit neuen Instruktionen von seinen Vorgesetzten zurück, die ihm erteilt wurden, nachdem versucht worden war, die Meinungen mit den japanischen Wirtschaftsstellen in Übereinstimmung zu bringen. Es kann nicht gesagt werden, daß hierbei eine völlige Einigkeit geherrscht hat über die Zweckmäßigkeit oder die Durchführungsmöglichkeiten der geplanten Maßnahmen. Es scheint, daß man sich auch an maßgebender Militärstelle in Tokyo den Plan der nordchinesischen Außenhandelskontrolle noch ein- oder zweimal zu überlegen entschlossen hatte, ehe man an dieses heikle Objekt heranging, selbst angesichts der immer dringender werdenden Notwendigkeit, der Federal Reserve Bank die erforderlichen Devisen auf dem schnellsten Wege zuzuführen. Politische und militärische Umstände außerhalb Japans und Chinas haben nicht verfehlt, ihren Einfluß auf die japanische Entschlußkraft in Sachen Nordchinas in diesem Augenblick zu schwächen.

Damit ist es auch zu erklären, daß die für Mitte Dezember 1938 geplante zweite Abwertung des Fapi zunächst verschoben wurde. Erst Ende Dezember ließ die Provisorische Regierung bekanntgeben, daß die zweite Abwertung des nordchinesischen Yuan für Anfang 1939 geplant sei. Aufschlußreich ist der Wortlaut der diesbezüglichen Verordnung vom 25. 12. 1938: „1. Alle Noten außer denen der Hopei-Provinzbank und der Osthopei-Bank unterliegen der Abwertung. 2. Der Prozentsatz der Abwertung soll verschieden sein und sich je nach der Art der Noten richten.“ Die Presse berichtet in diesem Zusammenhang, daß der Umlauf der Yuannoten in den Hauptstädten Nordchinas und in den längs den Eisenbahnen gelegenen Gebieten den Betrag von 150 Mill. Yuan erreicht habe.

Es ist in diesem Zusammenhang notwendig, auf Einzelheiten einzugehen, die weiter zurückliegen. Sie tragen zum Verständnis der Situation in Nordchina sowohl als auch zur richtigen Urteilsbildung über die Arbeit der FRB. und des Verlaufs des Ermattungskrieges in Ostasien bei. In chinesischen wie in Fremdenkreisen war schon im Frühjahr 1936 bekannt,

daß Japans Bemühungen um den nordchinesischen Markt sich auf drei Ziele richteten: 1. Rohstoffe aus Nordchina für die japanische Industrie zu beschaffen, 2. die aufkommende Industrie in China zu unterdrücken und 3. die fremdländische Konkurrenz auf dem Festlande zu verdrängen. Hierzu bediente sich Japan zunächst des Schmuggels. Japanische Waren wurden nach zollamtlichen chinesischen Angaben im Werte von 30 Mill. am. D. in der Zeit vom 1.8.35 bis 6.5.36 durch das in Japan geschaffene „Autonome Osthopei-Gebiet“ eingeschmuggelt. Die wöchentlichen Verluste an Zolleinnahmen beliefen sich für China in dieser Zeit auf 2,4 Mill. Yuan. Die „Regierung von Osthopei“, eine japanische Schöpfung, hatte ihre eigenen Zolltarife eingeführt, die nur für japanische Waren Gültigkeit hatten. Diese Tatsache, die von der übrigen Welt als Schmuggel bezeichnet und behandelt wurde, ist als der Ausgangspunkt zu dem anzusehen, was später zum „Ermattungskriege“ ausartete. Hier seien nur zwei Beispiele angeführt, die den Vorteil Japans von dieser Gestaltung des Handels mit Nordchina nachweisen: der chinesische Zolltarif sah einen Zollsatz für Zucker in Höhe von 17,60 D. je Sack vor, während der Osthopei-Zoll einen solchen von 6 D. erhob. Für Kunstseide-Garne lautete der Zollsatz Nationalchinas auf 154 D.; der Osthopei-Zoll ermöglichte es Japan, nur 20 D. zu zahlen.

In diesem Zollkrieg Nationalchinas gegen Japans Vordringen nach dem Festlande lag somit schon der Keim für den kommenden Silberkrieg, an dem auch im Jahre 1935 England aktiv beteiligt war.

Die Finanzierung des japanisch-nordchinesischen Handels, wenn man diesen Warenumsatz als Handel ansprechen kann, erfolgte ebenso wie seine praktische Abwicklung durch die „Osthopei-Bank“ und die „Hopei-Provinzbank“, beides japanische Schöpfungen. Auf diese ihre Rolle ist auch die Ausnahme zurückzuführen, die ihnen nach Einführung der Abwertung in Nordchina zugesichert wurde.

England hatte sich schon damals in scharfen Gegensatz zu Japan in Nordchina begeben. Dieser Gegensatz schien unüberbrückbar, aber nur solange, als es England opportun erschien. Die Bereitwilligkeit der britischen Tientsinbehörden, Abgaben und Steuern in Noten der Federal Reserve Bank zu zahlen, war ein Beweis für die opportunistische britische Politik. Bei der nationalchinesischen Regierung konnte keine andere Auffassung hierüber entstehen, als daß England den japanischen Forderungen gegenüber nachgegeben und damit dem Bündnis mit China einen schweren Schlag versetzt habe. Es hat sich aber mit der Zeit ein Gebrauch in der britischen Politik herausgearbeitet, nach dem England den Schaden, den es seinen „Freunden“ durch Verrat zufügte, entsprechend hoch bezahlte. In

diesem Falle war es die nationalchinesische Regierung, die den Schaden durch das Nachgeben Englands gegenüber Japan hatte: die Noten der nationalchinesischen Regierung erfuhren durch die Bereitwilligkeit Englands moralisch und kursmäßig einen empfindlichen Sturz. England bezahlte diesen Schaden, indem es der nationalchinesischen Regierung Waffen und Munition lieferte und ihr beim Bau von Landstraßen nach Burma half.

„Yenblock“

Inzwischen versuchte die Provisorische Regierung ein anderes Mittel, um dem Yuan eine breitere Basis im Lande zu verschaffen und ihn auch in Gebiete einzuführen, die außerhalb der schmalen Streifen um die Bahnlinien und Großstädte lagen und die von den japanischen Bajonetten beherrscht wurden. Nach der Provinz Schansi wurden von der Provisorischen Regierung Waren geschickt, die ausschließlich gegen neue Yuannoten verkauft werden sollten. Vermutlich stellte man sich diese Operation so vor, daß die Bevölkerung im Kleinhandelsverkehr mit den japanischen Truppen neue Yuannoten erhalten hatte, die sie bei dieser Gelegenheit wieder absetzen konnte. Es ist nicht bekannt geworden, wie dieser Versuch verlief. Er ist nie wiederholt worden.

Um die gleiche Zeit, d. h. Ende Dezember 1938, gab der japanische Ausschuß für die Förderung des Außenhandels eine EntschlieÙung bekannt, die besonders vom Gesichtspunkt der Bildung des „Yenblock“ Beachtung verdient. Hiernach sollen die Mandschurei und China im japanischen Handel als zwei voneinander unabhängige Größen angesehen werden. Es wurde betont, daß „der Handel mit China in engster Anlehnung an die Lösung des chinesischen Währungsproblems“ geformt werden müsse. Japans Handel mit der Mandschurei müsse hingegen nach dem Grundsatz der gegenseitigen Hilfe auf dem Gebiete der Belieferung mit Produktionsmaterial erfolgen. Diese wohl gut gemeinte EntschlieÙung brachte eine neue Verwirrung in die sich erst formenden Begriffe über den Yenblockhandel Japans, indem sie den „Yenblock“ als solchen spaltete. Erschwerend wirkte noch, daß zwischen dem einigermaßen kompakten Begriff über Nordchina und dem noch sehr labilen über Mittelchina kein Unterschied gemacht wurde. Obzwar diese EntschlieÙung nur eine geringe praktische Rolle spielte, trug sie auch nicht dazu bei, in die am „Yenblockhandel“ interessierten japanischen Kreise Klarheit über das „Yenblockproblem“ zu bringen und bei der Öffentlichkeit Ostasiens die Gewißheit zu erwecken, daß Militär und Handel in Tokyo einer Meinung über diese Dinge sind. Der japanische Handel mußte aber in immer engere Berührung mit den

Militärstellen kommen, je häufiger er die Versicherung hörte, daß in Nordchina die Befriedung gute Fortschritte mache und je größer und besser die Aussichten wurden, die ihm dadurch entstanden. Die mittlerweile erfolgten Verschiebungen im nordchinesischen Handel konnten den japanischen interessierten Stellen nicht entgehen.

Einen interessanten Aufschluß über die in den ersten 7 Monaten 1938 erfolgte Verschiebung des Außenhandels Nordchinas geben die folgenden Zahlen aus japanischer Quelle: die Einfuhr nach Tientsin stieg auf 120 365 685 Dollar gegen 69 752 770 Dollar in derselben Zeit des Vorjahres. Das bedeutete eine Zunahme von 50 612 915 Dollar. Auch die Spezifizierung dieser Zunahme ist charakteristisch. Von diesen 50,6 Mill. Dollar der Zunahme der Einfuhr entfallen auf Getreide und Mehl — 38,5 Mill. Dollar, auf Baumwollwaren — 9 Mill. Dollar und auf Zucker — 3 Mill. Dollar. Ergänzend muß allerdings hinzugefügt werden, daß praktisch diese Zunahme nicht so umfangreich war, wie sie in der Zollstatistik erscheint, da ein großer Teil dieser Waren auch 1937 schon auf dem Schmuggelwege aus Japan nach Nordchina gelangte. Noch charakteristischer ist die Feststellung, daß fast 80 Prozent dieser Zunahme auf den japanischen Anteil entfallen. Die japanische Reiseinfuhr nach Nordchina stieg 1938 um wertmäßig 20 Mill. Dollar und die Mehleinfuhr — um 8 Mill. Dollar. Sehr interessant ist auch die Beobachtung, daß in dieser Zeitspanne aus Nordchina Baumwolle für 58 221 449 Dollar ausgeführt wurde, gegen nur 20 453 743 Dollar im Vorjahre. Obzwar amtlich von japanischer Seite nicht bestätigt wird, ist es mehr als eine Annahme, daß diese Baumwolle ausschließlich nach Japan ging. Schließlich seien noch folgende Zahlen gegenübergestellt, um die Verschiebung im nordchinesischen Handel zu diesem Zeitpunkt zu kennzeichnen:

	Ausland	Japan
Januar—Juli 1938	96 606 269 Dollar	122 618 659 Dollar
Januar—Juli 1937	121 378 538 „	46 397 541 „

So günstig diese Zahlen für Japan auch scheinen mögen — sie zeigen u. a. den einen praktischen Vorteil, daß Japan von dort, wo seine Truppen standen, die Baumwollvorräte erhielt — so wenig waren sie geeignet, weder das Problem des „Yenblockhandels“ einer Lösung zuzuführen, noch der Federal Reserve Bank die erforderlichen Devisen zu verschaffen. Die japanische Armee brauchte die nordchinesische Baumwolle, die Peiping Regierung — die Devisen aus dem Verkauf dieser Baumwolle nach dem Auslande. So fanden sich überraschend Schöpfer und Geschöpf einander gegenüber, im Begriff, einen Streit darüber anzufangen, wer den

Vorrang hat. Die japanische Armee ging als Schöpfer und als Stärkerer siegreich aus dem Kampf hervor. So blieb die Federal Reserve Bank, deren Notenumlauf zum Ende 1938 auf rund 150 Mill. Yuan gestiegen war, ohne die Devisen, auf die sie aus dieser Verschiebung noch einiges für sich zu retten gehofft hatte. Damit mußte zunächst der ganze Plan, richtiger eine ganze Anzahl von Plänen, für den wirtschaftlichen Aufbau Nordchinas zurückgestellt werden. Blieb der Anteil des Auslandes am Außenhandelsgeschäft Nordchinas auch nur annähernd auf der gleichen Höhe wie im abgelaufenen Jahr, so brauchte nicht die Hoffnung aufgegeben zu werden, auf diesem Wege die für den Yen wie für den nordchinesischen Yuan so dringend notwendigen Devisen, wenn auch in kleineren Mengen aus dem nordchinesischen Gebiet, zu beschaffen. Das Jahr 1938 schloß für Nordchina nach zehnmonatlicher wirtschaftlicher Aufbauarbeit, die alle Anzeichen dafür trug, daß sie im Zeichen der Wehrwirtschaft Japans erfolgte, nicht ohne Sorgen ab. Eine der hauptsächlichsten Sorgen blieb neben der Währungsfrage diejenige der fremdländischen Interessen und ihrer weiteren Betätigungsmöglichkeiten in Nordchina. Auch deutsche Firmen, die am Wollhandel in der Mongolei beteiligt waren, hatten Schwierigkeiten, zu ihrer bereits im voraus bezahlten Wolle zu gelangen. Japanische Wirtschaftskreise hatten zusammen mit der japanischen Regierung die schwere Aufgabe, zwischen dem unmittelbaren Sofortbedarf der Armee und dem auf längere Sicht berechneten Aufbau hindurchzusteuern. Hinzu kam noch die durch Guerillas und der im Rücken der japanischen Armee verbliebenen chinesischen Soldaten auf nahezu allen Gebieten der Wirtschaft und des Verkehrs nicht ohne Erfolg betriebene Störungsarbeit, die das Aufbauwerk empfindlich hinderte.

Die zweite Abwertung

Am 3. Januar 1939 gab die Provisorische Regierung bekannt, daß zum 20. Februar eine Abwertung des Fapi um 30 Prozent geplant sei. Danach würde ein Fapi-Dollar nur noch 60 Sen der Federal Reserve Bank-Noten wert sein. Die erste Abwertung vom 8. August 1938 hatte — wie bekannt — den Fapi-Dollar um 10 Prozent entwertet. Diese Maßnahme wurde damit begründet, daß sie der Verbreitung der nordchinesischen Yuannoten in China dienen sollte. Neben diesem Grund war aber die Absicht nicht zu verkennen, den Fremdenniederlassungen einen empfindlichen Schlag zu versetzen. Die Lebenshaltungskosten in Nordchina stiegen, der Markt geriet durch stockende Zufuhren in Unordnung und auch die japanischen Handelsinteressen litten darunter. Das alles trat aber hinter den militärisch-politischen Zielen zurück.

In japanischen und fremdländischen Handelskreisen wurde schon Anfang Januar 1939 erwähnt, daß zur Behebung der Devisenschwierigkeiten in Nordchina die vollständige Kontrolle des Außenhandels — oder mit anderen Worten das Außenhandelsmonopol — einzuführen beabsichtigt sei. Ausfuhrgenehmigungen sollten nur an solche Unternehmen ausgegeben werden, die bei der Yokohama Specie Bank oder der Federal Reserve Bank Devisen einzahlten. Gleichzeitig sollte die Einfuhr stark gedrosselt werden. Wenn das nordchinesische Gebiet ein gegen die Umwelt deutlich abgegrenzter Teil der Welt wäre, hätte diese Absicht vielleicht verwirklicht werden können. Solange aber die Grenzen — wie wir gesehen haben — labil blieben, konnten auch die japanischen Truppen es nicht hindern, daß ganze Teile des nordchinesischen Gebietes in engster und ständiger Verbindung wirtschaftlicher und politischer Natur mit dem unbesetzten nationalchinesischen Gebiet verblieben. Die Zollerfassung wurde dadurch ebenso gestört, wie der Aufbau in Nordchina. Daran waren aber nicht allein die Fremdenniederlassungen schuld. Der Widerstand gegen die neue Yuanwährung ging nicht von fremdländischer Seite allein aus, sondern in sehr bedeutendem Maße von dem nationalen Bewußtsein der Chinesen. Nationalchina hatte im Norden in den letzten Jahren eine politische Er-

ziehungsarbeit geleistet, die es der Chungking-Regierung ermöglichte, lediglich gelegentliche Richtlinien auszugeben, um die Störungsarbeit an den japanischen Plänen nach der Besetzung den örtlichen Stellen anzuvertrauen. Ihre Arbeit war von Erfolg. Dieser Erfolg der politischen Propaganda wie der eigentlichen Störungsarbeit an militärischen und wirtschaftlichen Objekten ist in Europa häufig unterschätzt worden. Ausschlaggebend für die Arbeit dieser nationalchinesischen Stellen in dem vom Feinde besetzten Gebiet war und blieb für die ganze Kriegsdauer der moralische und geistige Zusammenhalt, den sie von Marschall Chiang Kai-shek erhielten.

Finanzminister Sataro Ishiwata erklärte im Januar 1939, daß die zwei hauptsächlichsten Probleme auf dem Festlande die Einschränkung des japanischen „Yenblock“-Exports und das Währungssystem in Mittelchina seien. Der japanische „Yenblock“-Handel müsse nach Waren und Gebieten eingeteilt werden; in einigen Fällen müsse die Kontrolle verschärft werden. Japan habe keine Eile, das Währungssystem in Mittelchina zu lösen, da die Kriegsnoten zunächst ausreichten. Das blieb aber ein schwacher Trost für die japanischen Geschäftsleute.

In englischen Bankkreisen äußerte man zur Einführung der Außenhandelskontrolle in Nordchina: „Man könne nicht erwarten, daß jemand eine Ware für 14 d verkauft (wie es Nordchina tat), für die ein anderer (in Schanghai) nur 8 d verlangt. Chinesische Guerillas sind bekannt dafür, daß sie die Chinesen erschießen, die sie im Besitz von Noten der Federal Reserve Bank antreffen.“

Diese Äußerung zeigt die Einstellung der Londoner City zu der Entwicklung in Nordchina. London blieb bei der Ablehnung der japanischen Forderungen, beim Widerstand gegen die japanischen Maßnahmen in Tientsin und in China überhaupt. Das bedeutete für Japan, daß es beim Aufbau des „Yenblocks“ weiterhin mit allen möglichen Störungen von englischer Seite zu rechnen haben werde.

Einige Tage später veröffentlichte eine bedeutende japanische Zeitung aus Peiping eine Information, in der es hieß: „Ausländische Firmen, die Waren aus Nordchina zum Kurse von 8 d für den Yuan ausführten, werden ihrer Vorrechte beraubt werden, die sie im Vergleich zu den japanischen und chinesischen Kaufleuten in Nordchina genossen, die ihre Waren gemäß dem offiziellen Kurse von 14 d ausführen müssen.“

Anfang März 1939 verlautete, das japanische Kabinett habe beschlossen, ein Verbindungsbüro des Asien-Amtes in Peiping für Nordchina, Schanghai — für Mittelchina, Kalgan — für die Mongolei und Amoy — für Südchina zu schaffen. Ihre Direktoren sollten sein: Gen.-Major Seiichi

Kita, Konteradmiral Nackuni Nomura, Gen.-Major Takashi Sakai. Das Büro in Tsingtao wurde Gen.-Major Kono übertragen. Die Aufgabe dieser Büros konnte nur die Überleitung der Verwaltung aus den Händen der Militärstellen in zivile sein. Einige Tage später wurde amtlich in Tokyo bekanntgegeben, daß ein „China-Rat im japanischen Kabinett gebildet worden sei“, der die japanische Politik gegenüber China zu bestimmen haben werde.

Kurz vor dem letzten Termin für die Einlösung der alten Fapinoten, d. h. also dem 11. 3. 39, wurde bekanntgegeben, daß das nordchinesische Gebiet in zwei ungleiche Teile aufgeteilt werde. In dem einen Teil, zu dem die Städte Peiping, Tientsin, Tsingtao, Tsinan, Shihchiachwang, Linfen und Sinsiang zählten, sollte ausschließlich der neue Yuan gelten, während Fapinoten dort verboten blieben. Im anderen Teil Nordchinas, der geographisch nicht gekennzeichnet blieb, sollte der Umlauf der Fapinoten zu einem Kurse von 60 Fapisen für einen nordchinesischen Yuan zugelassen bleiben.

In einer Erläuterung zum neuen Gesetz über den Außenhandel, die von der Federal Reserve Bank selbst zur gleichen Zeit ausgegeben wurde, heißt es u. a.: „Das neue System enthält vielerlei charakteristische Züge, von denen der wichtigste die Einführung der Umtauschbarkeit der Noten dieser Bank gegen Devisen ist. Es ist die ernste Hoffnung der Bank, daß sowohl die Chinesen als auch die Fremdländer mit der Bank engstens zusammenarbeiten und der Erfüllung dieser bedeutungsvollsten Aufgabe ihre Unterstützung leihen.“

Eine Reuter-Information aus Tientsin vom 8. März besagt, daß der eigentliche Zweck der neuen Maßnahme sei, die fremdländischen Banken zur Annahme der Noten der Federal Reserve Bank zu zwingen und dadurch diesen Noten den Charakter der Devisen zu verleihen, den sie bisher nicht erlangen konnten. Es sei erklärt worden, daß nach dem 11. 3. die Fapinoten wertlos sein würden, da aber die Hauptmasse dieser Fapinoten im inneren des Landes im Umlauf sei, erscheine es zweifelhaft, ob diese Verordnung großen Nutzen haben werde. Wenn die fremdländischen Regierungen ihren Staatsangehörigen erlauben, sich der neuen Ordnung zu fügen, so würde das gleichbedeutend sein mit der Zuerkennung des Rechtes an die Provisorische Regierung, die sie nicht anerkennen, den Handel in Nordchina zu kontrollieren. Das würde unzweifelhaft zur Auflösung der fremdländischen Interessen führen, die in jahrzehntelanger Arbeit aufgebaut wurden. Das letzte Ziel dieser Maßnahmen sei — wie aus dem mandschurischen Beispiel ersichtlich — die fremdländischen Interessen zugunsten Japans auszumerzen. Das einzige Mittel, dem zu begegnen, sei,

daß ähnliche Maßnahmen gegen die Japaner seitens der Heimatregierungen getroffen werden.

Gleichzeitig mit der Verordnung über das Außenhandelskontrollgesetz wurde eine andere Verordnung veröffentlicht, die am 12.3.1939 in Kraft trat und folgenden Wortlaut hatte: § 1. Das vorliegende Gesetz wird denjenigen gegenüber angewandt, die sich nachstehender Vergehen schuldig machen: a) Verstoß gegen das Währungssystem, b) Hortung, Transport oder Inumlaufsetzung von Währungen außer den neuen Yuannoten. Auch Versuche, andere Noten in Umlauf zu setzen, sind strafbar. Noten der mongolischen Bank und Devisen sind von dem Verbot ausgenommen. § 2. Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu 10 Jahren sowie Geldstrafen von 500 bis 10 000 Yuan sind als Strafen für die in § 1 erwähnten Vergehen festgesetzt. § 3. Geldstrafe kann zusätzlich zur Gefängnisstrafe verhängt werden. § 4. Im Falle, daß Fapinoten zu verbrecherischen Zwecken benutzt werden, wobei auch Versuche hierunter fallen, so wird ein Teil des hierzu verwendeten Betrages beschlagnahmt. Erscheint die Beschlagnahme unmöglich, so wird eine zusätzliche Summe als Strafgeld auferlegt. § 5. Das vorliegende Gesetz soll 5 Jahre Gültigkeit haben.

Die „Osaka Mainichi“ kommentierte diese Verordnung wie folgt: „Strenge Strafen, wie sie bisher noch niemals in der Währungsgeschichte Chinas vorgekommen sind, stehen auf Vergehen gegen die Verordnung. Das zeigt, wie aufrichtig und ernst die Provisorische Regierung die Vereinheitlichung der Währung in Nordchina ansieht.“

Die nordchinesische Dachgesellschaft

Anfang April erschien in der japanischen Presse die Meldung, daß das Industrie-Ministerium der Provisorischen Regierung japanischen und chinesischen Firmen die Erlaubnis erteilt habe, die „Peiha Petroleum Co.“ ins Leben zu rufen, die ein Kapital von 1 Mill. Dollar haben sollte. Sitz der Gesellschaft sollte Peiping sein, während in Tientsin eine Zweigstelle eröffnet werden sollte. Über die Art der Tätigkeit dieser Neugründung wurde nichts bekanntgegeben. Obschon man japanischerseits Hoffnungen hegte, in Nordchina Erdölvorkommen zu finden oder auch das Kohleverflüssigungsverfahren mit nordchinesischer Kohle in japanische Dienste zu stellen, so mußte zunächst — da all diese Pläne viel Geld und Zeit beanspruchten — die neue Gesellschaft sich auf den Handel mit Erdölerzeugnissen beschränken, der bekanntlich seit der Besetzung der nordchinesischen Gebiete den amerikanischen und englischen Interessenten entzogen worden war. Vor allem ist aber auch diese Neugründung als ein weiterer Versuch anzusehen — immer nach mandschurischem Beispiel — für jeden Industriezweig eine eigene Gesellschaft mit Monopolstellung zu errichten, wodurch in erster Linie die unmäßig großen Gewinne einzelner japanischer Gesellschaften ausgeschaltet und die Lenkung der Wirtschaft in amtlichen oder halbamtlichen Stellen konzentriert werden sollte. Von einer praktischen Aussicht, aus diesem Monopol bei der Lage der Dinge irgendwelche Einkünfte für den nordchinesischen Staat zu erzielen, konnte jedoch vorerst noch keine Rede sein, weil der Handel mit Erdölerzeugnissen sich auf die Belieferung der Truppen so gut wie ausschließlich konzentrierte.

Anders war es mit den Streichhölzern. Hier wurden 85 chinesische — oder ehemals chinesische — und 11 japanische Streichholzfabriken gemäß der schon erwähnten Absicht der Provisorischen Regierung, ein Streichholzmonopol zu schaffen, zu einer „Nationalen Streichholz-Genossenschaft“ zusammengelegt. Diese Genossenschaft weist u. a. als erstes Unternehmen, das in Nordchina unter japanischer Besetzung ins Leben gerufen wurde, die vom Gesichtspunkt des „Yenblocks“ besonders auffallende Eigenheit auf, daß in ihm auch solche Unternehmungen vertreten waren, die geo-

graphisch zum Bereich der Nankinger „Reformregierung“ gehörten, also außerhalb des Machtbereiches der Peipinger Provisorischen Regierung lagen. Es ist nicht bekanntgeworden, ob diese Eigenheit beabsichtigt war, oder ob die maßgebenden Stellen sich zur Verbesserung der Aussichten für das neue Unternehmen sämtlicher vorhandener Möglichkeiten bedienten, ohne Rücksicht darauf, ob zwischen Nord- und Mittelchina eine Trennung bestand oder nicht. Die Jahresproduktion dieses Unternehmens wurde auf 1,5 Mill. Kisten geschätzt. 60 Prozent der Fabrikation sollten chinesische Fabriken und 40 Prozent japanische herstellen. Die Handelspreise sollte die Genossenschaft verbindlich für alle Teilnehmer an der Genossenschaft festsetzen.

In den japanischen Aufbauplänen für Nordchina spielte die nordchinesische Dachgesellschaft unter der Firma „North China Development Co.“ eine große Rolle. Die ausgearbeiteten Pläne, nach denen diese Gesellschaft vorgehen sollte, reichten sehr weit. Ihrer praktischen Verwirklichung standen noch manche Hindernisse im Wege. Die Gesellschaft bemühte sich aber trotzdem nach Kräften, sich in den neuen Verhältnissen durchzusetzen.

Anfang April wurde japanischerseits eine Liste veröffentlicht, in der die Unternehmungen in Nordchina aufgezählt wurden, die der „North China Development Co.“ unterstellt waren. Diese Liste enthielt nachstehende Unternehmungen:

Name des Unternehmens	Kapital in 1000 Yen	Gründungsdatum
Tientsin Electr. Ind.	8 000	21. 8. 1936
Itung El. Industry	3 000	8. 12. 1937
Chilu Electr. Industry	4 000	Gründung beantragt
Mongolia Electr. Industry	6 000	26. 5. 1938
North China Raw Cotton	3 000	19. 5. 1938
Tangku Transportation	8 000	24. 2. 1936
North China Gold Mining	2 000	9. 4. 1938
Hwapei Gold Mining	100	3. 4. 1938
North China Aluminite	1 200	21. 7. 1938
Chefoo Electric Industry	2 000	Gründung beantragt
Hwapei Telegraph & Tel.	35 000	1. 8. 1938

Die Liste gibt ein anschauliches Bild von den Zielen und Absichten der Japaner in Nordchina, aber auch von ihren Möglichkeiten, die sich nach dieser Information auf das Notwendigste und den japanischen Militärstellen am dringendsten Erscheinende beschränkten. Wie die Höhe des Kapitals der angeführten Unternehmungen zeigt, bewegte sich die Tätigkeit Japans im besetzten Nordchina auf industriellem Gebiete in sehr be-

scheidenen Grenzen, auch wenn berücksichtigt wird, daß es sich um Schlüsselindustrien handelte, die erst die Grundlage für den weiteren wirtschaftlichen Aufbau abgeben sollten. Von einer sofortigen Erschließung der besetzten Gebiete im Sinne der japanischen Wehrwirtschaft im Kriegszustand sowohl gegen China als auch des Yen gegen das Pfund konnte angesichts dieser bescheidenen Anfänge natürlich nicht die Rede sein. Zu beachten ist auch, daß diese Liste im April 1939 veröffentlicht wurde, also nach 21 Monaten japanischer Besetzung des nordchinesischen Gebietes. Vielleicht weil man in Japan die Geringfügigkeit dieser Objekte erkannt hatte und weil in bestimmten japanischen Kreisen auf ein schnelleres Arbeiten der Wirtschaft im besetzten Gebiet gedrängt wurde, gab die „Nordchinesische Aufbaugesellschaft“ bekannt, daß sie einen Plan ausgearbeitet habe, nach dem ein Betrag von 420 Mill. Yen aufgenommen werden sollte, um das Aufbauwerk in Nordchina zu finanzieren. Einzelheiten über das Aufbauprogramm wurden vorläufig noch nicht bekanntgegeben. Aus den japanischen Informationen ging lediglich hervor, daß eine ganze Anzahl von japanischen Banken zur Beteiligung an der Finanzierung des Planes herangezogen werden sollten.

Für das erste Geschäftsjahr legte die Nordchinesische Aufbaugesellschaft einen Bericht der Generalversammlung der Aktionäre vor, nach dem die Gewinne für das Jahr mit 26 202 Yen ausgewiesen und vorgetragen wurden. Über die Tätigkeit der Gesellschaft selbst wurden keine näheren Angaben gemacht.

Gleichzeitig wurde japanischerseits die Aufnahme der Arbeit durch die Nordchinesische Rohbaumwoll-Gesellschaft bekanntgegeben, die — wie aus der obigen Liste der Firmen in Nordchina ersichtlich ist — bereits am 19. Mai 1938 ins Leben gerufen wurde. Fast ein Jahr hatte es also gewährt, bis diese mit einem 3-Millionen-Kapital ausgerüstete Gesellschaft theoretisch ihre Tätigkeit aufnehmen konnte. In einer mit dem 1. April 1939 datierten japanischen Information heißt es: „Um die Baumwollindustrie in Nordchina durch Steigerung der Rohbaumwollproduktion, Regelung des Marktes, Durchführung des Transportes und Stabilisierung der Preise zu fördern, eröffnete die Nordchinesische Rohbaumwollgesellschaft am 1. April 1939 ihre Büros. Auf der Eröffnungsversammlung in Tientsin waren 10 Rohbaumwollbüros vertreten, die in Shichiachwang und an anderen Stellen der Peiping-Hankow-Bahn ihre Filialen eröffnen sollen. Einzelheiten des Programms für den Ankauf von Baumwolle durch diese Filialen in den inneren Distrikten Nordchinas wurden besprochen.“ Es verstand sich von selbst, daß auch diese Gesellschaft, wenn nicht formell, so doch praktisch das Monopol auf ihrem Gebiet ausüben sollte.

Erst jetzt konnten somit die Einzelheiten des Aufkaufsprogramms für Baumwolle in den Bezirken außerhalb der japanischen Bajonette besprochen werden, wobei noch nichts mit Sicherheit darauf schließen ließ, daß ein solches Programm auch praktisch durchführbar war. Diese Einzelheiten sind nicht belanglos. Sie zeigen, daß selbst bei einem solchen Artikel wie Rohbaumwolle, die in Nordchina eine nur geringe Zeitspanne braucht, um geerntet zu werden, und die vor der japanischen Besetzung einer der hauptsächlichsten Exportartikel war, sehr viel Zeit und Mühe aufgewandt werden mußten, um das Geschäft im japanischen Sinne in Gang zu bringen oder — mit anderen Worten — um der japanischen Wehrwirtschaft dienstbar gemacht zu werden. Wieviel schwieriger mußte erst der Aufbau in anderen Wirtschaftszweigen vor sich gehen.

*

Die Haltung der fremdländischen Banken in bezug auf die Federal Reserve Bank bereitete der Provisorischen Regierung immer noch recht große Sorgen. Einer Meldung der Domei-Agentur aus Tientsin zufolge, hatte Anfang April 1939 die Hongkong and Shanghai Banking Corporation es abgelehnt, Exportwechsel an die Federal Reserve Bank zum amtlichen Kurs von 14 d zu verkaufen. Französische Banken seien allgemein dem britischen Beispiel gefolgt. Die amerikanischen Banken zeigten zwar keine Abneigung gegen die Zusammenarbeit mit der Federal Reserve Bank, doch beriefen sie sich auf die Einstellung der Washingtoner Regierung in fernöstlichen Fragen. Infolge dieser Einstellung der fremdländischen Banken seien die fremdländischen Firmen nicht in der Lage, Exportabschlüsse zu tätigen. Einige fremdländische Firmen hätten sich an die Yokohama Specie Bank direkt gewandt, doch lehnte die Bank es ab, mit ihnen in Geschäftsbeziehungen zu treten und ersuchte die Firmen, sich doch an ihre fremdländischen Banken zu halten. Auch hierdurch konnte der Stillstand im nordchinesischen Außenhandel nicht behoben werden, von dem die Provisorische Regierung nicht weniger betroffen wurde als die Firmen.

Einen vielleicht unfreiwilligen Beitrag zur Vervollständigung des Bildes der damaligen Verhältnisse in Nordchina lieferte der Führer der chinesischen Abordnung und Präsident der Peipinger Handelskammer, Tsou Chuan-sun, als er in einer Unterredung mit der Presse die Wünsche der chinesischen Kaufleute in Nordchina zum Ausdruck brachte. Tsou nahm Anfang April 1939 in Tokyo an einer Konferenz der japanisch-chinesischen Kaufleute teil, auf der wirtschaftliche Fragen in Nordchina be-

sprochen wurden. Der Presse sagte er u. a.: „Die chinesischen sozialen Verhältnisse können in drei Gruppen geteilt werden: solche in den Städten, solche in den Küstengebieten und solche in den Dörfern. Die Dorfdistrikte sind von den chinesischen ‚Kommunisten‘ zerstört worden, die Küstengebiete und Städte stehen aber unter britischem und amerikanischem Einfluß. Unsere Politik muß daher darauf gerichtet sein, die Dorfdistrikte von den ‚Kommunisten‘ zu säubern und den britischen und amerikanischen Einfluß aus den Küsten- und Städtegebieten zu entfernen. Da China sich zur Zeit im Stadium der landwirtschaftlichen Entwicklung befindet, ist es notwendig, die Leichtindustrie in den Dorfdistrikten zu fördern und die Industrien nicht in den Städten zu konzentrieren. Die Federal Reserve Bank hat keine Mittel für die Finanzierung des chinesischen Handels und der chinesischen Industrie übrig. Auch gibt es keine besondere Bank für diese Finanzierung. Wir wären daher sehr verbunden, wenn die japanischen Banken diese Tatsache berücksichtigen wollten.“ Was Tsou hier als Arbeit der „Kommunisten“ bezeichnete, war nichts anderes als die Tätigkeit der nationalchinesischen Truppen und der mit ihnen zusammenarbeitenden Bevölkerung nach dem Grundsatz der „Verbrannten Erde“. Diese Arbeit war nicht nur geleistet, sondern wurde auch fortgesetzt, trotz japanischer Besetzung oder gerade wegen der japanischen Besetzung. Für diese Arbeit hatten die verschiedentlich von Marschall Chiang Kai-shek geäußerten Worte unbedingte Gültigkeit, mit denen er den Widerstand gegen den Feind immer aufs neue bis zum Siege der nationalen Sache betonte. Tsou brachte mit seinen Äußerungen der Presse gegenüber das zum Ausdruck, was schon seit einiger Zeit in Tokyo und im Auslande immer häufiger auch an amtlichen Stellen zur Sprache gebracht wurde — die Übereinstimmung zwischen der Arbeit der nationalchinesischen Stellen und den Interessen der Fremdländer. Die Entfernung des britischen und amerikanischen Einflusses aus dem nordchinesischen Gebiet bezeichnete Tsou als eine der hauptsächlichsten Aufgaben der Politik der Provisorischen Regierung. Er wußte sehr gut, daß dieser Einfluß die Fortsetzung der Arbeit der Federal Reserve Bank so gut wie unmöglich machte. Auf der anderen Seite gibt er zu, daß eine positive Aufbauarbeit der chinesischen Wirtschaft auch unter japanischer Führung nur dann möglich sein würde, wenn japanische Banken sich zu praktischer Mitarbeit, d. h. zur Finanzierung dieser Aufbauarbeit entschließen würden.

Nach Angaben des Präsidenten der Provisorischen Regierung Wang Ke-min vom 10. 4. 1939 waren in den zwei Wochen der Geltung des Außenhandelskontrollgesetzes der Federal Reserve Bank 184 Exportwechsel angeboten worden. 48 dieser Wechsel kamen von fremdländischen

Firmen, 45 — von chinesischen und der Rest von 91 Wechseln — von japanischen. In dieser Zusammensetzung zeigte sich schon das sehr bedeutende Überwiegen des japanischen Einflusses im nordchinesischen Außenhandel und die „Verdrängung des Einflusses Englands und Amerikas“, wie es Tsou Chuan-sun für Nordchina wünschte. Wang Ke-min äußerte sich im übrigen sehr zufrieden über die Arbeit der Bank. Seine Äußerungen standen im Gegensatz zu denjenigen Tsou's, aus denen eindeutig hervorging, daß ohne japanische finanzielle Hilfe eine Aufbauarbeit unmöglich sei. Der Präsident der Bank, Wang Shih-ching sagte acht Tage später auf der ersten Jahresversammlung der Aktionäre der Bank, die Zeit, da die Bank die gesamten Bank- und Finanzgeschäfte Nordchinas übernehmen werde, käme bald. Alles habe sich nach der Gründung der Bank zufriedenstellend entwickelt. Dennoch sei die Gegenwart nur eine vorbereitende Zeit, die eigentliche Arbeit der Bank werde erst später beginnen. Die Generalversammlung stimmte dem Vorschlag zu, den Gewinn der Bank in Höhe von 399 211 Yuan in die Reserven abzuschreiben bzw. vorzutragen. Nach dem Bericht des Vorstandes hatte die Bank zum Ende des ersten Jahres ihrer Arbeit 161 962 000 Yuan an Banknoten im Umlauf, die eine Deckung in Gold und Silber im Werte von zusammen 36 364 000 Yen aufwiesen. Das Verhältnis der Notenausgabe zur Deckung konnte also noch durchaus im Rahmen dessen gehalten werden, was in Japan selbst üblich war. Nach Ansicht der Schöpfer der Federal Reserve Bank war somit theoretisch alles in bester Ordnung. Es war auch eine Inflation solange nicht zu erwarten, als sich die Notenausgabe trotz oder entgegen dem Drängen japanischer Wirtschaftskreise in diesem Rahmen bewegte. Aber gerade dieser enge Rahmen, der auf der einen Seite die Stärke der Bank sein sollte, war es auch auf der anderen, der die Geschäftsabwicklung der Bank, soweit sie überhaupt durch die Verordnungen zu den Außenhandelsgeschäften zugezogen wurde, in engste Formen preßte und weder der Bank selbst noch den fremdländischen oder japanischen Geschäftsleuten eine Möglichkeit für die Rückkehr zu Geschäftsabschlüssen in normalem Umfange freiließe. Um aus dieser Sackgasse herauszukommen, mußte in die sie umgebenden Mauern eine Bresche geschlagen werden. Die schwächste Stelle in dieser Mauer schien den Japanern die Fremdenniederlassung zu sein, die das Silber der chinesischen Nationalregierung beherbergte. Der gedeckte Notenumlauf könnte mit einem Schlage verdoppelt und verdreifacht werden, sobald die Federal Reserve Bank in den Besitz dieses Silbers gelangen würde.

Noch war aber nicht daran zu denken, diese Bresche mit Gewalt zu schlagen. Noch mußte der Aufbau in Nordchina nach japanischen Plänen

innerhalb der durch die Sachlage gegebenen Möglichkeiten erfolgen. In diesen Verhältnissen, für Japan wie für Nordchina gleichermaßen ungünstig, wurde am 17.4.1939 als Tochterunternehmen der Nordchinesischen Dachgesellschaft die mit einem Kapital von 300 Mill. Yen ausgestattete „Nordchinesische Verkehrsgesellschaft“ ins Leben gerufen. Die Bedeutung, die dieser Gesellschaft zugemessen wurde, geht auch aus der Anwesenheit des Präsidenten der Provisorischen Regierung Wang Ke-min, des Präsidenten der „Nordchinesischen Aufbaugesellschaft“, Son-yu Otani, und des Präsidenten der Südmandschurischen Eisenbahn, Takuichi Omura, auf der Gründungsversammlung hervor. Ohne Frage war diese Gründung auf den ausdrücklichen Wunsch der japanischen Militärkreise zurückzuführen, die in der Zeit der Besetzung Nordchinas erkannt hatten, welche ungeheure Rolle das Transportwesen besonders im geplanten Aufbau und in der Versorgung der Armee spielte. Der neuen Gesellschaft sollten auch die bereits vorhandenen 4500 km Bahnen in Nordchina zur Verwaltung übergeben werden. Vermutlich hielt man sich bei der Bildung dieser neuen Gesellschaft ebenfalls — wie in der Währungssache in Nordchina — an das mandschurische Beispiel. Die enge Verbindung zwischen der Kwantung-Armee und der Südmandschurischen Eisenbahn schwebten den japanischen Militärbehörden wohl als Muster eines möglichen Aufbaues vor, nach dem auch der Bahnaufbau in Nordchina vorgetrieben werden konnte. Anfangs schien es auch, daß die SMR. ihre volle Unterstützung zugesagt hatte und an dem neuen Projekt aktiv mitarbeiten wollte. Der Präsident Omura sprach kurz vor der Gründungsversammlung davon, daß die neue Gesellschaft die Absicht habe, die fremdländischen Anleihen, die an die nordchinesischen Eisenbahnen gewährt worden waren, innerhalb der nächsten 20 bis 30 Jahre abzulösen, wobei er den vermutlichen Betrag dieser Anleihen auf etwa 500 Mill. Yen bewertete. Es müssen sich später aber Differenzen zwischen den einzelnen japanischen Stellen eingestellt haben, die zu einem völligen Abrücken der SMR. von den nordchinesischen Bahnbauplänen führten, obschon gerade der SMR. die Verwaltung der nordchinesischen Bahnen unmittelbar nach der japanischen Besetzung übertragen wurde.

Es ist nicht bekanntgeworden, wie weit die Pläne der japanischen Militärstellen in Peiping bezüglich des Bahnbaues in diesem Gebiet gingen. Soviel kann aber angenommen werden, daß diese Pläne sich in der Hauptsache darauf richteten, neben der Verbesserung der Beförderungsmöglichkeit für Truppen und Nachschub die Gebiete zu erschließen, die wehrwirtschaftlich für Japan von Bedeutung waren.

Wie wir gesehen haben, gingen die Meinungen über die Zweckmäßigkeit

und Vordringlichkeit der einzelnen geplanten Bahnlinien stark auseinander. Strategische Überlegungen drängten nach der Provinz Suiyuan und nach Kansu mit dem Ziele, die Innere Mongolei japanischen Truppenbewegungen zugänglicher zu machen, die angesichts der unfreundlichen Haltung des Rätebundes an der mongolisch-russischen Grenze einerseits und der dauernd zum Vorschein kommenden Reibungsfläche zwischen Japan und dem Rätebund andererseits erforderlich werden konnten. Die gleichen Überlegungen schienen ein Vortreiben der Bahnlinien bis nach Ninghsia und sogar Lanchow in Kansu dringend zu empfehlen, um der sich immer enger gestaltenden Verbindung zwischen Nationalchina und dem Rätebund von dieser Seite aus Einhalt zu gebieten. Diese kühnen Pläne wurden aber von den wirtschaftlich eingestellten japanischen Stellen, zu denen zweifellos auch die SMR. zu zählen war, nicht geteilt. Diese Stellen zeigten eher die Neigung, den Bahnbau in den Provinzen Hopei, Schantung, Schansi und höchstens noch Schensi auszubauen, weil sie sich von diesem Bahnbau erstens die intensivere Erschließung der Rohstoffgebiete — wie Baumwolle, Kohle, Erze, Salze, u. ä. — versprachen, sodann aber eine schnellere Rentierung der neuen Bahnen durch ausgiebigeren Güter- und Personenverkehr in diesen Provinzen erhofften, der auch dem Handel sowohl innerhalb Nordchinas selbst als auch Nordchinas mit Japan und der Mandschurei zugute kommen würde. Der Ausbau in dieser Richtung würde auch dem Außenhandel Nordchinas Nutzen bringen.

Die rein kommerzielle Einstellung des Präsidenten Omura läßt diese Tendenz deutlich erkennen. Es blieb natürlich zunächst einmal bei seiner Äußerung bezüglich der Rückerstattung der fremdländischen Anleihen. Diese Äußerung ist jedoch sehr bezeichnend für die japanischen Absichten — Nordchina, das von ihnen besetzte Gebiet nach Möglichkeit von allem fremdländischen Einfluß, wie er in den ausländischen Bahnanleihen sich geltend machte, freizubekommen und freizuerhalten. Die Meinungsverschiedenheiten bei den japanischen Stellen haben es auch mitbewirkt, daß die Tätigkeit der Verkehrs-Gesellschaft nicht so starten und im Anfang verlaufen konnte, wie man es sich gewünscht hatte.

Der Währungskrieg

Wie sehr man sich japanischerseits um Nordchina nicht nur kümmerte, sondern auch aufrichtig bemüht war, aus dem besetzten Gebiet doch so schnell wie möglich die erforderlichen und erwarteten Rohstoffe laufend herauszubekommen, zeigt u. a. die Ausarbeitung eines neuen Planes für die Förderung der Baumwollgewinnung. Der durchschnittliche Ertrag von 4,8 Mill. piculs sollte innerhalb von 10 Jahren auf einen Jahresertrag von rund 10 Mill. piculs gebracht werden. Dieser Plan stand wirtschaftlich an Größe dem Plan der „Nordchinesischen Verkehrsgesellschaft“ nicht nach. Wie dieser, hatte er aber den Nachteil, daß zu seiner Verwirklichung neben dem Kaptial auch eine sehr große Zeitspanne erforderlich war, die den japanischen Militärstellen ebensowenig behagen mochte, wie dem japanischen Finanzministerium, das sich immer größere Sorgen um die Beschaffung von Rohbaumwolle für die japanische Exportindustrie machte, je länger der Krieg in China dauerte und je länger die erwarteten Rohbaumwoll-Lieferungen aus den besetzten Gebieten im erforderlichen Umfange ausblieben, die durch indische oder amerikanische Baumwolle gegen Devisen ersetzt werden mußte. Da aber die Fremdländer nach wie vor bei ihrer Ablehnung gegenüber der FRB. verblieben und auch japanische Geldleute es ablehnten, unter den gegebenen Umständen größere Investitionen in Nordchina vorzunehmen, selbst wenn solche ihnen von amtlicher Seite gestattet worden wären, so war für die nächste Zukunft ein Ausweg für Japan ohne Gewaltanwendung kaum denkbar.

Die Situation im praktischen Geschäftsleben, in das die FRB. wenn auch zaghaft einbezogen wurde, spitzte sich immer mehr zu. Im April 1939 mußten japanische Banken in Schanghai es ablehnen, Noten der FRB. gegen Yen im freien Verkehr und in größeren Mengen umzutauschen. Ein freier Umtausch der FRB.-Noten gegen Yen hätte — wie wir schon ausführten — zu einer recht beträchtlichen Schwächung des Yen nicht nur in Nordchina, sondern auch in Japan selbst geführt. Diese unerfreuliche Erscheinung stand aber in krassem Widerspruch zu dem, was angestrebt wurde — nämlich zum geplanten „Yenblock“. Eine solche Yenschwächung

müßte natürlich im gemeinsamen Interesse der Fremdländer und der Nationalregierung in Chungking liegen. Die Haltung der fremdländischen Banken und mit ihnen der Bank of China und der Bank of Communications in Tientsin gegenüber der FRB. versteifte sich wieder, wodurch das Verhältnis zwischen den japanischen Militärbehörden und den Niederlassungen in Tientsin immer gespannter wurde.

Nach Berichten aus informierter fremdländischer Quelle sah sich die FRB. jetzt einer Situation gegenüber, in der ihre vor dem 10. März 1939 mit einem Disagio von 3—4 Prozent notierten Noten nach diesem Termin ein Disagio gegen die Fapinoten in Höhe von 23 Prozent aufwiesen und zum Mai 1939 ein solches von 17 Prozent. Dieses Disagio wurde darauf zurückführt, daß die einheimische Bevölkerung der neuen Währung kein Vertrauen entgegenbrachte und auch seitens der Geschäftswelt ein solches Vertrauen nicht hergestellt werden konnte. Eine Reutermeldung vom 1. Mai 1939 zeigt, welch großes Interesse man englischerseits an der Entwicklung der Dinge nahm. Nach dieser Meldung war das Disagio des Yuan gegen den Fapidollar inzwischen wieder auf 33 Prozent gestiegen zugunsten des Fapi. 100 Fapidollar waren somit 133 Yuan wert. Immer weitere Mengen von nationalchinesischen Dollars wurden nach Nordchina über die Provinzen Schansi und Suiyuan, also nicht mehr von der Küste aus, sondern von der inneren Seite her, wo die Grenze des „Yenblocks“ nicht zu erkennen war, hineingepumpt, von denen ein großer Teil bereits in Peiping gesehen worden sei. Das zeigt sehr deutlich den wirklichen Stand der Dinge: die Schlacht zwischen Yen und Pfund war in vollem Gange. Ein neuer Vorstoß des Fapi nach Nordchina war erfolgt. Je tiefer die von Japan inaugurierte Währung in Nordchina gegenüber dem Fapidollar trotz der amtlich eingeführten Fapi-Abwertung um 40 Prozent sank, um so größer war die Befriedigung in London. Aus Tientsin berichtete am 2. 5. der Exchange Telegraph, daß dort an diesem Tage Abschlüsse mit einem Disagio zwischen Fapi und Yuan in Höhe von 40 Prozent getätigt wurden, ja daß sogar einige Geschäfte auf der Basis einer 50prozentigen Prämie zugunsten des Fapi zum Abschluß kamen. Eine Besprechung der Bankenvertreter aus den Niederlassungen beim Bürgermeister von Tientsin über diese Dinge verlief ergebnislos. Die Situation wurde auch deswegen für die Provisorische Regierung immer schwieriger, weil diese offensichtliche Entwertung des Yuan von einer entsprechenden Preissteigerung begleitet war, die das ganze Aufbauvorhaben in Nordchina in Frage zu stellen drohte. Die nordchinesische Bevölkerung eignete sich in diesen Tagen eine eigene Bezeichnung für die Noten der Federal Bank an. Diese Noten wurden nicht Federalnoten, sondern Funeralnoten genannt. Das

war eine Anspielung auf die wertlosen Imitationen von Geldscheinen, die nach chinesischer Sitte auf die Gräber der Ahnen gelegt wurden, zum Gebrauch im Jenseits.

Der wertmäßige Verfall der Yuanwährung in Nordchina war den japanischen Behörden fraglos schmerzlich. Aber auch die britischen lokalen Behörden in Tientsin wurden von diesem Kurssturz mit betroffen. Auch sie mußten sich gegen die wild wütende Spekulation in FRB.-Noten schützen, da sämtliche Kalkulationen im geschäftlichen Leben aufhören mußten. Am 5.5.1939 beschlossen diese Behörden dann auch, von diesem Tage ab alle Schuldnote mit einem Aufdruck zu versehen „30 Prozent Zuschlag fällig“. Sie bezeichneten diese Maßnahme als eine provisorische, die einer fortwährenden Berichtigung unterworfen sein sollte. Den nordchinesischen Behörden konnte diese Spekulation aus begreiflichen Gründen ebenfalls nicht gleichgültig bleiben. Es wurden von diesen Behörden einige Maßnahmen ausgearbeitet und auch in der Öffentlichkeit besprochen, doch blieb es zunächst dabei und praktische Maßnahmen unterblieben. Es war auch nicht leicht für die nordchinesischen Behörden, hier durchzugreifen, da der Widerstand der Bank of China und der Bank of Communications in ihrem Sitz in den Niederlassungen sich mittlerweile auch auf dem nordchinesisch-mittelchinesischen Geschäft, d. h. im Geschäft zwischen Tientsin und Schanghai auszuwirken begann. Diese sich zur Nationalregierung zählenden Banken lehnten es ab, FRB.-Noten im Schanghai-Geschäft in irgendeiner Form anzuwenden und blieben bei den Fapinoten. Damit war aber der Spekulation Tür und Tor geöffnet, gegen die japanische und nordchinesische Behörden gleichermaßen machtlos blieben. Es fehlte diesen Behörden die Handhabe sowohl für die Schaffung eines Ausgleiches gegen die spekulative Nachfrage nach Fapinoten durch ein ausreichendes Angebot solcher Noten, wodurch eine Herabsetzung des Aufgeldes für diese Noten im Vergleich zu den FRB.-Noten erzielt worden wäre, als auch für die Ausübung eines praktischen Zwanges auf die beiden chinesischen Banken und die mit ihnen zusammenarbeitenden fremdländischen Banken und Firmen in den Konzessionen.

*

Anfang Mai 1939 war somit der Krieg des Yen gegen den Yuan oder das Pfund Sterling in vollem Gange. Der Kriegsschauplatz war Tientsin und Schanghai, noch genauer — die Fremdenniederlassungen in diesen Hafenstädten Chinas. Die nordchinesische Zeitung „Peking Chronikle“ versuchte, in dieser verwickelten Situation einen Vergleich zu ziehen zwischen Nordchina und der Mandschurei. Was in der Mandschurei den ja-

panischen Besatzungsbehörden gelungen wäre auf dem Gebiete der Währungssanierung, das müßte auch in Nordchina in der gleichen Weise gelingen. Das ließ man aber verständlicherweise auf der gegnerischen Seite nicht gelten. Nordchina sei nicht die Mandschurei. Es würde zu weit führen, wollten wir hier den Unterschied genauer belegen, der zwischen der Mandschurei und Nordchina hinsichtlich des wirtschaftlichen Interesses der Fremdmächte sowohl als auch der wirtschaftlichen Möglichkeiten innerhalb dieser beiden Landesteile bestand. Dieser Vergleich, in diesem Zeitpunkt angeführt, zeigt aber die japanische Auffassung von den Zielen, die Japan in Nordchina zu verfolgen hatte und auch die Methoden, mit denen man japanischerseits diese Ziele zu erreichen suchte. Am Beispiel der südmandschurischen Eisenbahn, ihrer stark beschränkten Rolle in Nordchina und ihrem baldigen völligen Ausscheiden aus Nordchina zeigte sich aber schon deutlich genug, daß dieser Vergleich stark hinkte. Von fremdländischer Seite wurde zudem noch angeführt, daß in der Mandschurei die japanischen Besatzungsbehörden mit einer Unzahl von wertlosen oder im Verfall begriffenen Währungen aufräumten, während in Nordchina sie es mit einer sowohl von der Nationalregierung gestützten, als auch von englischer und amerikanischer Seite aktiv — durch Gewährung von Auslandskrediten, Aufkauf von nationalchinesischem Silber und Stabilisierungsfonds — unterstützten Währung zu tun hatten.

Für die nordchinesischen und japanischen Behörden hieß es, aus dieser Situation mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln herauszukommen und der FRB.-Währung eine Devisengrundlage so schnell wie möglich zu verleihen, ohne daß die japanische Staatsbank oder der japanische Staatsschatz für diese Zwecke in irgendeiner Form in Anspruch genommen wurde. Diese Aufgabe zerfiel aber in zwei Teile — einen positiven und einen negativen. Der positive bestand in der Devisenuntermauerung des FRB.-Yuan und der negative — in der Entwertung des nationalchinesischen Yuan. Beide Teile waren zur Erreichung des Zieles gleich wichtig. Man befaßte sich in Tokyo sowohl wie in Peiping daher sehr eingehend mit den Erscheinungen der letzten Tage und stellte fest, daß das ungemein hohe Aufgeld, das die Fapinoten in Tientsin erzielten, u. a. auch durch den Ankauf von Weizen in größeren Mengen, wie er durch die Versorgung der Truppen und die durch die militärische Besetzung erfolgte Störung des Handels verursacht wurde, bedingt war. Dieser Weizenankauf hatte bedeutende Mengen von Devisen erfordert, die zu einem großen Teil durch Fapinoten angeschafft werden mußten, wodurch die Nachfrage nach diesen Fapinoten in Nordchina erheblich gesteigert worden war. Wurde diese Erscheinung auch als eine vorübergehende bezeichnet, so mußte sie doch

immer wiederkehren, sobald irgendwelcher größerer Bedarf an nordchinesischen Gütern aus dem Auslande zu decken war. Sehr interessant ist in diesem Zusammenhang das Eingeständnis, das japanischerseits am 9. 5. in Form einer Meldung aus Peiping darüber gemacht wurde, daß Fapinoten in den Provinzstädten Nordchinas zum Einkauf von Rohbaumwolle gebraucht würden, wodurch die Hausse mit verursacht worden wäre. Damit wurde zugegeben, daß die japanischen Pläne bezüglich der Ausnutzung Nordchinas als Baumwoll-Land bisher auf dem Papier verblieben waren und daß die nordchinesischen Behörden mit ihrem Gelde nicht einmal mit Hilfe der eingeführten Zwangsmaßnahmen die so dringend benötigte Baumwolle aus den Produktionsorten herauszuholen in der Lage waren, sondern das Geld des Gegners dazu benutzen mußten. Diese Tatsache konnte in Kreisen der einheimischen Bevölkerung nicht geheim bleiben, sondern fand gebührende Verbreitung und wurde auch von dem Gegner nach Möglichkeit propagandistisch ausgenutzt.

Ein Ausweg aus dieser Situation wurde immer schwieriger, das Ansehen des FRB.-Yuan schwand im gleichen Maße wie das Aufgeld für diese Notén gegenüber dem Fapi stieg. Der Kursunterschied hatte sich inzwischen auf etwa 30 Prozent stabilisiert, so daß für 100 Fapinoten Anfang Mai 1939 in Tientsin und Peiping, also dem unmittelbaren Einflußbereich der FRB., 130 FRB.-Noten gezahlt werden mußten. Das hatte zur Folge, daß die Preise für Lebenshaltung in Nordchina in die Höhe schnellten. Aus dieser Verkettung von Umständen entstand aber für Japan selbst und auch die Mandschurei eine sehr ungünstige Entwicklung; die hohen Preise in Nordchina übten eine Saugwirkung auf die Industriewaren Japans aus, die in breitem Strom nach Nordchina zu fließen begannen, wodurch wiederum eine Preissteigerung in Japan selbst — nach dem bekannten Grundsatz der kommunizierenden Röhren — entstand. Hier zeigte sich wiederum die Unvollkommenheit der „Yenblock“-Schöpfung im gegenwärtigen Stadium. Japanische Kaufleute waren in der Lage, für Baumwollgarne, Weizenmehl u. ä. in Nordchina ein Aufgeld gegenüber dem japanischen Absatzmarkt in Höhe von 30 Prozent zu erzielen, lediglich weil der Krieg des Yen gegen das Pfund auf dem neubesetzten Gebiet für sie diese günstige Situation geschaffen hatte. Im Taumel der eingesetzten Spekulation gab es noch Möglichkeiten für einen solchen Absatz. Ernstere japanische Wirtschaftskreise wußten wohl, daß es sich um eine vorübergehende Erscheinung handelte und waren sich mit der Regierung darüber einig, daß diese Erscheinung eine Lehre sei, die eine praktische Anwendung im eigentlichen Aufbau des „Yenblocks“ finden mußte, mit dem bisher jedoch noch nicht einmal begonnen worden war.

Gelegentlich wurde schon erwähnt, daß dem „Yenblock“ bisher die Grenze fehlte, und zwar sowohl eine geographische als auch eine „moralische“ Grenze, d. h. also, daß die Gebiete, die von Tokyo als zum „Yenblock“ zugehörig gerechnet wurden, praktisch unbegrenzt blieben. Nach dem Norden hin hatte das seinen Nachteil insofern, als mit dem wachsenden Handelsverkehr zwischen Mandschurei und Nordchina eine immer größere Berührungsfläche zwischen mandschurischem und nordchinesischem Yuan entstand, die mit der Zeit zu einer Reibungsfläche werden mußte, je größeren Umfang der illegale Warenverkehr aus Nordchina und über diesen aus Mittelchina nach der Mandschurei annahm und je mehr der daraus für die Mandschurei entstehende Schaden sich erhöhte. Nach Süden und nach Westen hin — die einzige natürliche Grenze bildete das Meer nach Osten hin — blieb die Bestimmung einer solchen Grenze bisher dem Schicksal überlassen. Dieser Zustand ist wohl zum großen Teil darauf zurückzuführen, ebenso wie seine Beibehaltung trotz offensichtlicher Nachteile, daß seine Abänderung die Notwendigkeit mit sich gebracht hätte, Grenzsperren nach dem Inlande hin einzurichten und ein „Mittelchina“ wenigstens nach dessen Nordseite hin abzugrenzen, das selbst in der Vorstellung des japanischen Generalstabes noch gar keine festumrissenen Formen hatte annehmen können, weil dieses „Mittelchinesische Gebiet“ praktisch kaum mehr als eine Ausdehnung der Umgebung Schanghais nach verschiedenen Himmelsrichtungen bedeutete. Zu dieser Umgebung gehörte auch Nanking und später sogar Hankow, während z. B. Tsingkiangpu oder Hwaiianfu am Großen Kanal in der Provinz Kiangsu nicht zu dieser Umgebung zu rechnen waren, obgleich sie bedeutend näher zu Schanghai gelegen sind, als Hankow. Große Teile der Provinzen Kiangsu und Anhwei schoben sich als von den japanischen Truppen unbesetzte und von den Behörden der Nationalregierung völlig oder zum größten Teil beherrschte Gebiete zwischen nordchinesisches und mittelchinesisches, von Japanern besetztes Gebiet. Das störte natürlich die unzweideutige Grenzziehung zwischen Nord- und Mittelchina, wobei besonders zu berücksichtigen ist, daß im Besitz der Nationalregierung immer noch beträchtliche Küstenstreifen und offene Wege übrig blieben, die aus den Küstengebieten nach den von den japanischen Truppen teilweise besetzten Gebieten Nord- und Mittelchinas führten. Das war aber für die Abgrenzung des „Yenblockgebietes“ oder zunächst einmal Nordchinas insofern von größter Bedeutung, als durch diese offenen, von Japanern unbesetzten Wege nicht nur die militärische Verbindung zu den nationalchinesischen, im Rücken der Japaner verbliebenen Truppen ermöglicht wurde, sondern auch ein Waren- und Personenverkehr sich abwickelte, der zu den gegen die japanische

Aufbauarbeit in den besetzten Gebieten gerichteten Störungsarbeiten wesentlich beitrug.

Die geschilderte Entwicklung der Währung und der Wirtschaft in Nordchina sowie der mit der Zeit immer deutlicher in Nordchinas Wirtschaftsleben tretende und sogar in dieses eingreifende Handelsapparat Schanghai bewirkte es, daß die maßgebenden japanischen Stellen sich zu dem Entschluß durchringen mußten, zunächst vom grünen Tisch aus eine provisorische Lösung dieser Grenzfrage herbeizuführen, in der Überzeugung, daß sie in keiner Weise den Idealen und sogar den praktischen Verhältnissen entsprechen könnte. Eine solche „Grenzdeutung“ — denn von einer Grenzziehung konnte ja noch keine Rede sein — mußte aber erfolgen, um überhaupt dem nordchinesischen Gebilde, das immerhin schon mit einer Regierung, einer eigenen Notenbank u. ä. versehen war, eine festere Form zu geben. Mit dieser Frage befaßte sich um diese Zeit die japanische Zeitung „Tokyo Asahi“. Das Blatt schreibt: „Eine genaue Grenze zwischen dem unter dem Machtbereich der Peipinger und demjenigen der Nankinger Regierung stehenden Gebiet soll demnächst auf der Basis des finanziellen Einflußbereichs der Federal Reserve Bank und der Hua-Hsing-Bank in Schanghai gezogen werden. Vertreter der FRB. und der Verbindungsstelle des China-Amtes sollen sich in Kürze nach Schanghai begeben, um mit Vertretern der Schanghai Bank über Währungsangelegenheiten in den besetzten Gebieten Nord- und Mittelchinas zu verhandeln. Der Yuan der FRB. hat einen Kurs von 14 d, während der Yuan der Hua-Hsing-Bank einen solchen von 8 d hat. Obschon man sich darüber geeinigt hat, daß die beiden Währungen gekoppelt werden müßten zu einem endgültigen Kurs, so ist man doch der Ansicht, daß jede von ihnen ein genaues Umlaufgebiet haben muß, das von der anderen Währung nicht überschritten wird. Sind diese Zonen abgegrenzt, so werden — wie man annimmt — die Einflußgebiete der beiden chinesischen Regierungen sich automatisch ergeben. Die von der Peipinger Bank ausgegebenen Noten sind z. Zt. im Gebiet nördlich des neuen Laufes des Gelben Flusses in Umlauf.“

Somit bestand der Plan darin, den Gelben Fluß zur Grenze zwischen Nord- und Mittelchina zu machen, ein — wie schon erwähnt — bereits einmal zurückgestellter Plan, an dem man aber in Ermangelung eines besseren festzuhalten schien.

Eine solche Grenzziehung würde u. a. aber bedeuten, daß die wirtschaftlich und auch politisch unbedingt zu Peiping tendierende Schantung-Halbinsel zu Mittelchina fallen, also von Schanghai aus verwaltet werden, den mittelchinesischen Yuan als Währung hätte und den Hafen von

Tsingtao mit seinem Hinterland und Tientsin gewaltsam nach Mittelchina umbiegen würde. Die wirtschaftlichen Folgen einer solchen Grenzziehung wären in den heutigen Verhältnissen kaum vorstellbar, wobei zu berücksichtigen ist, daß der Umbruch in China nach dem japanisch-chinesischen Kriege nicht allein den Küstenhandel Chinas, sondern auch die wirtschaftspolitische Struktur im tieferen Inlande nicht ohne Einfluß lassen kann. Dies alles mußte auch in Tokyo in Erwägung gezogen werden, ehe eine Entscheidung in dieser sehr wichtigen Frage gefällt wurde. In der weiteren Folge ist nichts mehr von diesem Entwurf zu hören gewesen, obschon die Grenzziehung für den „Yenblock“ immer dringlicher wurde und auch den japanischen Militärbehörden selbst der „grenzenlose“ Zustand Ungelegenheiten bereitete. Die Entwicklung der Wirtschaft mußte aber in beiden Gebieten — dem nordchinesischen wie dem mittelchinesischen — zunächst und auf absehbare Zeit noch mehr dem Schicksal überlassen bleiben. Vermutlich verließ man sich auch japanischerseits zum Teil darauf, daß der ohne jede japanische Absicht gebildete Streifen Landes von der chinesischen Meeresküste im südlichen Teil der Provinz Kiangsu nach Westen hin bis in den westlichen Teil der Anhwei-Provinz, der — wie gesagt — im Besitz der nationalchinesischen Truppen und Verwaltung verblieb, eine „natürliche Grenze“ zwischen dem nordchinesischen und dem mittelchinesischen Gebiet bilden würde, die dem Übergreifen der Hua-Hsing-Banknoten nach Norden und der FRB.-Noten nach Süden einen Riegel vorschiebt. Ohne Frage war das eine sehr unzuverlässige „Grenze“, die vom Feinde gezogen wurde. Immerhin aber war sie vorerst besser als gar keine.

Ein Anzeichen dafür, daß man an bestimmten japanischen Stellen trotz der Unwahrscheinlichkeit des Planes dennoch an diesem festzuhalten schien, ließ sich in einem Bericht der Domei-Agentur vom 24.5.39 feststellen, in dem es heißt, daß die Hua-Hsing-Bank, eine Filiale in Hsüchowfu, dem Eisenbahnknotenpunkt, der von der Lunghai- und der Tientsin-Pukow-Eisenbahn gebildet wird, zu eröffnen beabsichtige. Die FRB.-Bank hatte soweit südlich keine Filialen. Daraus könnte geschlossen werden, daß diese nördlichste Filiale der Hua-Hsing-Bank noch das Gebiet zwischen der Lunghai-Bahn und dem Gelben Fluß zugewiesen erhalten würde.

Die Haltung der Fremdländer und die sich aus ihr und dem Widerstand der Chinesen in Nordchina ergebende Entwicklung veranlaßte die Provisorische Regierung Ende Mai 1939 zu einem neuen energischen Schritt — der Einführung der vollständigen Außenhandelskontrolle —, der tief in die bisherige Struktur des Außenhandels Nordchinas einschneiden sollte. Offenbar gab man sich japanischerseits Rechenschaft über die Tragweite

dieses Schrittes, denn zwischen seiner Ankündigung und der tatsächlichen Durchführung sollten einige Monate vergehen. Aber schon aus der Ankündigung sind Grund und Ursache zu diesem Schritt zu erkennen, die ähnlich wie andere solche Maßnahmen die japanische Einstellung zu den sich dauernd ändernden Dingen in Nordchina erklären. In Tokyo wie in Peiping glaubte man, die Zeit für eine Verschärfung der Exportkontrolle sei gekommen, um mittels dieser den Widerstand der Fremdländer sowohl als auch der in ihrem Gefolge oder doch mit ihnen zusammengehenden chinesischen Bevölkerung zu brechen. Gleichzeitig sollte mit dieser Ausdehnung der Kontrolle auf alle Exportgüter Nordchinas durch erweiterte Devisenbeschaffung dem FR.-Yuan die immer noch fehlende Devisenbasis verliehen werden, wodurch er erst als vollgültige Währung zur Geltung kommen konnte. „Da die Exportkontrolle z. Zt. lediglich 12 Warenarten umfaßt, wird die Fapiwährung im Handelsverkehr zwischen Nord- und Mittelchina, soweit es sich um außerhalb der Kontrolle stehende Artikel handelt, verwendet. Es besteht daher eine noch relativ große Nachfrage nach Fapinoten, insbesondere in den Konzessionen.“ Mit diesen Worten wurde japanischerseits die Absicht begründet, ein weiteres Loch im japanischen Verordnungsnetz in Nordchina zu stopfen, andernteils aber auch der Grund dafür angeführt, daß im unmittelbaren japanischen Machtbereich für 100 FR.-Noten nur 70 Fapinoten gezahlt wurden. Man versprach sich japanischerseits von dieser neuen Verordnung neben einer Schwächung des fremdländischen Widerstandes auch ein Nachlassen der Kursschwankungen, Abflauen der Spekulation und Absinken der Preise. In den japanischen Informationen aus dieser Zeit heißt es, daß amtlicherseits die Auflösung der zu spekulativen und preistreibenden Zwecken angesammelten Warenlager entweder durch behördlichen Aufkauf oder durch Verkaufszwang, das Verbot der Warenlagerung, die Anregung zur allgemeinen Sparsamkeit angestrebt und strenge Strafen für illegalen Handel angedroht wurden.

Dieses Vorhaben — die Durchführung der allgemeinen Exportkontrolle — sollte der nächste größere Schachzug im Ermattungskrieg des Yen gegen das Pfund sein, von dem man sich eine neuerliche Schwächung des Fapi und damit eine Stabilisierung des FR.-Yuan versprach. Ehe es jedoch zur Inkraftsetzung der neuen Verordnung kam, mußte noch manches Hindernis beseitigt werden, das auf dem Wege zu diesem Ziele stand. Da war zunächst einmal die Frage des Yenumlaufes in Nordchina, die in Verbindung mit dem Handelsverkehr zwischen Japan und dem besetzten nordchinesischen Gebiet unbequeme Formen anzunehmen begann. Andererseits gab es nur wenige Möglichkeiten, diese Formen mehr in japanischem Sinne zu ge-

stalten, da den Truppen doch der Gebrauch von Yennoten im besetzten Gebiet nicht gut untersagt werden konnte, wenn man auch immer mehr — unter peinlicher Vermeidung irgendwelchen Aufsehens — dazu überging, „Kriegsnoten“ auch in den nordchinesischen Verkehr zu bringen, zu denen niemand ein rechtes Verhältnis zu gewinnen vermochte. Weil man also vorerst auf wirtschaftspolitischem Gebiet an die Armee nicht herankam und ihr in dieser Beziehung volle Freiheit belassen mußte, auf der anderen Seite aber die Überzeugung vorherrschte, daß die von den Truppen in Umlauf gebrachten Beträge an Yen nicht allzu groß waren, entschied man sich dazu, japanischen Reisenden und Residenten im Gebiet der Provisorischen Regierung den Gebrauch von Yennoten zu verbieten. Nach einer Domei-Meldung vom 22. 5. wurden die japanischen Residenten in diesem Gebiet aufgefordert, ihre Yennotenbeträge bei der Federal Reserve Bank gegen FR.-Yuan einzutauschen. Auch wurde angeordnet, daß sämtliche Geschäfte zwischen japanischen Residenten innerhalb des nordchinesischen Gebietes in FR.-Yuan zu erfolgen hätten. Alle japanischen Reisenden wurden ebenfalls angewiesen, ausschließlich FR.-Yuan zu benutzen und ihre Yennoten abzuliefern. Es muß hierbei auffallen, daß alle anderen Wege, auf denen Yennoten aus Japan nach Nordchina gelangten, offen gelassen wurden. Vermutlich sagte man sich in Tokyo, daß die Sperrung auch nur eines dieser Wege das ganze „Yenblockproblem“ in seiner vollen Größe aufrollen werde.

Es läßt sich kaum einwandfrei feststellen, was mit dieser Verordnung über die Yenablieferung praktisch erreicht wurde. Sie sollte dazu beitragen, den Abzug der Yennoten aus Altjapan nach Nordchina und von dort nach Mittelchina abzdrosseln oder ihn doch in staatlicher Kontrolle zu behalten. Zu einem geringen Teil wurde dieses Ziel erreicht, nämlich zu dem, der sich auf den Reiseverkehr der Japaner in Nordchina bezog. Die große Menge der vor der FR.-Bank und der Provisorischen Regierung stehenden Probleme wurde hierdurch nicht nur nicht gelöst, sondern auch kaum berührt. Es handelte sich somit um eine rein japanische Abwehrmaßnahme, die die japanische Währung vor Kurseinbrüchen schützen sollte, wie sie in Schanghai, Hongkong u. a. vorgekommen waren, nicht aber um eine solche, die den FR.-Yuan unmittelbar festigen konnte.

Die in dieser Verordnung zum Ausdruck gebrachte japanische Abwehr bezog sich aber nicht allein auf die Währungsfrage. Sie berührte auch recht empfindlich einen bedeutenden Teil der japanischen Wirtschaft und besonders auch der Wehrwirtschaft. Der Präsident der Handelskammer von Japan, Vizeadmiral Dr. Takuo Godo, äußerte sich auf einer Konferenz, die in Peiping zwischen japanischen Geschäftsleuten und Vertretern der

Behörden in Nordchina am 24. Mai 1939 abgehalten wurde und auf der vermutlich alle diese aktuellen Fragen zur Sprache kamen, sehr ausführlich. „Die japanischen Industriekreise — so führte der Admiral aus — sind in den chinesisch-japanischen Krieg völlig unvorbereitet eingetreten. Um die Wahrheit zu sagen — wir waren gezwungen, dem Kriegswirtschaftssystem zu folgen. Ich kann nicht beobachten, daß das japanische Volk wie im Kriegszustand lebt. Aber die künftige wirtschaftliche Entwicklung wird ihm diese Lebensweise nicht mehr erlauben. Die Selbstgenügsamkeit innerhalb des „Yenblocks“ auf dem Gebiete der Warenversorgung ist notwendig. Das Volk muß darauf vorbereitet werden, größeren Schwierigkeiten zu begegnen. Um die Selbstgenügsamkeit in der Warenversorgung zu erreichen, wird die weitere Verschärfung der Wirtschaftskontrolle, der Ausbau der Auswertung der Bodenschätze in Japan, China, der Mandschurei und der Mongolei, Durchführung der sparsamen Lebenshaltung im Volk, Urbarmachung von Einöden, Verwendung von Ersatzstoffen, Förderung der industriellen Leistung und Steigerung der Produktionskraft innerhalb des „Yenblocks“ erforderlich sein. Dem weiteren Anziehen der Preise muß materiell und moralisch eine Grenze gezogen werden. Gleichzeitig ist die moralische Erziehung der japanischen Jugend erwünscht. Da Japan berufen ist, als Führer der asiatischen Völker einen sehr ausgedehnten wirtschaftlichen Aufbau in Ostasien zu leiten, müssen wir fest entschlossen sein, jeder Schwierigkeit, der wir auf unserem Wege zum Ziel begegnen sollten, zu überwinden.“

Diese programmatisch anmutenden Worte des angesehenen japanischen Wirtschaftsführers zeigen neben dem unbedingten japanischen Willen, das auf dem ostasiatischen Festlande bereits durch militärische Operationen Erreichte auch wirtschaftlich und vor allem wehrwirtschaftlich auszuwerten, den Umfang der Schwierigkeiten an, mit denen Japan noch zu kämpfen hat, bis es sich erst durchringen kann zum positiven Aufbauwerk. Admiral Godo versprach dem japanischen Volk keine rosige Zukunft. Er kündigte ihm vielmehr Entbehrungen und Entsagungen an. Aber nicht nur dem japanischen Volk, sondern auch der Bevölkerung der von der japanischen Armee besetzten chinesischen Gebiete. Innerhalb des „Yenblocks“ werde es Entbehrungen geben, ehe man an die Aufbauarbeit gehen könne. Der japanische Wirtschaftsführer konnte angesichts der ungeheuer schwierigen Situation in Nordchina keine Worte finden, die den beteiligten Massen mehr Zuversicht für ihre nächste Zukunft hätten geben können. Er mußte bei der Wahrheit bleiben. Selbst auf die Gefahr hin, die ohnehin für Japan nicht günstige Stimmung in Nordchina noch ungünstiger zu beeinflussen. Er mußte so handeln, weil er als Exponent japanischer Wirtschaftskreise,

die auch mit der japanischen Wehrwirtschaft verbunden waren, die Situation nicht anders sah. Nicht zur Verkündung dieses Programms war die Konferenz in Peiping zusammengetreten, sondern zur Behandlung der Fragen, die sich seit der Besetzung des nordchinesischen Gebietes für dieses selbst und für Japan zugespitzt hatten und in dieser Zuspitzung zu einer Lösung drängten. Es ging nicht mehr an, daß für das nordchinesische Problem oder das Problem des „Yenblocks“ allein bzw. gesondert von Japan und der japanischen Wirtschaft eine Lösung gesucht wurde. Es mußte eine Lösung gefunden werden oder zum wenigsten ein Weg zu dieser, der in gleichem Maße die nordchinesische, die mandschurische und die japanische Wirtschaft in ihrer jeweiligen Gesamtheit betraf, ihnen allen zugleich und in jeweiliger Abstimmung gegeneinander eine befriedigende Lösung bringen konnte. Das „Yenblock“-Problem stieg, immer noch in großer Entfernung, aber trotzdem in seiner ganzen Größe vor Japans Staatsmännern auf. Seine Größe wurde noch von wenigen erkannt, die Zusammenhänge zwischen dem Ermattungskrieg des Yen gegen den Fapi oder das Pfund blieben noch sehr vielen, auch unmittelbar an diesen praktischen Fragen beteiligten japanischen Staatsmännern, Kaufleuten und Industriellen verborgen. Letztere sahen zunächst nur, daß ihnen durch Anordnungen von Peiping aus entweder industrielle Gewinne verbaut oder aber kaufmännische Ertragsquellen verstopft wurden. Der Abfluß des Yen aus Japan, der Strom japanischer Fertigwaren nach Nordchina, die jetzt beide eingedämmt werden sollten, brachten solche kaufmännische Erträge, während den Industriellen die freie, ihrem Ermessen allein überlassene Ausbeute der Naturschätze Nordchinas als besonders gewinnbringend vorschwebte.

Das Transport- und Verkehrsproblem innerhalb Nordchinas sowohl als auch zwischen Nordchina, Japan, der Mandschurei und der Mongolei spielte anerkanntermaßen auch vom Gesichtspunkt der japanischen Militärstellen eine sehr wichtige Rolle. Trotz dieser Übereinstimmung zwischen den Auffassungen der SMR. und der Militärstellen blieb der ersteren Ende Mai 1939 nichts anderes übrig, als zu bekennen, daß eine Lösung dieses Problems vorerst auf das Ende des Jahres 1939 verschoben werden müsse. Zur Bewältigung dieses Problems wurde bekanntlich die „North China Communications Co.“ am 17.4. 1939 mit einem Kapital von 300 Mill. Yen ins Leben gerufen, die zunächst unter aktiver Anleitung der südmandschurischen Eisenbahn arbeitete. Sie mußte Ende Mai 1939 die zunehmenden Anfragen aus interessierten Kreisen über Tariffragen und deren Neuregelung in der Öffentlichkeit dahin beantworten, daß ein Plan für die Regelung dieser Fragen zwischen Japan, Korea, Mandschurei.

und Nordchina in Ausarbeitung sei und erst Ende 1939 oder Anfang 1940 zur Bestätigung und Durchführung gelangen könne. Das bedeutete, daß selbst die von japanischen Militärbehörden anerkannte große Bedeutung des Transportwesens in Nordchina solange auf die praktische Lösung warten mußte, als der nationalchinesische Widerstand gegen die Besetzung, der sich am allermeisten und deutlichsten in der Zerstörung oder auch nur Störung der Verkehrswege der japanischen Truppen äußerte, nicht wirksam und auf längere Sicht unterdrückt werden konnte. Der Aufbau auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet verlief sehr langsam. Die Auswirkungen des Ermattungskrieges zeigten sich auch hier.

*

Am 25.5.39 konnten die Behörden in Nordchina berichten, daß die Einnahmen der Provisorischen Regierung aus den Steuern im ersten Vierteljahr 1939 den Gesamtbetrag von 20 031 000 Yuan erreicht hätten, das bedeutete eine Zunahme um 10 675 000 Yuan gegen die gleiche Zeit des Vorjahres. Zusammen mit dem Peipinger Hauptsteuerbüro arbeiteten in Nordchina zu dieser Zeit bereits 9 Steuererhebungsstellen. Es ist bezeichnend, daß im Vergleich zum Vorjahre die Steuerämter im Innern des Landes die größte Zunahme der Eingänge zu verzeichnen hatten, während z. B. Peiping ein solche von nur rund 500 000 Yuan und Tientsin — rund 800 000 Yuan aufweisen konnten. Tsinan hingegen zeigte im Vorjahr überhaupt keine Steuereinnahmen und konnte in der Berichtszeit mit einem Betrage von 1 028 000 Yuan aufwarten. Dieses war ein untrügliches Zeichen für das Eindringen des japanischen Einflusses in die von den größeren Provinzstädten beherrschten Gebiete. Die Höhe der Eingänge zeugt aber auf der anderen Seite von der Geringfügigkeit der Objekte. So hatte z. B. die Handelsstadt Shihchiachwang den Betrag von ganzen 105 000 Yuan für ein Vierteljahr an Steuern aufgebracht, während die Hafenstadt Chefoo nur 100 000 Yuan aufzubringen vermochte. Der Sonderdistrikt von Tsingtao weist sogar einen Rückgang gegen das Vorjahr auf, was für den Fortgang des Ermattungskrieges und seine praktischen Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben des nur teilweise befriedeten Landes sehr bezeichnend ist.

Der Chef der Filiale der „Osaka Mainichi“ in Tientsin, Mitsuo Furuichi, äußerte sich Anfang Juni nach einer Inspektionsreise durch Nordchina zufrieden über alles, was er gesehen hatte. Vor allem ist er mit der Arbeit der Eisenbahnen zufrieden, aus deren Fenster er das Werken der einheimischen Bevölkerung auf den Feldern habe beobachten können. Immer

mehr Bauern zögen aus dem noch von Banden besetzten Gebieten in die japanisch besetzten Teile, weil sie sich dort in sicherem Schutz fühlten. Es sei ihm besonders aufgefallen, daß die Bevölkerung der Städte in Nordchina seit der japanischen Besetzung ganz erheblich gewachsen sei. Er gibt Zahlen von Städten an, in die zum Ende April 1939 Japaner neu zugezogen waren: Tsingtao — 27 000, Tsinan — 10 000, Hsüchowfu — 2000, Kaifeng — 1400, Sinsiang — 2000, Shihchiachwang — 9600, Paoting — 1900, Peiping — 35 000, Tientsin — 40 000.

Furuichi schätzte die Zahl der neu zugezogenen japanischen Residenten in Nordchina auf insgesamt rund 100 000 Personen, wobei der Zustrom noch anhalte. „Im allgemeinen jedoch — sagt Furuichi weiter — handelt es sich hierbei nicht um Japaner der allerbesten Klasse. Sie sind in der Mehrzahl in ihrem Verdienst von den japanischen Truppen in deren Garnisonen abhängig. Die Unternehmungen der Nordchinesischen Aufbau-gesellschaft und diejenigen außerhalb der Kontrolle dieser Gesellschaft sind alle ins Leben gerufen, aber keine von ihnen hat bemerkenswerte Fortschritte gemacht, da sie alle durch die Verordnungen der nordchinesischen und japanischen Militärbehörden gehemmt sind. Nur ein geringer Teil des chinesischen Kapitals, das von ihnen zur Mitarbeit aufgerufen wurde, ist tatsächlich der Aufforderung gefolgt. Vermutlich befürchten die Chinesen, daß die Ruhe und Ordnung in Nordchina nicht völlig gesichert sei.“

Furuichi und Admiral Godo sind sich offenbar einig über die wirkliche Situation in Nordchina. Im 23. Monat der japanischen Besetzung finden sie beide, daß ein Fortschritt in der Aufbauarbeit kaum zu beobachten sei. Furuichi geht in seiner Begründung für diese Erscheinung sehr weit, indem er den japanischen Militärbehörden vorwirft, daß diese den Entwicklungsprozeß im Aufbau hemmen.

Wenn aber die Einführung der Gesamtkontrolle für den nordchinesischen Außenhandel vorerst einmal aufgeschoben werden mußte, so konnte auf der anderen Seite die Provisorische Regierung nicht untätig bleiben gegenüber der Spekulation und ihren verderblichen Folgen für das ganze Land. Sie erließ daher durch das Finanzdepartement eine Verordnung an alle Polizeistationen, Banken und Wechselstuben folgenden Wortlautes: „Nachstehende Vergehen werden streng bestraft: a) Ausfuhr von Silber aus dem Lande ohne Regierungserlaubnis, b) Transaktionen in Banknoten oder Exportwechseln zu Spekulationszwecken, c) Verbreitung von grundlosen Gerüchten über das Währungssystem in Nordchina, d) jegliche Manipulationen, die geeignet sind, die Währungsordnung in Nordchina zu stören. Diese Verordnung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.“

Was unter „Manipulationen“ gegen die Währung in Nordchina zu verstehen war, blieb den nordchinesischen bzw. japanischen Stellen und Gerichten zur Entscheidung vorbehalten. Man suchte, so gut es eben ging, sich zu schützen, auf dem Verordnungswege, wenn der andere Weg, der Weg des gesunden Wirtschaftsausgleiches, der gesunden Wirtschaftsentwicklung, wie sie in Friedenszeiten üblich waren, durch verschiedene Barrikaden verbaut war, gegen die die japanischen Geschütze einerseits und das japanische Industrie- und Handelskapital andererseits zunächst noch machtlos waren. Die erwähnte Verordnung richtete sich an die einheimische Bevölkerung. Sie sollte sie einschüchtern, von dem Gebrauch des Fapi in jeder Form abhalten. Es schien, daß die Provisorische Regierung um diesen Zeitpunkt es vorläufig aufgegeben hatte, gegenüber den Fremdländern und den von ihnen beeinflussten chinesischen Banken etwas Positives zu erreichen. Damit war für die nächsten Tage jede Offensive gegen den Yuan oder das Pfund von Nordchina aus eingestellt und man war in Peiping geneigt, in die Defensive zu gehen. Hiervon zeugt auch ein Gerücht, das allerdings späterhin keine Bestätigung fand, für die Tage des Mai 1939 aber von recht großer Bedeutung war. Es hieß, daß die FR-Bank die Absicht habe, den FR.-Yuan auf den Stand des nationalchinesischen Dollar, d. h. auf 8 d, von 14 d abzuwerten. Begründet wurden diese Gerüchte damit, daß durch eine solche Abwertung die Gestaltung der Preise für Lebensmittel in Nordchina besser gehandhabt und beeinflußt werden könnte. Hier zeigte sich auch wiederum, wie störend, ja zerstörend, der Ermattungskrieg in einem Lande sein konnte, das nach den Worten des erwähnten Furuichi und nach japanischer Vorstellung verwaltungsmäßig zu 90 Prozent sich bereits in den Händen der japanischen Truppen befand. Es kann wohl kein Zweifel bestehen, daß die Festigkeit des nationalchinesischen Yuan gegenüber dem FR.-Yuan in Nordchina auf die Auswirkung des englisch-chinesischen Stützungsfonds von 10 Millionen Pfund Sterling zurückzuführen war, obschon dieser Fonds seine aktive Arbeit aufgegeben hatte, und auf die Zuversicht sowohl der nationalchinesischen Banken in Nordchina als auch der fremdländischen Banken und Unternehmungen eben da, daß die nationalchinesische Währung allen japanischen Angriffen zu trotzen in der Lage sein werde. Bisher hatte man sich nicht getäuscht. England gewährte neben Amerika der Nationalregierung in Chungking wirksame Hilfe in verschiedener Form, die als zuständige Reserve im Ermattungskrieg gebraucht werden konnte.

Englands Verluste

Ohne Frage war dieser Ermattungskrieg für alle direkt oder indirekt Beteiligten verlustreich. Nichts deutete im 23. Monat des Krieges darauf hin, daß die japanische Wirtschaft auch nur einen geringen Teil dessen aus dem besetzten Gebiet wieder herausholen könnte, was an Geld, Material und Menschenleben in das Unternehmen investiert worden war. Selbst der Unterhalt der Truppen im besetzten nordchinesischen Gebiet mußte zu einem erheblichen Teil — in Nahrungsmittel sowohl als auch in Bekleidung — von der Heimat besorgt werden. Aber nicht allein die Japaner und Chinesen waren die Leidtragenden. Auch die englischen Helfer hatten keine Ursache, sich über die Entwicklung der Dinge zu freuen. Die englischen Verluste in China wurden von englischer Seite um diese Zeit mit rund 10 Mill. Pfund angegeben. Nicht nur die in japanische Hände übergegangenen chinesischen Eisenbahnen mit ihren großen englischen Anleihen und dem Zinsendienst waren außerhalb des britischen Einkommens geraten, sondern auch der Handel mit Nordchina und später mit Schanghai ging England verloren. Nach englischen Angaben hatte der britische Export nach China im Jahre 1929 den Betrag von 14 028 983 Pfund erreicht, der nach der Besetzung der Mandschurei durch die Japaner und der sehr scharfen Einschränkung des mandschurischen Außenhandels mit allen Ländern außer Japan im Jahre 1937 auf 5 911 789 Pfund fiel. 1938 ging dieser Export sogar auf 4 043 115 Pfund zurück und zeigte für das erste Viertel 1939 den Betrag von 1 114 296 Pfund. Nach der Feststellung, daß ein erheblicher Warenschmuggel nach China sich herausgebildet habe, wird englischerseits schließlich betont, daß der englische Zollinspekteur Sir Frederick Maze zu berichten gezwungen wäre, daß aus den von den japanischen Truppen besetzten Gebieten in der Berichtszeit keinerlei Beiträge an Zöllen eingegangen seien.

Das war die Kehrseite des in Tientsin und Peiping so erfolgreich bisher für die Engländer geführten Ermattungskrieges des Yen gegen das Pfund. Es wurde immer deutlicher, daß die Verluste in diesem Kriege auf beiden Seiten sehr stark waren und immer höher werden mußten,

wenn auch die Schlachten nicht von soviel Lärm begleitet waren, wie es in solchen unter Anwendung von Geschützen und Maschinengewehren üblich ist.

Hier streifen wir eine scheinbar in diesem Zusammenhang unwichtige, nebensächliche Frage, die sich aber im weiteren Verlauf der Dinge in Nordchina sowohl als auch im eigentlichen japanisch-englischen Verhältnis als von Wichtigkeit erwies. In der britischen Konzession wurde in Tientsin der chinesische Politiker Cheng Shikang von Nationalchinesen ermordet, weil er sich den Japanern zur Verfügung gestellt hatte. Die japanischen Behörden hatten die Auslieferung des Mörders gefordert, was ihnen aber verweigert wurde. Daraufhin ordneten die japanischen Militärbehörden in Tientsin die Blockade der britischen und französischen Konzessionen an. Die Niederlassungen wurden mit Stacheldraht umzogen, das zu allem Überfluß noch mit Starkstrom geladen wurde. Zahllos waren die britischen, amerikanischen und französischen Proteste gegen dieses Vorgehen. Sie hatten auf die Haltung der japanischen Militärbehörden überhaupt keinen Einfluß. Lange Parläver mit den Behörden in Peiping und Tokyo setzten ein. Sie schlossen mit der Auslieferung der 4 Nationalchinesen an die japanischen Behörden. Allerdings muß gesagt werden, daß das Schicksal der ausgelieferten Chinesen nicht bekannt geworden ist. Auch von japanischer Seite ist nichts von einer Hinrichtung der Mörder berichtet worden. Die japanischen Militärbehörden in Peiping begründeten eine ganze Zeit lang die Blockade der Niederlassungen in Tientsin mit der Weigerung der britischen Behörden, die Mörder auszuliefern. Demnach hätte die Blockade also nach Auslieferung der Mörder aufgehoben werden müssen, da sie fortan gegenstandslos geworden war. Nichts dergleichen geschah. Die britischen Residenten mußten sich auch nach der Auslieferung recht peinlichen Untersuchungen aussetzen, wenn sie die Konzession verließen oder in sie hineingelangen wollten. Das war im Laufe der 100 Jahre, in denen die Briten Niederlassungen in China errichtet hatten, noch nicht vorgekommen.

Es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß Japans Militärstellen durch die Betonung einer solchen Haltung England dazu veranlassen wollten, in den Japan interessierenden Fragen, vornehmlich aber in der Frage der Auslieferung der in der britischen Konzession deponierten Silbervorräte, sich nachgiebiger zu zeigen. Die Situation in Europa schien den japanischen Stellen für ihre Haltung sehr geeignet. So herausfordernd diese Haltung auch war, so ungewöhnlich die Behandlung englischer Residenten auch sein mochte — die japanischen Behörden zögerten doch, den letzten Schritt zu tun, d. h. offene Gewalt den englischen Truppen gegen-

über anzuwenden und mit militärischer Macht in die Konzession einzudringen, um sich gegebenenfalls unter Anwendung von Waffengewalt das Silber zu holen, das der FR.-Bank so dringend fehlte. Ohne Frage glaubte man japanischerseits, zu einem solchen Vorgehen und zu einer solchen unnachgiebigen Haltung England gegenüber in Tientsin berechtigt zu sein, besonders angesichts der Kursstürze, die der Fapi-Dollar inzwischen zu erleiden hatte. Der englisch-chinesische Stabilisierungsfonds hatte eine Reihe von Monaten als zuverlässige Stütze dem nationalchinesischen Dollar gedient. Anfang Juni 1939 waren die Attacken auf den nationalchinesischen Dollar mit solcher Heftigkeit wieder aufgenommen worden, die Verhältnisse im Chinahandel blieben so unübersichtlich, die allgemeine Währungslage in Ostasien so verworren, daß die Verwaltung des Stabilisierungsfonds sich entschließen mußte, die Stützung des Fapi zeitweilig auszusetzen. Dadurch sank der Kurs des Fapi von $8\frac{1}{4}$ d auf $6\frac{1}{2}$ d. Am 19. Juli 1939 notierte der Fapi in London nur noch $5\frac{1}{4}$ d. Die Ursache hierzu war aber zu einem sehr wesentlichen Teil auch in der ungünstigen — für Nationalchina — Außenhandelsbilanz Nationalchinas und Schanghais vor allem zu suchen. In den ersten 5 Monaten 1939 stieg der Einfuhrüberschuß Schanghais auf über 11 Mill. Pfund Sterling. Dieses Ergebnis verursachte begreifliches Mißbehagen in der Londoner City, die in ihrer konservativen Art noch immer — trotz der zwei Jahre Krieg in China — an der Maxime festhielt, daß Schanghai das einzige Tor Chinas sei, durch das Ein- wie Ausfuhr hindurchmüssen. Die japanische Besetzung Schanghais und sogar die oft drastischen japanischen Maßnahmen, die den normalen Verlauf des Handelsverkehrs störten und den Fremdländern empfindlichen Schaden zufügten, konnten dieser konservativen Einstellung nichts anhaben. Die City hielt daran fest, daß Schanghai allein für das Chinageschäft ausschlaggebend sei. Und wenn Schanghais Handel nachließ, wenn er Anzeichen der ungesunden Entwicklung aufwies, so fiel damit auch das Vertrauen in die nationalchinesische Währung. Die bisher feste Haltung der Briten schien durch den rapiden Kurssturz einen empfindlichen Stoß bekommen zu haben. Es lassen sich in den Berichten der britischen Blätter aus dieser Zeit schon Anzeichen eines Pessimismus über die Entwicklung der nationalchinesischen Sache erkennen, die bisher nicht zu beobachten waren. Die „Times“ sprach schon am 19. 7. 39 davon, daß der gegenwärtige schon sehr niedrige Stand des Fapi nicht lange beibehalten werden könne. Das Blatt sollte recht behalten.

Es kann aber nicht gesagt werden, daß in dieser pessimistischen Stimmung schon Anzeichen für ein Nachgeben Englands gegenüber Japans Forderungen verborgen lagen. Man sagte jetzt offen, was schon seit einem

Jahr den Fachleuten bekannt war, daß „ein Währungskrieg im Gange ist und die Blockade der Niederlassung in Tientsin die Bemühungen Japans dokumentiere, nicht nur die britischen Banken und Händler, sondern auch alle Fremdländer zum Verzicht auf den Fapi und Gebrauch des FR.-Yuan zum Kurse von 14 d zu zwingen“. Andererseits kann auch nicht gesagt werden, daß dieser Pessimismus in England uneingeschränkt galt. Es gab schon damals Kreise, in denen offen erklärt wurde, daß hinter den englischen Handels- und Industrieinteressen in China im Währungskrieg die Interessen Japans nicht übersehen werden dürften. Es gebe einflußreiche japanische Kreise, die die Stabilisierungsbestrebungen Nationalchinas und Englands sogar begrüßen, und dies nicht im Interesse Nationalchinas oder Englands, sondern im eigensten Interesse Japans. Mit Hilfe einer gestützten, gesunden, nationalchinesischen Währung könne Japan bedeutend leichter die von ihm so dringend benötigten Devisen erlangen, als mit einer geschwächten nationalchinesischen Währung.

Hier ergab sich der Widerspruch, auf den wir schon einmal kurz hinwiesen: Japans Wirtschaft, ja sogar Japans Wehrwirtschaft, war auf die Mithilfe angewiesen, die ihr eine gesunde Währung des eigenen japanischen Feindes gewähren konnte. Die gleiche Währung also, die Japan zur Niederringung seines Feindes vernichten mußte, um ihm die Möglichkeiten der Materialbeschaffung aus dem Auslande und der chinesischen Nationalwehrwirtschaft das Fundament zu untergraben und schließlich ganz zu nehmen. Im weiteren Verlauf der Entwicklung werden wir sehen, daß dieser scheinbare Widerspruch in demjenigen Teil seine Betätigung fand, der die These in sich schließt, daß die Währung des chinesischen Gegners den japanischen Gegner mit sich ins Verderben reißen konnte, sofern es dem Japaner nicht gelang, sich rechtzeitig vom Feinde zu lösen. Je tiefer der nationalchinesische Dollar sank und je weniger Devisen er dadurch Japan vermittelte, um so schwieriger fiel es der japanischen Wehrwirtschaft, den Ansprüchen und Forderungen der eigenen Wehrmacht gerecht zu werden, um so größer wurden auch die Opfer, die dem japanischen Volk auferlegt wurden. Nicht die steigenden Kosten des chinesischen Feldzuges, die Japan selbst zu tragen hatte, solange die von ihm ins Leben gerufenen Unternehmungen in den besetzten Gebieten noch nicht funktionierten, sondern die im Kurse fallende, also verfallende Währung des chinesischen Gegners verursachte die steigende Last, die Japan zu tragen hatte. Dadurch sind auch die Bemühungen Japans um den Friedensschluß im Herbst 1939 zu einem sehr großen Teil bedingt worden. Japans Währung war nicht unmittelbar durch diesen Kursverfall des Fapi betroffen, der Yen blieb in seinem Wechselkurs zum Pfund und Dollar unverändert. Auch nicht

die steigenden Preise in Japan selbst verursachten die Sorgen, mit denen man an japanischer verantwortlicher Stelle dieser Entwicklung bzw. Verwirrung der Verhältnisse entgegensah, sie verfolgte. Der Vorgang war einfach: stürzte der Fapi-Dollar im Kurse, so stürzten ihm nach auch die Einnahmen Japans an Devisen. Je geringer der Fapi im Kurse stand, um so weniger Devisen konnten die japanischen Kaufleute aus Schanghai mit nach Hause nehmen, die für die Wehrwirtschaft, ihre Aufrechterhaltung und ihren Ausbau unbedingt erforderlich waren. Das wußte niemand besser als der japanische Kaufmann, der japanische Importeur und der japanische Industrielle. Er sah es in Schanghai, er sah es in Tientsin, er sah es auch in Hsinking und in Tokyo wie in Osaka. Die Regierung Hiranuma war mit ihm einverstanden und blieb machtlos. Als industrielles Land, das die Einfuhr wie die Ausfuhr in gleichem Maße für seine Existenz benötigte, konnte sich Japan nicht von dieser Abhängigkeit lösen. Unter dem Einfluß der Entwicklung der Weltmarktlage und im Zeichen seiner „Mission der Führung zur Schaffung einer Neuordnung in Ostasien“ entwickelte sich die japanische Wirtschaft nach der Seite des Ausbaues der Schwerindustrie. Japanischen Nationalisten schien es, daß das Zeitalter der Leichtindustrie, in dem Japan zur Großmacht hinaufgerückt war, überwunden und das Zeitalter der japanischen Schwerindustrie angebrochen sei. Das würde aber eine Vertiefung in die Abhängigkeit des Auslandes bedeutet haben, aus der sich Japan ja gerade mit durch den Feldzug nach China herauszulösen suchte.

China hatte einen anderen Weg eingeschlagen. Für China galt die Richtlinie, die Marschall Chiang Kai-shek bei Beginn des Krieges ausgegeben hatte — „Das Dorf ist der hauptsächlichste Träger des nationalen, des geeinten Chinas“. Das bedeutete nicht eine Rückkehr zur ausschließlichen Agrarwirtschaft, sondern die Verlegung des Schwergewichts der chinesischen Wirtschaft nach der Seite der Selbstgenügsamkeit. Das war nichts anderes, als das Streben nach Unabhängigkeit vom Auslande, von der Außenhandelswirtschaft, von der Stützung der eigenen Währung nach außen hin. Das war aber auch der wirksamste Schutz gegen die Bemühungen des Feindes, die Grundlage der nationalchinesischen Wirtschaft, oder das, was bisher als solche gegolten hatte — den Fapi-Dollar — zu zermürben, sie dem nationalen China zu entziehen und es dadurch zu Fall zu bringen. Konnte sich Nationalchina auf die inneren Provinzen zurückziehen, seine Wirtschaft dort aufbauen, wobei ausländische Hilfe hinsichtlich der Beschaffung von Produktionsmitteln weitestgehend erwünscht und auch praktisch ausgenutzt wurde — so war es gegen alle weiteren Versuche des Feindes in der Richtung auf die Schwächung oder gar Ver-

nichtung der Währung unempfindlich. Ihm blieben dann noch hinreichende Exportgüter zur Verfügung, die ihm die erforderlichen Devisen bzw. ausländischen Güter beschaffen konnten, und die ganz unabhängig von der jeweiligen internationalen Marktlage immer Absatz finden mußten, solange die menschliche Gemeinschaft bestand, sich kleidete und rüstete, um sowohl ein gewisses Ansehen seiner Währung im Auslande aufrecht zu erhalten, als auch den eigenen Bedarf an Importgütern zu beschaffen. Dem feindlichen Zugriff blieb dann die Währung entzogen, weil sie ihm im neu aufgebauten, zum weitaus größten Teil autarken Handels- und Wirtschaftsapparat keine oder doch nur minimale und dann auch nur sehr schwer erreichbare empfindliche Stellen bot. Der Verlust der Seezölle war für Nationalchina schmerzlich, für Japan ihr Gewinn keine reine Freude. Er war aber bedeutender für die Umgestaltung der chinesischen Wehrwirtschaft, die sich erst im Laufe des Krieges zu bilden anfang, als für die Möglichkeiten des nationalen Aufbaues. In den Jahren nach dem Fall Schanghais bewies Nationalchina, daß es einen Weg eingeschlagen hatte, der es zum Erfolg für Wirtschaft und Leben der Nation führen mußte und damit auch, daß das überlieferte Vorurteil von der ausschließlichen Bedeutung Schanghais für Chinas Aufbau eben nur ein Vorurteil war. Im nationalchinesischen Sinne ging es noch besser ohne Schanghai. In London hatte man das noch nicht begriffen, wenn man auch zu ahnen begann, daß eine neue Entwicklung in Ostasien aufkam. Eine Entwicklung, die vor dem Ausbruch der Feindseiligkeiten zwar nicht von dem am Kriege unmittelbar Beteiligten gewünscht worden war, die aber von beiden Gegnern durch ihre Erbitterung, ihre Zähigkeit und die gegenseitigen Maßnahmen im Rahmen der Weltwirtschaft herbeigeführt wurde und an deren Richtung die Fremdländer nichts zu ändern vermochten.

Im Felde hat die nationalchinesische Armee mit Erfolg die Taktik der rechtzeitigen Loslösung vom Feinde betrieben. Militärische Sachverständige behaupten, daß Nationalchina dieser Taktik die Beibehaltung seiner besten Truppen trotz aller Niederlagen verdankt. Es liegen zwar keine direkten Beweise vor, aber genug Anzeichen dafür, daß die Nationalregierung unter tätiger Mitwirkung ihrer britischen Finanzberater die gleiche Taktik auch auf den Schlachtfeldern des Yen-Pfund-Krieges verfolgte, nachdem sie eingesehen hatte, daß der Feind sich die größte Mühe gab, auch diese Stütze der Nationalregierung durchzusägen. Zwar hatte London 5 Mill. Pfund für die Schaffung des Stabilisierungsfonds beigetragen, zwar hat die City finanziell und moralisch den Fapi unterstützt, doch kam im Frühjahr 1939 der Zeitpunkt, in dem man in London und in Chungking erkannte, daß es besser für Nationalchina sei, den Fapi zeitweilig seinem

eigenen Schicksal zu überlassen, als mittels der Stützung dieser Währung den japanischen Zielen in China Vorschub zu leisten. Man hatte in London und in Chungking gesehen, daß im Yen-Yuan-Kriege Situationen entstanden und immer wieder entstehen konnten, in denen man die eigene Währung, gleich strategisch wichtigen militärischen Stützpunkten im Felde, zeitweise aufgeben mußte, um sie später wieder zu besetzen oder zurückzuerobern. Es zeigte sich hier, daß in den neuen Verhältnissen eines „totalen Krieges“ wie er von japanischer Seite gegen China geführt wurde, selbst Finanzspezialisten der City nicht immer sicher sind in der Wahl der Wege, die zur Lösung von Währungsfragen führen. Sobald man aber zu der richtigen Erkenntnis gelangt war, hörte auch die Arbeit des Stützungsfonds auf. Der nationalchinesische Dollar fiel sehr tief. Man bedauerte das in London und in Chungking. Aber auch in Tokyo. Und hierauf kam es in diesem Augenblick am meisten an — auf das Bedauern in Tokyo. Der zum großen Teil autark gewordenen chinesischen Wirtschaft fügte dieser Kurssturz gewiß Schaden zu, einen noch größeren Schaden mußte aber die japanische Wirtschaft durch den gleichen Sturz erleiden, da durch die Hinauszögerung des Kriegsabschlusses der Wirtschaftsapparat Japans in eine von der Friedenswirtschaft sehr unterschiedliche Lage gebracht worden war, die durch den Kurssturz des Fapi noch erheblich verschlimmert wurde. Japans Wehrwirtschaft, Handel, Industrie merkten immer deutlicher, wie sehr die Abhängigkeit des japanischen Volkswirtschaftsapparates trotz Autarkie in Ernährungssachen vom Auslande stieg, je länger der Krieg in China die unerwünschten Formen behielt.

Es kann in diesem Zusammenhang die These aufgestellt werden, daß je länger der Krieg dauerte, um so autarker China wurde und um so größer die Abhängigkeit Japans vom Auslande. Es bleibt sich hierbei gleich, ob die Gegner gerade diese Entwicklung gewollt hatten. Von Japan kann mit Bestimmtheit gesagt werden, daß es sie nicht gewollt hatte. Immer schärfer wurden die japanischen Maßnahmen, die den Wirtschaftsapparat Altjapans und seinen Lauf regeln mußten, um einen Zusammenbruch zu vermeiden. Das Zurückweichen des chinesischen Gegners auf dem Felde und auf dem Gebiete der Wirtschaft blieb seine erfolgreichste Taktik. Wie bei allen Naturkatastrophen in der Geschichte Chinas, waren hierbei zwar die Verluste groß, wogen aber im Vergleich zu den Erfolgen aus der erzwungenen Konzentration der chinesischen Kräfte und der durch diese Tätigkeit erzielten Schädigung des japanischen Gegners nur wenig.

Fraglos wäre es den Japanern lieber gewesen, wenn sich der chinesisch-englische Gegner ihnen gestellt, ihnen die Möglichkeit zu einer entscheidenden Schlacht auf dem Wirtschaftsgebiet gegeben hätte. Der Ermattungs-

krieg zerrte an den Nerven von Regierung und Volk und ließ auch die Militärstellen in Nordchina nicht unberührt. Für den 17. 7. 39 wurde von Peiping aus der Termin für die Einführung der Exportkontrolle der Provisorischen Regierung sämtlicher Exportwaren aus Nordchina angesagt. Über die zu diesem Zeitpunkt in Nordchina herrschenden Verhältnisse schrieb eine führende japanische Zeitung: „Obschon alle hauptsächlichen Exportartikel von der Kontrolle bereits erfaßt sind, beschränkt sie sich doch bisher nur auf 12 Artikel. Umgerechnet auf den Umfang des gesamten Exports aus Tientsin bedeutet das, daß nur 40 Prozent des Exports von der Federal Reserve Bank kontrolliert werden. Die restlichen 60 Prozent des Exports gehen nach dritten Ländern über fremdländische Banken, die mit dem Fapi operieren. Hieraus erklärt sich auch der Umstand, daß es dem Fapi gelang, ein Übergewicht über die neue Yuanwährung in Nordchina zu gewinnen und zu behalten . . .“ Für den Anfang Juli 1939 gibt das Blatt den Umlauf der neuen Yuannoten mit 230 Mill. Yuan an. Zu der Verordnung über die Einführung der Kontrolle über den Gesamtexport führt das Blatt dann weiter aus: „Die neue Verordnung sieht die Begrenzung der Einfuhr auf 90 Prozent des Ausfuhrbetrages vor. Die restlichen 10 Prozent sollen den fremden Residenten zur Überweisung von Beträgen nach ihrer Heimat verbleiben.“ Das würde bedeuten, daß die bisher 100prozentige Kopplung der Einfuhr mit der Ausfuhr, soweit sie von der FR.-Bank ausgeübt wurde, ein wenig aufgelockert werden sollte. Peiping zeigte somit deutlich ein Entgegenkommen den fremden Interessenten gegenüber. Die Zeitung fährt dann fort: „Wenn ausländische Banken mit der Provisorischen Regierung und ihrem Kontrollsystem zusammenarbeiten werden, will die Regierung ihre Absichten bezüglich der Außenhandelskopplung deutlicher bekanntgeben. Die Liste der Einfuhrwaren nach Nordchina ist parallel mit der Ausdehnung der Kontrolle für Ausfuhr Güter erweitert worden. Es sollen Gegenstände des täglichen Bedarfs und Material für den wirtschaftlichen Aufbau Nordchinas eingeführt werden. Das bedeutet einen neuen Meilenstein in der Außenhandelspolitik Nordchinas.“

Ohne Frage bedeutete das einen neuen Markstein, aber weniger in der Außenhandelspolitik Nordchinas, als in derjenigen Japans gegenüber dem „Yenblock“ und den Fremdländern. Dieses Nachgeben erklärt sich nicht so sehr aus dem Bestreben, sich mit den Fremdländern wieder zu vertragen — die Blockademaßnahmen in Tientsin, die Sperrung des Yangtse und des Perlfusses für ausländische Schiffe blieben alle unverändert aufrechterhalten — als vielmehr aus der Notwendigkeit, nach Nordchina Waren zu bringen, die Japan nicht liefern konnte. Das industrielle Japan verlor immer mehr trotz seiner konkurrenzlos billigen Waren den so heiß

ersehten nordchinesischen Absatzmarkt, je länger der Krieg sich hinzog und je deutlicher es wurde, daß Nordchina als Auslandsmarkt Japan verloren war. Das japanische Blatt schließt seine aufschlußreichen Ausführungen: „Um die internationale Zahlungsbilanz Nordchinas zu verbessern und einen angemessenen Stand der Kursrate des Yuan beizubehalten, ist es unzureichend, sich allein auf die Exportkontrollpolitik und den freien Willen der Kaufleute bezüglich der Zusammenarbeit mit der Einfuhrkontrolle zu verlassen. Es ist vielmehr notwendig, den Abbau der Bodenschätze in Nordchina zu beschleunigen, um die Ausfuhr zu fördern sowie die restlose Einfuhrkontrolle einzuführen. Die vollständige Bekämpfung der Banditen muß durchgeführt werden, in deren Einflußzone der Fapi in Umlauf ist, um dort dem FR.-Yuan das Feld zu erobern. Da die britische Konzession in Tientsin das Zentrum des Fapi ist, müssen entsprechende Maßnahmen zur Schwächung des Fapi unternommen werden, um ihm die Fähigkeit zu nehmen, als Währung zu gelten. Hierzu ist die gegenwärtig durchgeführte Blockade in Tientsin ein geeignetes Mittel.“

So ergibt sich die paradoxe Lage für Japan: mit der militärischen Besetzung Nordchinas geht Japan der Absatzmarkt und die Rohstoffquelle verloren. Je länger die Besetzung dauert, je zahlreicher die japanischen Maßnahmen werden zur Hebung der Wirtschaft, Erschließung der Bodenschätze, Gewinnung des Marktes, um so weiter rücken die praktischen Möglichkeiten zur Durchführung der Pläne von Japan weg. Nach Angaben des japanischen Finanzministeriums betrug die japanische Ausfuhr nach der Mandschurei, dem Kwantung-Pachtgebiet, China und Hongkong im ersten Halbjahr 1939 zusammen 725 Mill. Yen gegen eine Einfuhr von 355 Mill. Yen. Das ergibt eine aktive Handelsbilanz Japans in Höhe von 370 Mill. Yen. Ein scheinbar für Japan ungemein günstiges Ergebnis. Die Ausfuhr Japans zeigt in diesen Ziffern im Jahre 1939 eine Zunahme um 508 Mill. Yen gegen die gleiche Zeit des Vorjahres, während die Einfuhr aus diesen Gebieten um 312 Mill. Yen größer war als im Vorjahr. In der gleichen Zeit 1939 zeigt der japanische Außenhandel mit dem devisa bringenden Auslande aber eine passive Bilanz in Höhe von 393 Mill. Yen. Es gibt keine detaillierte Aufteilung der japanischen Aus- oder Einfuhr mit den „Yenblock“-Ländern, aus der man ersehen könnte, wie sich der japanisch-nordchinesische Handelsverkehr gestaltete. Aus allen japanischen Maßnahmen, insbesondere aber aus denjenigen, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1939 getroffen wurden, geht deutlich hervor, daß diese Entwicklung des Handels Japans mit dem „Yenblock“ der japanischen Wirtschaft alles andere als zuträglich war. Sie nahm Japan die Devisen, sie zog eine Preissteigerung in Japan selbst nach sich ebenso wie einen

Warenmangel, den sich Japan angesichts des Arbeitermangels nicht leisten konnte.

Um diesen Mißständen nach Möglichkeit abzuhelpen, ohne einer endgültigen Entscheidung in der Frage des „Yenblocks“ vorzugreifen, hatte man in Tokyo inzwischen beschlossen, den „Ostasiatischen Wirtschaftsrat“ ins Leben zu rufen, der aus Vertretern Japans, der Mandschurei, Chinas und der Mongolei bestand und in dem Vizeadmiral Godo den Vorsitz übernahm. Auf der Gründungsversammlung wurden Begrüßungstelegramme an die verschiedenen japanischen Ministerien, die Regierungen in Peiping, Nanking, Hsinking gerichtet. Über das Programm des Rates wurde nichts Näheres gesagt. Die Gründung des Rates zeigte aber, daß man in Tokyo sich den wachsenden Sorgen um die Entwicklung in Nordchina nicht zu entziehen wußte, obschon in den letzten Tagen die Spekulation mit Fapi und FR.-Yuan nachgelassen und der Kursunterschied sich inzwischen ein wenig ausgeglichen hatte. Dieser Ausgleich war eine Folge des weiteren Nachlassens des Wertes des nationalchinesischen Yuan in Schanghai und London. Eine gewisse Beruhigung trat hiernach in Nordchina sowie im Verkehr zwischen Nord- und Mittelchina ein. Offenbar wollte man in Tokyo diese Beruhigung benutzen, um durch den neuen Wirtschaftsrat für Ostasien, d. h. für den „Yenblock“, praktisch verwendbare Maßnahmen für die Regelung des Verhältnisses zwischen Japan und den „Yenblock“-Ländern auf der einen Seite sowie zwischen dem „Yenblock“ einschließlich Japans und dem Auslande auf der anderen auszuarbeiten und möglichst schnell zu verwirklichen. Nichts aber ließ in diesen Tagen erkennen, daß auch nur eine der maßgebenden Stellen in Japan sich zu dieser oder jener Entscheidung durchgerungen hätte.

Eine Schlacht wird gewonnen

So blieb die Situation schwierig. Die japanischen Minister für Finanzen Ishiwata und für Handel Hatta konferierten Mitte Juli mit dem Präsidenten der Kanegafuchi Baumwollgesellschaft, Tsuda, über die Frage der Lieferung von japanischen Baumwollwaren nach dem „Yenblock“. Diese von japanischen Wirtschaftskreisen mit großer Aufmerksamkeit verfolgte Konferenz beschloß u. a., daß es notwendig sei, Nord-, Mittelchina und die Mandschurei mit einer gewissen Menge von Baumwollwaren zu beliefern, um die wirtschaftliche Entwicklung sowie das Friedenserhaltungswerk fortzusetzen und die Währungspolitik auf dem Festlande zu festigen. Man war sich sehr wohl bewußt, daß die nach diesen Ländern gelieferte Menge Waren für den devisenbringenden Export verloren blieb. Andererseits wurde die Ausfuhr nach dem „Yenblock“ insofern schwieriger, als die japanischen Außenhandelsmaßnahmen immer strenger wurden und Japan im Verlauf des Krieges immer weniger in der Lage war, aus ausländischen Rohstoffen hergestellte Waren an Kunden zu liefern, die nicht in Devisen bezahlten. Das in Japan seit dem Juli 1938 eingeführte Kopplungssystem behinderte Japan immer mehr in der Ausübung seines Außenhandels sowohl nach dem „Yenblock“, als auch nach dem übrigen Auslande. Das Kopplungssystem, nach welchem Japan grundsätzlich nur soviel einführen sollte, wie es ausgeführt hatte, geriet sehr bald nach seiner Einführung in engste Verbindung mit der Wehrwirtschaft, d. h. der unmittelbaren Belieferung des japanischen Heeres in China. Eine genaue Trennung zwischen Kriegsindustrie und Friedensindustrie gelang in keiner Weise. Es war der japanischen Baumwollindustrie und dem japanischen Baumwollhandel z. B. ein Leichtes, den japanischen Militärstellen nachzuweisen, wie dringend gerade die Wehrwirtschaft Japans diesen sonst als unbedingte Friedensindustrie angesehenen Wirtschaftszweig für die Kriegführung hinsichtlich der Beschaffung von Devisen brauchte, die wiederum für den Erwerb von Schrott, Erdölerzeugnissen usw. unerläßlich waren. Im Interesse des Präsidenten der Kanegafuchi-Gesellschaft Tsuda lag es daher, die japanische Regierung davon zu überzeugen, daß Japan nach

Nordchina Baumwollerzeugnisse liefern müsse, weil diese Lieferungen nicht nur Gewinne, sondern auch Beschäftigung brachten in einer Zeit, die ausgesprochen dazu neigte, alle japanischen Industriebetriebe außerhalb der direkten Kriegswirtschaft stillzulegen und sie damit ihrer Existenz zu berauben. Präsident Tsuda wußte sehr gut, daß die japanischen Lieferungen nach Nordchina ohne Devisengewinne blieben. Er wußte aber auch ebensogut, daß dies die einzige Möglichkeit für Japan war, sich den nordchinesischen Markt zu erobern und die fremdländische Konkurrenz von diesem Markt fern zu halten. So erfolgreich die Entwicklung des japanischen Handels mit Nordchina in der ersten Hälfte 1939 im Vergleich zum Vorjahr schien, so mußte die japanische Wirtschaft doch besonders angesichts der in Nordchina von den Militärbehörden durchgeführten Maßnahmen damit rechnen, daß sich fremdländische Interessenten finden würden, die bei einer aus Devisenrücksichten erfolgten Einschränkung des japanischen Exports nach Nordchina diesen Markt in Kürze beherrschen würden. Ohne Frage war man in Peiping daran interessiert, die Mitarbeit der fremdländischen Banken am Aufbauwerk im japanischen Sinne in Nordchina zu gewinnen, auf der anderen Seite aber gab es zu bedenken, daß bei einem Wegbleiben japanischer Waren vom nordchinesischen Markt mit einer solchen Zusammenarbeit die Gefahr aufkam, daß der fremdländische Einfluß, den Japan aus Nordchina verdrängen wollte und mußte, wieder an Boden gewinnt, ohne daß Japan in absehbarer Zeit in der Lage sein würde, ihm in ausreichendem Maße zu begegnen. Die Domei-Meldung vom 15. 7. 39 aus Tientsin, nach der deutsche Banken sich einverstanden erklärt hätten, mit der FR-Bank zusammenzuarbeiten, wurde daher in Tokyo und Osaka mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Sie blieb in der Folge auch ohne wesentlichen Einfluß auf die deutsche Mitwirkung auf dem nordchinesischen Markt und auf die Gestaltung der weiteren Ereignisse. Tsudas Argumente zugunsten der Zulassung japanischer Warenlieferungen nach Nordchina entbehrten daher nicht der Zugkraft. Diese war aber z. Zt. noch nicht so stark, um bei den maßgebenden japanischen Stellen einen praktischen Einfluß im gewünschten Sinne auszuüben.

Der Fapi sank inzwischen immer weiter im Kurse. Am 10. 7. 39 wurde er in Tientsin amtlich mit $4\frac{3}{4}$ d notiert. Entsprechend dies auch den Absichten der japanischen Militärstellen, so war diese Erscheinung doch von einer Preissteigerung in Nordchina begleitet, die durchaus den japanischen Aufbauinteressen zuwiderlaufen mußte. Baumwollgarne, Baumwollkleidung, Kunstseide, Zucker und andere Gebrauchsartikel stiegen im Preise mit unwahrscheinlicher Schnelligkeit. Zudem setzte eine Flucht des Kapitals

aus Nord- und Mittelchina ein, die die Verhältnisse in Nordchina noch mehr in Unordnung brachte und ihre Regelung erschwerte. Japanischerseits mußte in diesen Tagen wieder erklärt werden, daß die Preisregelung in Nordchina von der Haltung der fremdländischen Banken, insbesondere von den britischen und amerikanischen abhängig sei, die immer noch am Fapi festhielten. Es wurde japanischerseits in diesem Zusammenhang damit gedroht, daß diese Banken über kurz oder lang aus der Liste der Finanzinstitute Nordchinas gestrichen werden, wodurch sie die Möglichkeit zur Arbeit überhaupt verlieren würden. Diese Drohung machte in den darauffolgenden Wochen noch keinen Eindruck auf die Banken und blieb auch praktisch zunächst unverwirklicht.

*

Gegen Ende Juli 1939 schien man sich in Tokyo und Peiping zu der Auffassung entschlossen zu haben, daß der Zeitpunkt gekommen sei, der FR.-Bank den Charakter einer Handelsbank zu verleihen. Bisher war sie lediglich eine Notenbank gewesen, die nebenher sich mit der Finanzierung von Auslandsgeschäften beschäftigte, soweit es ihre Devisenbestände zuließen und sich Geschäftspartner fanden. Ab 1. August 1939 sollte die Bank die eigentlichen Handelsgeschäfte übernehmen, nachdem ein entsprechendes Handelsdepartement innerhalb der Bank im Laufe des Sommers eingerichtet worden war. Man begründete diesen Entschluß damit, daß die Konzentrierung der Auslandsgeschäfte auf der FR.-Bank, wie sie gesetzliche Vorschrift gewesen war, die Nachfrage nach den neuen Yuannoten seitens der interessierten Kreise erheblich gesteigert habe. Zunächst sollte sich die Handelstätigkeit der Bank auf die beiden Provinzen Schansi und Schantung beschränken. Die Handelsgeschäfte in der Hopei-Provinz sollte die Hopei-Provinz-Bank und die Ost-Hopei-Bank unter der Leitung der Federal Reserve Bank übernehmen. Diese Festlegung der Tätigkeitskreise ist insofern interessant, als sie einen Versuch zur Abgrenzung des nordchinesischen Gebietes unter japanischer Kontrolle zeigt. Sie gibt auch den bisher einzigen brauchbaren Anhaltspunkt für den Begriff des „Yenblocks“, wie er in japanischer Vorstellung wohl schwebte. Es muß aber hierbei berücksichtigt werden, daß der Machtbereich der japanischen Geschütze über dieses engere Gebiet hinausging und vom Norden aus bis in die Provinzen Schensi, Honan und Kiangsu reichte. Das bedeutete aber nicht, daß mit dieser Festsetzung des Tätigkeitsbereiches der Bank praktisch eine Grenze gezogen wurde. Die geschäftlichen Verbindungen, ob es sich um Gemüsehandel oder Baumwoll-

lieferungen, Kohlenförderung oder Personenverkehr handelte, blieben zwischen dem angegebenen Tätigkeitsbereich der Bank und den über diesen hinausreichenden Provinzen und Distrikten unter japanischer Militärherrschaft bestehen. Ja, sie wurden sogar von den Japanern gefördert. Eine weitere Einzelheit darf in der Großzügigkeit dieser Begrenzungsversuche nicht übersehen werden: der Handelsverkehr, der von der Küste aus über die in den Provinzen Schantung und Kiangsu noch nicht besetzten kleineren Hafenorte in das Innere des Landes vordrang und auch größeren Umfang annahm. Alle diese Einzelercheinungen mußten die Position des neuen Yuan in Nordchina und die Versuche, nach neuen Gebieten vorzudringen, erschweren. Man schien in der Verwaltung der FR.-Bank diesen wichtigen Kleinigkeiten insofern Rechnung tragen zu wollen, als man die Absicht äußerte, in Tsingtao oder in Tsinan eigene Provinzbanken einzurichten, denen vermutlich wohl der Verkehr mit den örtlichen Handelskreisen auf der einen und die Verbindung mit der FR.-Bank auf der anderen Seite übertragen werden sollte. Gelang es, einen solchen Vermittlungsapparat — der doch im Grunde genommen hauptsächlich zwischen dem nationalchinesischen Dollar der Bevölkerung und dem neuen Yuan der FR.-Bank vermitteln sollte — zum Funktionieren zu bringen, so konnte das als eine brauchbare provisorische Lösung des Problems der Fapi-Beseitigung aus Nordchina angesehen werden. Den Mittelsbanken in den Provinzen Hopei und Shantung blieb dann auch die Aufgabe überlassen, in ihrem jeweiligen Machtbereich die feindlichen Yuannoten aufzusaugen und damit der neuen Yuanwährung schneller zu der angestrebten Geltung als einziges Zahlungsmittel in Nordchina zu verhelfen.

Es war von einem solchen Plan japanischerseits zwar nicht offen die Rede, doch würde seine Durchführung nach japanischer Auffassung es erübrigen, die Löcher im Grenzgebiet zu stopfen, die das Eindringen des Fapi immer wieder ermöglichten. Die Stopfarbeit konnte dadurch ersetzt werden, daß die Mittelbanken die Rolle des Staubsaugers übernahmen. Für die innerwirtschaftliche Entwicklung Nordchinas erhoffte man sich von der Errichtung dieser Provinzbanken eine schnellere Entwicklung der örtlichen Industrie sowie die Gewinnung chinesischen einheimischen Kapitals auf dem Umwege über den Handel. Das würde wiederum die Position der FR.-Bank erheblich gestärkt haben. Vorerst blieb es aber bei den frommen Wünschen, obschon nicht zu leugnen ist, daß in der Schlacht zwischen Fapi und Yen in Nordchina eine gewisse Wendung zugunsten des Yen-Yuan zu vermerken war. Die Agentur Domei konnte am 20. 7. 39 berichten, daß infolge des weiteren Kursrückganges des Fapi in Schanghai das Verhältnis zwischen Fapi und FR.-Yuan sich wesentlich gebessert

habe. Am genannten Tage notierte nach diesen Angaben der Yuan ein Aufgeld gegenüber dem Fapi in Höhe von 2 Prozent, das im Laufe des Nachmittags des gleichen Tages auf 3 Prozent stieg. Die Agentur fügt hinzu, daß dieses wohl eine vorübergehende Erscheinung bleiben werde, betont aber, daß es immerhin das erste Mal seit der Gründung der FR-Bank sei, daß die neuen Yuannoten höher notierten als der Fapi. Die Aussichten der Bank seien infolgedessen bedeutend gestiegen.

Das war für den Augenblick richtig. Der Yen-Yuan hatte zweifellos eine Schlacht gewonnen. Es ging hier aber nach englischer Auffassung nicht um die Gewinnung einer Schlacht, sondern um den weiteren Verlauf und das Ergebnis des Ermattungskrieges. In einer Zeitung in Yorkshire aus diesen Tagen finden wir nachstehende bemerkenswerte Ausführungen, die der britischen Auffassung von diesen Dingen Ausdruck verleihen, wie sie von den maßgebenden britischen Stellen vertreten, aber nicht in der Öffentlichkeit mit so dankenswerter Offenheit ausgesprochen wurden. Das Blatt schreibt u. a.: „Die Chinesen bestehen auf ihrer Auffassung, daß sie durch die japanischen militärischen Siege nicht geschlagen worden seien. Die Stabilität der chinesischen Währung, die von britischen Banken gestützt wird, ist ein bedeutender Faktor in ihrem Vertrauen zu der Wiedergewinnung ihrer Unabhängigkeit. Die britische Unterstützung der chinesischen Währung ist zweifellos gegründet auf der Notwendigkeit unseres eigenen Handels. Sie steht in keinem Widerspruch zu dem normalen Handel mit China oder Japan oder irgendeinem anderen Lande. Sie erschwert aber Japan die Absicht, unseren Handel aus China zu verdrängen, wie es ihn aus der Mandschurei verdrängte. Sie wird von den Japanern als eine Politik angesehen, die sie an der Eroberung von China und des Pazifik behindert. — Dies ist die Bedeutung der Ereignisse um Tientsin. Es kann nicht erwartet werden, daß Japan seine antibritische Politik bis zu einem Kriege gegen England treiben werde, das in der Kriegführung in hohem Maße von der Erlangung von Rohstoffen aus dem Auslande abhängig ist. Eine Abschnürung Japans von den Rohstofflieferungen würde die Friedenspolitik fördern.“

Hier ist deutlich gesagt, worum es für England in Tientsin, ja in Nordchina und in China überhaupt geht. Der britische Standpunkt, die Erklärung für die britische Haltung konnte nicht deutlicher zum Ausdruck gebracht werden. Englands Handelsinteressen, an denen sich die Handelsinteressen der anderen Mächte in Nordchina wie im ganzen China überhaupt emporrangten, setzten sich den japanischen Bemühungen entgegen, aus Nordchina und aus ganz China ein zweites Mandschukuo zu machen. Der kostspielige Feldzug Japans in China war zu einem Ermattungskrieg

geworden, der dem japanischen Volk nicht minder schwere Lasten aufbürdete, als dem chinesischen, weil die Handelsinteressen die Haltung Englands in Nordchina vorschrieben. Gewiß, China hätte auch ohne britische Hilfe Widerstand bis zum äußersten geleistet, es hätte in seiner neuen Verfassung als geeinter nationalbewußter Staat unter der Führung Marschall Chiang Kai-sheks sich nicht dem japanischen Willen gebeugt. Der Ermattungskrieg hätte aber ohne britische Finanzhilfe fraglos eine ganz andere Gestalt angenommen. Die durchaus als zeitweilig anzusehende Gleichschaltung der britischen und der nationalchinesischen Interessen in ganz China waren die unmittelbare Ursache der immer schwerer werden den Kriegslasten Japans auf der einen Seite und des langsamen, ja fast unmerklichen Fortschritts der japanischen Aufbauarbeit in den besetzten Gebieten auf der anderen. Es läßt sich leicht denken, daß die Entwicklung in Ostasien anders verlaufen wäre, wenn es Japan gelungen wäre, gleich zu Anfang des ostasiatischen Krieges die Mitwirkung Englands zu gewinnen, englisches Kapital für die Aufbauarbeit im besetzten chinesischen Gebiet zu interessieren. Gerade Kapital war das einzige, was Japan für die erfolgreiche Aufbauarbeit fehlte. Es war schon in den ersten Monaten der nordchinesischen Besetzung alles organisiert, alle Pläne für den industriellen, wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Aufbau waren ausgearbeitet. Lediglich das Kapital fehlte zu ihrer Verwirklichung, das England in reichlichem Maße hätte liefern können. So aber schlug dieses britische Kapital sich mit dem Yen herum, in Nordchina wie in Mittelchina, in Hongkong und in Hanoi. Und Japan kam nicht vorwärts. Es hatte lediglich die Genugtung, daß auch die britischen Handelsinteressen durch den Ermattungskrieg empfindlich geschädigt wurden. Die materielle Hilfe konnte diese Genugtung aber nicht ersetzen.

Schritt um Schritt mußte Japan sich die Position in Nordchina erkämpfen. Jeder dieser Schritte brachte Japan auch der Überzeugung näher, daß Nordchina allein für sich nicht aufgebaut werden kann, daß die Verbindung zwischen Nordchina und Mittelchina eine immer engere werden müsse, je weiter der Aufbau in Nordchina fortschreitet. Das bedeutete aber eine Revision der bisher in manchen japanischen Kreisen und auch Ämtern vertretenen Meinung, daß Mittelchina z. B. nicht zum „Yenblock“ gehören könne, weil der Schanghaier Hafen im Wege sei, über den doch bislang ein bedeutender Teil des auch für Japan ungemein wichtigen chinesischen Außenhandels ging, und weil Japans Handel mit Mittelchina der japanischen Wirtschaft Devisen einbrachte, die fortfallen würden, sobald der „Yenblock“ auch Mittelchina in seine Grenzen aufnehmen würde. Würde Mittelchina in den „Yenblock“ einbezogen, so bestand zu allem

anderen noch die Gefahr, daß Schanghai und die Wuhang-Städte mit ihren Konzessionen ähnliche Inseln bilden würden, wie Tientsin. Blieb aber Mittelchina außerhalb des „Yenblocks“, so mußte intensiver als bisher an eine Grenzziehung zwischen dem zum „Yenblock“ gehörenden Nordchina und dem dem Ausland verbleibenden Mittelchina gedacht werden. Am 16. 5. 1939 hatte in Schanghai die Hua-Hsing-Commercial Bank, von der an anderer Stelle ausführlicher gesprochen werden soll, ihre Tätigkeit aufgenommen und sich — ähnlich und doch anders wie die Federal Reserve Bank — bemüht, eine neue Währung in dem von den japanischen Truppen besetzten Gebiet einzuführen. Schwebte aber den japanischen Militärstellen vor, daß in Nordchina mit der Einführung einer neuen Währung das Gerippe des wirtschaftlichen Aufbaues im japanischen Sinne fertiggestellt und sein Bewachsen mit Muskeln eingeleitet sei, so wußte man von Mittelchina, daß dort die Sache wesentlich komplizierter verlaufen müsse, schon weil die fremdländischen Interessen bedeutend größer, ausgebauter und besser fundiert waren, als in Nordchina. Wie dem auch sei — die Verbindung zwischen Mittel- und Nordchina zeigte sich immer deutlicher und damit auch die Notwendigkeit, zunächst einmal mit der Tientsin-Frage ins Reine zu kommen, ehe an einen neuen Vorstoß von Norden aus ins Innere des Landes und vor allem nach dem mittelchinesischen Gebiet gedacht werden konnte.

Ein Bereinigungsversuch

Auf diesem Gebiet war schon einiges im Gange. Auf diplomatischem Wege hatte man es mit Verhandlungen versucht, ob es trotz des Währungskrieges nicht doch noch möglich wäre, die Dinge mit England zu bereinigen, über die man sich so heftig stritt. Die Versuche waren nicht ergebnislos, wenn auch keineswegs zufriedenstellend verlaufen.

Die japanische Zeitung „Asahi Shimbun“ veröffentlichte in der Nacht vom 23. auf den 24. Juli 1939 eine vermutlich ihr vom Außenministerium in Tokyo übermittelte Information über das zwischen dem Außenminister Arita und dem britischen Botschafter Craigie erzielte Communiqué. Die Information hatte folgenden Wortlaut:

„1. England anerkennt die Tatsache, daß solange die gegenwärtigen Zustände in China anhalten, die japanischen Streitkräfte besondere Ansprüche vom Gesichtspunkt der Gewährleistung ihrer Sicherheit sowohl als auch von demjenigen der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung haben.

2. England anerkennt die Notwendigkeit, alle die japanischen Streitkräfte schädigenden und die Chinesen begünstigenden Aktionen zu unterlassen.

3. Die Britische Regierung wird jede Art von Aktionen und Maßnahmen vermeiden, die geeignet sein könnten, die Vollendung der oben erwähnten Ansprüche der japanischen Streitkräfte zu behindern, und wird eine solche Politik den britischen Behörden und Reichsangehörigen in China anheimstellen sowie ihnen ihre Befolgung nahelegen.“

Gleichzeitig gab der japanische Ministerpräsident Baron Hiranuma der Presse in Tokyo folgende Erklärung ab: „Das aus dem Abkommen sich ergebende Grundprinzip bezieht sich auf ganz China und beschränkt sich nicht allein auf Tientsin. Über diesen Punkt möge sich England klar sein.“ Hiranuma äußerte dann die Zuversicht, daß England der Chiang-Kai-shek-Regierung weder durch Kreditgewährung noch in anderer Weise beistehen werde. Sollte es dies dennoch tun, so werden diese Aktionen als japan-

feindlich angesehen werden. Das Abkommen zwischen Japan und England werde der Chungking-Regierung einen empfindlichen Schlag versetzen und als ein günstiger Faktor in der Beilegung des China-Zwischenfalls anzusehen sein. Ein englisches Blatt fügt einer diesbezüglichen Information aus Tokyo den Kommentar hinzu, daß die japanischen Militärstellen in Peiping betonen, daß eine vollständige Übereinstimmung durch dieses Abkommen noch nicht erzielt sei. Sie seien der Ansicht, daß die Tientsin-Angelegenheit so lange nicht vollständig gelöst sein werde, als England das Abkommen tatsächlich in Kraft setze. Wenn notwendig, werde der Außenminister Arita selbst den künftigen Konferenzen beiwohnen. Auch dem japanischen Ministerpräsidenten schien es nicht ganz wohl zu sein, nachdem er dieses Abkommen der Öffentlichkeit preisgegeben sah. In seiner zusätzlichen Äußerung klingt nur zu deutlich die Besorgnis darüber durch, daß England sich an das Abkommen nicht halten oder es doch anders als Japan auslegen werde.

Die japanischen Militärstellen in Peiping werden von der britischen Zeitung nicht umsonst ausdrücklich erwähnt. Diese Stellen, bei denen alle Fäden der Führung im Ermattungskrieg des Yen gegen das Pfund zusammenliefen, mißtrauten nicht nur dem britischen Gegner, sondern wußten sehr gut, wodurch die scheinbar nachgiebige Haltung Englands hervorgerufen worden war und darum wußten sie auch, daß sie nicht „aufrichtig“ sein konnte. War dieser Krieg für England auch verlustreich gewesen, so ließ sich doch leicht errechnen, daß die Höhe der bisher erlittenen Verluste des Gegners noch keineswegs seine absolute Kapitulation erwarten ließ. Es mußte also mit einer Fortsetzung des Widerstandes von englischer Seite trotz des Abkommens gerechnet werden. Vermutlich ist die zusätzlich zum Abkommen in Eile abgegebene Erklärung des Ministerpräsidenten Hiranuma, daß es sich auf das ganze China beziehe und nicht auf Tientsin allein, auf den ausdrücklichen Wunsch, wenn nicht gar auf eine Rüge der Militärstellen in Peiping zurückzuführen. Vielleicht wußten diese Stellen damals, vier Tage vor der Kündigung Amerikas, schon mehr von der amerikanisch-englischen Verständigung, wie sie sich nach der amerikanischen Kündigung des Handelsvertrages mit Japan zeigte, als das Außenministerium. Auffallend ist jedenfalls, daß Hiranuma die nach Veröffentlichung des Abkommens erwähnte Ausdehnung der Vereinbarungen auf ganz China mit solch großer Energie der Veröffentlichung nachschickte, als wenn er diesen einen wichtigen Punkt noch vergessen hätte, den er entgegen seinen heißen Wünschen nicht mehr dem Abkommen selbst hinzufügen konnte, den er aber besonders England nachdrücklichst zu berücksichtigen bitte.

In China hatte dieses Abkommen einen sehr schlechten Eindruck gemacht. Man konnte sich von ihm kaum etwas anderes versprechen, als daß England — wenn es sich an den Geist des Abkommens wirklich hielt — die Chungking-Regierung fallen lassen würde, um wenn auch nicht mit Japan zusammenzugehen, so doch künftighin dessen Interessen im besetzten Gebiet zu respektieren. Das hätte aber automatisch die Umstellung der britischen Interessen in Ostasien auf ein ganz anderes Gleis nach sich gezogen und vor allem eine Trennung der bisher gleichlautenden britischen und nationalchinesischen Interesse bedeutet. Das wollte und konnte man in Chungking nicht glauben. Diese Zweifel wurden später aber durch die Kündigung des amerikanisch-japanischen Handelsvertrages behoben und durch die Gewißheit ersetzt, daß England und Amerika trotz — oder vielleicht gerade wegen dieses Tokyoter Abkommens? — zusammenhielten gegen Japan und weiterhin in einer Reihe mit Nationalchina verblieben.

Aber nicht nur in Nationalchina regte man sich über dieses Abkommen auf. In London selbst mußte der Ministerpräsident Chamberlain im Unterhaus am 24. 7. 39 eine längere Erklärung abgeben, in der er die Haltung der britischen Regierung begründete. Auf die Frage des Labour-Vertreters Fletcher, ob der Ministerpräsident die Versicherung abgeben könnte, daß nichts beschlossen werden würde (in den kommenden englisch-japanischen Verhandlungen auf der Basis des Abkommens), was geeignet wäre, die chinesische Währung zu schwächen oder die Rechte Englands, der chinesischen Regierung, für welche Zwecke es immer auch sein möge, Kredite zu gewähren, erwiderte der Ministerpräsident: „Ja, Sir, die Verhandlungen erstrecken sich auf die lokale Begebenheit in Tientsin.“

Eine beachtenswerte Einzelheit kam bei den Debatten im Unterhaus an diesem Tage zum Vorschein, die offenbar auch in interessierten britischen Kreisen aufgefallen war. Der Abgeordnete Wegwood Benn fragte den Ministerpräsidenten, ob er in der Lage sei, das Gebiet genauer zu bezeichnen, von dem er spreche, wenn er über das unter japanischer Kontrolle stehende Gebiet berichte. „Ich könnte keine definitive Antwort hierauf geben“ — war die Erwiderung. Es handelte sich hier um eine Definierung, die auch in anderen fremdländischen Kreisen lebhaft gewünscht wurde, aber auch bisher von japanischer Seite nicht beantwortet werden konnte — um die Definierung des Begriffs „Yenblock“. Niemand wußte, was der „Yenblock“ war, keinem waren seine Grenzen bekannt. Man wußte nur, daß es ein Gebiet auf dem ostasiatischen Festlande gab, in welchem sich die bösen Japaner festsetzten, um alle Fremdländer aus diesem Gebiet zu vertreiben. Ein Gebiet, das überall dort zu sein schien, wo Fremdländer in China ansässig waren, ihren Geschäften nachgingen. Nicht einmal in

den amtlichen Verhandlungen mit dem Botschafter Sr. Britischen Majestät konnte festgestellt werden, bis wohin denn diese schreckliche Ausbreitung sich ausdehnte, wo denn eine Grenze zu finden war, hinter der sich die Untertanen Sr. Britischen Majestät hätten sicher fühlen können und wo dem übermütigen Feind entweder britische Kanonenboote oder britische Konsuln aus sicheren Stützpunkten ein entschiedenes Halt gebieten konnten.

In der denkwürdigen Unterhaussitzung wurde der geplagte britische Ministerpräsident vom Abgeordneten Strauss gefragt, ob er die Versicherung abgeben wolle, daß das in Tientsin befindliche Silber im Werte von 2 500 000 Pfund Sterling nicht an Japan ausgeliefert werden würde. „Die japanische Regierung hat niemals der Regierung Sr. Majestät irgendwelche Vorschläge bezüglich der Verfügung über das Silber gemacht“, war die stolze und unmißverständliche Antwort des Unterstaatssekretärs für Auswärtiges R. A. Butler, der seinem Chef in dieser peinlichen Fragerei zu Hilfe eilen wollte. Butler verneinte schließlich auch die sehr deutliche Frage des Abgeordneten Bevan, ob die chinesische Regierung sehr besorgt sei darüber, daß dieses Silber den Japanern von England ausgeliefert werden könnte.

Damit war eine Klärung der Situation herbeigeführt, die immerhin auf der einen Seite die chinesischen Freunde Englands beruhigen konnte, auf der anderen Seite aber die Japaner, die man sich nicht zu ausgesprochenen Feinden machen wollte, doch einigermaßen ins Erstaunen versetzen mußte. Hatte man nicht eben erst ein Abkommen geschlossen, das klar und deutlich die Situation umriß, damit in den kommenden Verhandlungen über die Einzelfragen keine Mißverständnisse entstehen? Noch hatten die eigentlichen Verhandlungen über diese Einzelheiten nicht begonnen und schon setzten gerade die Mißverständnisse ein, deren Vermeidung doch der Zweck des Abkommens war. Englands Ministerpräsident beeilte sich nicht weniger als der Japans, die Öffentlichkeit und dem Gegner zu versichern, daß er ganz bestimmte Dinge gemeint habe, die in dem Abkommen zu nennen sorgfältig vermieden wurden. Wie Hiranuma die Gültigkeit des Abkommens über die Anerkennung der Neuordnung in Ostasien seitens Englands auf ganz China ausgedehnt gemeint haben will, so betonte auch Chamberlain mit nicht geringerem Nachdruck, daß es sich nur um eine Tientsin allein angehende Einigung handele. Dieses Abkommen konnte also keine Grundlage für eine Verständigung bedeuten. Es war weder eine Kapitulation Englands, noch der gewünschte und auch erforderliche Erfolg Japans, der allein Japan hätte weiterbringen, der allein das Hindernis aus dem Wege hätte räumen können, das dem japanischen Aufbau und somit dem Erfolg Japans in China entgegenstand.

Zu der Tientsin-Frage finden wir bemerkenswerte Äußerungen vom 1. August 1939 auch in einer führenden japanischen Zeitung. Dort heißt es: „Die japanisch-englischen Verhandlungen in Tokyo über die Auslieferung des Silbers in der britischen Konzession und das Verbot für den Umlauf von Fapinoten in dieser wurden am 31. Juli 1939 begonnen. (Sie behandelten auch die Auslieferung der 4 chinesischen Mörder, die in der britischen Konzession in Haft genommen waren und deren Auslieferung England Japan längere Zeit verweigert hatte.) Infolge der Übereinstimmung der Ansichten zwischen dem Botschafter Graigie und dem Außenminister Arita, die durch das Entgegenkommen von englischer Seite bedingt wurde, verliefen die Verhandlungen im allgemeinen erfolgreich, ohne daß sich Meinungsverschiedenheiten über die Aufrechterhaltung des Friedens ergaben. Einen Schritt vor dem Ziel stießen sie aber auf ein Riff. Obschon dies manchem überraschend kam, zeigte eine eingehendere Untersuchung, daß es sich um eine natürliche Angelegenheit handelt. Die Tatsache, daß Britannien anfänglich eine versöhnliche Haltung zeigte und im weiteren Verlauf der Verhandlungen diese Haltung änderte, kann zu einem großen Teil auf die Kündigung des amerikanisch-japanischen Handelsvertrages durch Washington zurückgeführt werden. Die Währungsfrage bleibt aber trotzdem das hauptsächlichste Problem, das England in Tokyo zu lösen beabsichtigt.

„Es muß nur als natürlich angesprochen werden, daß die britische Opportunitätsdiplomatie, die dem Problem des Schutzes eigener Rechte und Interessen gegenübergestellt war, nun wieder das Haupt hob. Die nachgiebige Haltung Englands darf wohl auf den Versuch zurückgeführt werden, Zeit zu gewinnen. Aber wie dem auch sei — die britische Haltung zeigt Widersprüche. Zuerst anerkannte England den Inhalt des zwischen Arita und Craigie kürzlich abgeschlossenen allgemeinen Abkommens, um später in eine gegenteilige Haltung zu verfallen. Im Ergebnis der Reform des Währungssystems unter der Kuomintang-Regierung, die unter Mitwirkung von Sir Frederik Leith-Ross zustande kam, sucht England den Fapi zu stützen und verbindet dieses unlöslich mit dem Schutz seiner Rechte und Interessen. Es würde in der Tat nur unter großem Widerstreben den Fapi aufgeben.“

„Die heutige Situation unterscheidet sich sehr wesentlich von der gestrigen. Die Federal Reserve Bank of China hat ihre Grundmauern aufgeführt in Verhältnissen eines grausamen Währungskrieges in den letzten anderthalb Jahren. In den Gebieten unter japanischer Kontrolle ist der Umlauf der neuen Noten so intensiv, daß diese Noten ein Bindeglied zwischen dem Leben der chinesischen Massen und der japanischen Armee

in Nordchina bilden. Dies ist eine offenkundige Tatsache, die England anerkennen muß.

„Ist dieses aber so und anerkennt England das Grundabkommen zwischen Sir Robert und Arita, so ist es nicht angängig, daß der Umlauf von Fapinoten in der britischen Konzession in Tientsin weiterhin zugelassen wird, die inmitten des Einflußbereiches der FR.-Bank liegt. Vom britischen Gesichtspunkt aus gesehen, mag eingewendet werden, daß die Verbannung des Fapi aus der britischen Konzession in Tientsin die Aufgabe des von Leith-Ross eingeleiteten Währungsreformsystems bedeuten würde. England kann aber die Augen auf die Tatsachen nicht verschließen. Kann es einen größeren Widerspruch geben, als den, auf der einen Seite die allgemeinen Grundsätze anzuerkennen und auf der anderen — die aktuellen Begebenheiten nicht zu sehen?

„Der zweite Fehler liegt in der Selbsttäuschung durch die falsche Voraussicht auf dem Gebiete des Währungs- und Bankwesens in China, die im Gegenstreit zu den gegenwärtigen schlechten Verhältnissen des Fapi Fortschritte macht. Es ist dringend notwendig, wiederum zu betonen, in welchen Verhältnissen sich der Fapi jetzt befindet. England wagt es nicht mehr, den Fapi zu stützen. Ist nicht der Fapi aus Peiping verdrängt, das seit der Einführung der Kontrollmaßnahmen der FRB. zum Zentrum geworden ist? Wir müssen sagen, daß das beharrliche Klebenbleiben am Fapi, ungeachtet der Erkenntnis seines weiteren Kurssturzes ein großer Fehler Englands ist. Die Ablehnung der Auslieferung des Silbers ist eine untergeordnete Frage. Nur wenn England dieser Frage auf den Grund geht, kann es sich zum Bewußtsein bringen, daß es keine Ursache zum Streit gibt. Auf jeden Fall ist die wirtschaftliche Frage, die die Verhandlungen auf das Riff brachte, keine solche, die beide Seiten zu Wortgefechten veranlassen sollte. Alles, was Japan tun kann, ist die britische Seite zur Anerkennung der wirklichen Sachlage im Hinblick auf die Währung in Nordchina auf Grund des Abkommens über die allgemeine Grundlage zu bewegen.

„Wir müssen uns aber auf die Tatsache gefaßt machen, daß England, das für seine opportunistische Diplomatie bekannt ist, an seiner Haltung bezüglich der wirtschaftlichen Fragen zäh bis zum bitteren Ende festhalten werde. Es wird gut für die japanischen Unterhändler sein, ihr Bestes herzugeben, um Englands Verständnis mit der grundsätzlichen Übereinstimmung der Meinungen in Einklang zu bringen.“

Auch hier zeigt sich wieder — dieses Mal von japanischer Seite —, daß beide Gegner sehr gut wissen, worum es geht. Zieht man in diesen

japanischen Äußerungen die Bemühungen, den Gegner von der Schwäche des von ihm verteidigten Objekts zu überzeugen ab, so kann man aus den Ausführungen die Andeutung herauslesen, daß Japan von England nicht weniger verlangte, als die Aufgabe der gesamten britischen Position in China in ihrer bisherigen Form. Nicht viel anderes ist in dem Satz enthalten, der von der möglichen Verbannung des Fapi aus der britischen Konzession in Tientsin und deren Folgen spricht, als dieses Verlangen. Hier spricht Japan deutlich aus, was es will, wo sein Ziel liegt, womit nach japanischen Wünschen der Ermattungskrieg in Ostasien enden soll. Ohne Frage hat man englischerseits diese japanischen Wünsche schon früher gewußt, ja man hat sich entsprechend eingerichtet und den Widerstand gegen den Yen gerade deswegen so weitgehend organisiert, um diesen Zielen entgegenzuarbeiten. Gewiß war die Frage der Silberauslieferung eine solche von untergeordneter Bedeutung, weil sie eine Einzelheit war. Aber gleichzeitig eine Einzelheit, die das ganze bisherige Ordnungssystem in Ostasien hätte ins Wanken bringen können, wenn England den diesbezüglichen japanischen Wünschen bedenkenlos nachgegeben hätte. In den Tokyoter Verhandlungen kamen diese Dinge zur Sprache und nicht nur in dem Verhandlungsraum, sondern auch in der Öffentlichkeit. Japans Wirtschaft blickte interessiert und gespannt auf das Ergebnis der Verhandlungen. Wird England nachgeben? Wie weit wird es gehen?

Das japanische Blatt drückt die Auffassung der japanischen Wirtschaftskreise aus, wenn es Zweifel in eine annehmbare Nachgiebigkeit Englands setzt. Man erwartete in diesen Kreisen nicht, daß der Ermattungskrieg schon soweit fortgeschritten sei, um ein solch weitgehendes Nachgeben Englands als Wahrscheinlichkeit in Rechnung stellen zu können. Gewiß, England hatte taktisch im Ermattungskriege nachgegeben, indem es die Wirkung des Stabilisierungsfonds aussetzen ließ und dem Fapisturz keine künstlichen Hindernisse mehr in den Weg legte. Es lagen aber noch keine Anzeichen dafür vor, daß der Yen in diesem Kriege gegen das Pfund schon die Oberhand gewonnen hatte. Das Tientsinsilber war und blieb mehr als ein Vorposten, den England zu verlieren hatte in diesem Kriege. Es war eine strategisch wichtige Position, von der die gesamte Stellung Englands in Ostasien mit abhing. Gab England diese Position auf, so bekannte es sich dazu, daß die nationalchinesische Währung für London nicht mehr existiert! Das hätte aber bedeutet, daß England auch von der Chungking-Regierung abrückt. Hatte man das in Tokyo aber erkannt, so mußte man sich auch dazu bekennen, daß der Ermattungskrieg noch nicht zu Ende war und immer neue und neue Anstrengungen von Japan fordern werde, deren Ausmaß vielleicht nur an der Stärke des Pfundes gemessen

oder vermutet werden konnten. Es war gerade in diesen Verhältnissen besonders bitter für Japan, daß Amerika am 27. Juli 1939 seinen Handels- und Freundschaftsvertrag mit Japan kündigte, der seit 1911 gültig war, angeblich weil er veraltet und revisionsbedürftig geworden sei.

*

Eine Ankündigung aus Peiping verursachte Anfang August 1939 einige Aufregung. Die Peipinger Regierung ließ bekanntgeben, daß sie die Absicht habe, die Zolltarife Nordchinas zum dritten Mal seit der Besetzung der Gebiete durch japanische Truppen einer Revision zu unterziehen. Wir wollen aus Raumgründen nicht näher auf diese Zolltarife selbst eingehen. Nach Angaben der Agentur Reuter wurde diese Absicht der Provisorischen Regierung damit begründet, daß die bisherigen zwei Revisionen nicht den Zweck erfüllt hätten, der beabsichtigt gewesen sei. Es blieb auch zunächst unbekannt, in welcher Höhe die naturgemäß in erster Linie Japan zugute kommende Revision bzw. Ermäßigung der Zölle erfolgen sollte. Wichtiger scheint uns, daß nach den gleichen Angaben Japans Einfuhr nach Nordchina im Jahre 1938 den Gesamtbetrag von 313 Mill. Fapidollar erreicht hatte, also im Vergleich zum Vorjahr eine Verdoppelung aufzuweisen hatte. Auch die nordchinesische Ausfuhr nach Japan zeigte eine nicht unbedeutende Erhöhung, und zwar um 164 Mill. Dollar im Vergleich zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Diese Entwicklung ist sehr bemerkenswert. Sie zeigt, daß Japans Handel und Wirtschaft bestrebt waren, sich aus dem besetzten Gebiet das zu holen, was nur irgend möglich war und darin auch handelsmäßig einigen Erfolg hatten, d. h. Gewinne aus dem Absatz japanischer Waren in Nordchina auf der einen und das Herausholen nordchinesischer Rohstoffe auf der anderen Seite zu erzielen. Scheinbar waren das alles sehr natürliche Dinge, die ganz dem Zweck des gesamten Unternehmens in China entsprechen sollten. Dennoch standen sie in heftigem Widerspruch zu dem, was Japan als Staat tun mußte und auch gezwungen wurde, nicht zu unterlassen. Nämlich — den Handelsverkehr mit Nordchina einzuschränken. Wir hatten schon Gelegenheit, auf die Ursachen dieses Widerspruches hinzuweisen. Er wurde bedingt durch die Entwicklung und sogar die Struktur der japanischen, in der Hauptsache auf Verarbeitung ausländischer Rohstoffe ausgerichteten Wirtschaft und namentlich der japanischen Industrie. Diese konnte auf die Devisen nicht verzichten, mit denen sie die zu verarbeitenden Rohstoffe bezahlen mußte. Der Handel mit China brachte ihr aber diese Devisen nicht ein. So schön die Aussichten für eine Erweiterung des japanischen Gebietes auf dem Festlande auch im Interesse des Ausbaues

der japanischen Wirtschaft als ganzes in der Zukunft waren, so zwingend war aber auch die Notwendigkeit, diese Aussichten zunächst einmal zurückzustellen, weil die Voraussetzungen für ihre Erfüllung nicht gegeben waren.

Das japanische Finanzministerium wußte um diese Dinge recht genau Bescheid. Es lag auch deshalb und weil die japanischen Wirtschaftskreise vor allem ihren Vorteil aus dem Handelsverkehr mit Nordchina im Auge hatten, mit diesen in einer Fehde, die sich auf dem innerpolitischen japanischen Gebiet abwickelte. Davon wurden aber die Dinge in Nordchina nicht beeinflußt oder doch nicht in dem Sinne, daß eine günstigere, im japanischen Sinne günstigere, Entwicklung herbeigeführt werden konnte. Weder das Finanzministerium, noch die japanische Staatsbank, noch sonst eine maßgebende japanische Stelle war im Augenblick in der Lage, auch nur einen Sen für die Förderung der Entwicklung im gewünschten Sinne auszugeben oder zur Verfügung zu stellen, obschon ihnen allen die Dringlichkeit der Arbeit des Kapitals im besetzten Gebiet eindeutig klar war. Nach Ansicht der japanischen Militärkreise durfte der einzige Faktor, der im Sinne positiven, praktischen Aufbaues hätte in die Entwicklung eingreifen können, nicht eingeschaltet werden — das japanische Privatkapital. Gewiß, es stand ihm der Weg über die Dachgesellschaft für Nordchina oder deren Tochtergesellschaften offen. Diesen Weg wollte aber wieder aus begreiflichen Gründen das Privatkapital nicht beschreiten, weil ihm die Gewinne zu niedrig erschienen, die günstigenfalls die Investitionen hätten abwerfen können. Die Mandschurei mit ihrem ausschlaggebenden Einfluß der Kwantung-Armee beim wirtschaftlichen Aufbau hatte deutliche Beispiele gegeben für die Rolle, die man in japanischen Militärkreisen in diesen Dingen der Privatwirtschaft zugeordnet hatte. Diese Kreise blieben aber eher bei ihrer Auffassung und sahen zu, daß der Aufbau nicht von der Stelle kam, als daß sie sich zu einer Revision ihrer Ansicht entschlossen und dem Privatkapital freie Hand gelassen hätten. Ja, man ging sogar in diesen Kreisen soweit zu erklären, daß die aktive Mitarbeit des fremdländischen Kapitals in Nordchina erwünscht sei, obschon das eigene Privatkapital an dieser Mitarbeit gehindert wurde. Es mußte naturgemäß in fremdländischen interessierten Kreisen ein wenig seltsam berühren, daß das japanische Privatkapital Nordchina fernblieb, wo es doch die besten und bei weitem günstigere Möglichkeiten als die Fremdländer im besetzten Gebiet hätte haben können.

Die erwähnte Ankündigung der Peipinger Regierung über die Zollrevision stand daher an sich schon in einem Widerspruch zu den Gegebenheiten. Ihr Widerspruch zum „Yenblock“-Gedanken war offensichtlich.

Sollte der „Yenblock“-Gedanke verwirklicht werden, so mußten die Zollgrenzen überhaupt verschwinden. Mit ihnen konnte von einem Block nicht die Rede sein, ohne diesen Grenzschutz war aber Japan an Nordchina ausgeliefert, das seine Waren aufgesogen und einen Wirrwarr sowohl in der Produktion, als auch im Außenhandel Japans und seiner Preispolitik angerichtet hätte, aus dem Japan nicht sobald wieder herausgekommen wäre. So blieb die dritte Ankündigung der Zollrevision unverwirklicht, weil sich die maßgebenden japanischen Wirtschaftsstellen und Japans Wirtschaftsstruktur als Ganzes gegen sie auflehnten.

In einem Punkt schien man sich aber in Tokyo und in Peiping mehr oder weniger einig zu sein: daß die Entwicklung der Dinge in Nordchina nicht in der Richtung geduldet werden könne, die sie durch Ereignisse und Verhältnisse jenseits des Machtbereiches und der Einflußmöglichkeiten Japans eingeschlagen hatte. Es mehrten sich die Anzeichen dafür, daß in Nordchina trotz des geringfügigen Umlaufbestandes an Yuannoten eine Inflation unvermeidlich sei, wenn nicht entscheidende Maßnahmen dagegen getroffen werden. An finanzielle Investitionen von seiten des japanischen Privatkapitals war — wie gesagt — nicht zu denken. Es mußte also ein anderer Weg beschritten werden, der dahin führte, daß den nordchinesischen Yuannoten der innere Inhalt verliehen wurde, ohne den die Yuanwährung eine „funeral currency“ bleiben mußte. Die interessierten japanischen Wirtschaftskreise ließen sich keineswegs durch die Haltung der japanischen Militärstellen endgültig abweisen oder von ihren Bemühungen um das nordchinesische Geschäft als solchem abbringen. In diesem Zusammenhang ist eine Information der japanischen Presse besonders beachtenswert, in der es heißt, daß die Nordchinesische Dachgesellschaft mit japanischen führenden Finanzkreisen die technischen Fragen über vorzunehmende Investitionen in Nordchina besprochen habe, „um die ungesunde Währungsinflation in Nordchina zu verhüten“. Investitionen, wie man sie sich theoretisch dachte, würden einer solchen Entwicklung vorbeugen. Es handelte sich bei dieser Konferenz um eine sehr interessante Einzelheit, die zu mancher Schlußfolgerung reizt. Es wurde empfohlen, die bisher von japanischer Seite — in geringfügigem Umfange — erfolgten Barinvestitionen oder — diese in größerem Umfange — getätigten Barkäufe von Rohstoffen in Nordchina nicht mehr in bar, sondern gegen Güter vorzunehmen. Barinvestitionen sollten künftighin nur für besonders wichtige Unternehmungen zugelassen werden. Aber auch hierbei müsse besonders streng darauf geachtet werden, daß die Barinvestitionen nicht zur Lohnzahlung verwendet werden, da das zu einer ungesunden Währungsinflation ausarten müsse.

Wie auf so vielen Konferenzen kam auch auf dieser eine Entscheidung von irgendwelcher Bedeutung nicht zustande. Nicht einmal praktische Maßnahmen oder Verhaltensregeln für die auf eine Entscheidung wartende japanische Industrie und den Handel wurde getroffen. Selbst das „Asia Board“ blieb stumm. Die Empfehlung, keine Barmittel in die nordchinesische Wirtschaft zu investieren, muß besonders auffallen, weil ja gerade Kapital fehlte, um den Aufbau in Nordchina vorwärts zu treiben. Die praktische Ausführung des Vorschlages, Rohstoffe gegen Waren in Nordchina zu kaufen, mußte an der Außenhandelsperre Japans scheitern. Es handelte sich also hier um theoretische Empfehlungen, die bewußt zu keinem praktischen Ergebnis führen konnten, weil sie mit dem „Yenblock“-Problem in Kollision gerieten.

Das Problem des „Yenblocks“ rückte näher, war schon unheimlich nahe. Es forderte eine Entscheidung, die zu treffen sich niemand fand. So lastete es in seiner ganzen Schwere zunächst noch auf den Schultern der japanischen Militärs in Peiping, deren Energie zu einem sehr großen Teil schon durch die Ausfechtung des Tientsin-Problems in Anspruch genommen war. Dieses hatte sich ebenso ungehörlich in die Länge gezogen wie der „Chinazwischenfall“ überhaupt und ließ wie dieser noch keine Aussicht auf eine Lösung erkennen. Und doch war es nur ein kleines Teilchen des ganzen Problems. Ohne Frage: es hätte einen sehr bedeutenden Abschnitt des Weges zur Lösung des Gesamtproblems freigegeben, aber noch lange nicht das Problem des „Yenblocks“ gelöst. War erst die Silberfrage und die Frage der fremden Niederlassungen in Tientsin und anderswo in China im japanischen Sinne gelöst, so mußte das andere Problem, das des Verhältnisses Japans zum besetzten Gebiet in allen diesen Einzelheiten gelöst werden. Und das war eine Aufgabe, deren Größe erst erkennbar wurde, sobald sie oder erst wenn sie in entsprechende Nähe gerückt war.

Das Problem wurde nicht einfacher dadurch, daß der „Yenblock“ auch die Mongolei in sich schloß, deren Eisenvorkommen im Hinblick auf die Wehrwirtschaft Japans einen besonderen Reiz hatten. Mit einem Kapital von 20 Mill. Yen wurde Anfang August 1939 in Kalgan, der Hauptstadt der Inneren Mongolei, die „Lungyen Iron Mining Co.“ gegründet. Nur ein Viertel des Kapitals dieser Gesellschaft wurde einbezahlt, und zwar zur Hälfte von der „autonomen Regierung der Inneren Mongolei“ und der Nordchinesischen Dachgesellschaft. Die Gesellschaft sollte 1939 bis zu 700 000 t Erze und 1940 — 1,2 Mill. t fördern. Zum Jahre 1941 war die Förderung auf 1,7 Mill. t festgesetzt. Weder in japanischen noch in fremdländischen interessierten Kreisen konnte man sich eine Vorstellung davon

machen, wie diese Gesellschaft mit so geringen finanziellen Mitteln eine solch hohe Förderung erzielen wollte. Die geringe Höhe des eingezahlten Kapitals zeigt aber deutlich die Knappheit an interessiertem Finanzkapital und die Strenge, mit der die japanischen Militärbehörden das Eindringen des japanischen Privatkapitals in das nordchinesische „Yenblock“-Gebiet überwachten.

*

Die Rolle des Tientsin-Silbers in der britischen Konzession nahm mit der Zeit ohne Frage an Bedeutung zu. Es war nicht mehr eine Frage untergeordneter Bedeutung, sondern sie trat immer mehr in den Vordergrund, ohne jedoch ein einziges Anzeichen mitzubringen, daß sie zwischen Tokyo, London und Chungking zu einer alle befriedigenden Lösung geführt werden könnte. Im Gegenteil, je deutlicher die Silberfrage in den Vordergrund trat, um so deutlicher wurde die britische und japanische Opposition. Auf britischer Seite wurden die Definitionen immer schärfer und akuter. Es wurde u. a. auch die amerikanische Silberpolitik in Ostasien kritisiert. Diese habe bis zum japanischen Eindringen in Nordchina zwar die chinesische Nationalregierung unterstützt und der nationalchinesischen Währungssache auch gute Dienste geleistet. Es sei aber an der Zeit, daß Amerika endlich den veränderten Umständen Rechnung trage, die seit der Besetzung Peipings und Nankings und der Zurückziehung der Nationalregierung nach Chungking nicht mehr die gleichen seien. Behalte Amerika die bisherige Silberpolitik bei, so finanziere es damit den japanischen Krieg gegen China und die fremdländischen Interessen in Ostasien. Diese Überlegung ging davon aus, daß die meisten chinesischen Silbervorräte in japanische Hände gefallen seien und die Nationalregierung infolgedessen nicht mehr über sie verfüge. Japan verkaufe aber das Silber nach London, von wo es dann nach den USA. gehe, wofür Japan dann schließlich die so dringend benötigten Devisen erhalte, mit denen seine Kriegsführung in China bezahlt werde. In diesen Schlußfolgerungen können fraglos einige schwache Stellen beobachtet und einiges kann ihnen entgegengehalten werden. So z. B. die Tatsache, daß die Nationalregierung immer noch über beträchtliche Silbervorräte im Auslande verfügte, die rechtzeitig vor dem japanischen Zugriff gerettet wurden und daß infolgedessen die Nationalregierung sich auch im Genuß der gleichen Vorteile befand, die solch ein Silberschatz mit sich bringt. Diese Argumentierung mußte aber in britischen Kreisen die Auffassung bestärken, daß eine Aushändigung des Tientsin-Silbers an die Japaner den britischen wie den amerikanischen Interessen in China zuwiderlaufen müßte.

Tokyo und London wurden nicht müde, die Welt von ihrer gegenteiligen Auffassung in dieser Frage in Kenntnis zu halten. Das war notwendig für die beiderseitigen Versuche, sich durchzusetzen, blieb aber wenig einträglich. Die Situation in Nordchina wurde dadurch allein nicht anders. Es mußte etwas geschehen, was diese erhoffte Änderung hätte herbeiführen können. Am 4. August 1939 veröffentlichte denn auch das Finanzdepartement der Peiping Regierung eine Verordnung, mit der sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr von Banknoten für Reisende im Betrage von über 500 Yuan verboten wurde. Um Beträge über die festgesetzte Höchstgrenze hinaus nach Nordchina zu bringen oder aus Nordchina auszuführen, mußte die Regierung in Peiping um Erlaubnis angegangen werden. Ausnahmen wurden für solche Reisende gemacht, die FRB.-Noten oder Devisen entweder aus Japan oder aus der Mandschurei einführten, vorausgesetzt, daß hierzu die Genehmigung der jeweiligen Regierung vorlag. Fremdländern wurde die Mitnahme von FRB.-Noten oder Devisen über den festgesetzten Betrag hinaus gewährt, wenn dieser überschüssige Betrag geringer war, als der, den sie nach Nordchina mitgebracht hatten. Eine Bescheinigung über den mitgebrachten Devisen- bzw. FRB.-Noten-Betrag stellte das zuständige Zollamt in Nordchina aus. Übertretungen dieser Verordnung wurden mit hohen Strafen (Geldstrafe bis zum Fünffachen des überschüssigen Betrages sowie Beschlagnahme des Geldes) bedroht.

Wenn auch diese Verordnung weder Peiping noch Tokyo in ihrer praktischen Ausführung auch nur um einen Schritt der Lösung des Gesamtproblems näher führte, so bewirkte sie doch für den Augenblick eine Einschränkung der Devisenflucht aus Nordchina, der sich auch eine solche des FRB.-Yuan anzuschließen drohte. Sehr bezeichnend ist auch hierbei, daß die amtliche Verordnung nur von Seezollämtern spricht, über die der Verkehr mit Reisenden kontrolliert werden sollte. Unerwähnt bleibt die Landgrenze des „Yenblocks“ nach dem Inneren, wo der Verkehr zwar erheblich geringer, aber keineswegs ganz unterbunden war. Hier blieb also trotz der Verordnung ein Loch offen. Seine Schließung wäre dem „Yenblock“-Problem allzu nahe auf den Leib gerückt, so daß Peiping es auch in diesem Falle vorzog, diese Möglichkeit nicht ausdrücklich zu erwähnen und es dem Schicksal zu überlassen, eine Regelung für die Übergangszeit zu finden.

*

Das Craigie-Arita-Abkommen über die Bereitschaft Englands und Japans, den neu eingetretenen Verhältnissen Rechnung zu tragen, hatte die Gegner im Ermattungskrieg einander nähergebracht. Sie hatten endlich, nach langen und kostspieligen Vorpostengefechten direkt miteinander

Führung genommen. Es konnte demzufolge nicht ausbleiben, daß die hauptsächlichste Frage, die beide Gegner so sehr beschäftigte — nämlich die Silberfrage —, zur Sprache kam. Die japanischen Informationen über den Verlauf der weiteren Besprechungen zwischen Craigie und Arita besagten, daß eine Verständigung über die Handhabung der Polizeifrage in Tientsin ohne Schwierigkeiten erzielt worden sei. Das zeigt, daß der von japanischer Seite vorgebrachte Vorwand für das Vorgehen gegen die britische Konzession — Auslieferung der nationalchinesischen politischen Mörder an den in japanische Dienste übergegangenen Cheng Shi-kang — eben nur ein Vorwand war, über den sich beide Gegner sehr schnell einigen konnten, weil er an sich gegenstandslos war. Die eigentliche Streitfrage bereitete aber auch nach japanischen Informationen bedeutend mehr Sorge.

Japanische Blätter berichten in diesem Zusammenhang über den japanischen Gesichtspunkt in der Silberfrage. China habe im Jahre 1935 das Silber nationalisiert. Das Silber in Nordchina sei aber nicht nach Nanking verbracht worden, sondern wurde vom Nordchinesischen Politischen Rat übernommen. Als der Nordchinesische Politische Rat durch die Provisorische Regierung ersetzt wurde, gelangte das Silber zum Silberausschuß der neuen Peipinger Regierung, der eigens hierzu eingesetzt worden war. Die Silberbestände gehören daher Nordchina, und zwar der Provisorischen Regierung in Peiping und nicht der Chungking-Regierung. Dieser historische Vorgang zeige, daß die in Frage stehenden Silberbestände in Verwahrung des Silberausschusses in Peiping und Tientsin sein müßten und daß kein Grund für die Verweigerung ihrer Auslieferung durch die britischen Konzessionsbehörden in Tientsin bestehe.

Dies war der japanische Gesichtspunkt, dem der erwähnte britische entgegenstand, nämlich daß die Chungking-Regierung rechtmäßiger Besitzer des Silbers in Tientsin sei. Gegen die Provisorische Regierung als rechtmäßiger Nachfolger des Politischen Rates wurde naturgemäß ausgeführt, daß sie entgegen den Wünschen der Chungking-Regierung eingesetzt worden sei und von dieser nicht anerkannt werde. Die Meinungen über die Rechtmäßigkeit der Erbfolge gingen soweit auseinander, daß an eine Verständigung zunächst nicht zu denken war. Japanischerseits betonte man aber dennoch, daß auch die Kündigung des Vertrages durch Amerika die Haltung Japans in dieser Frage wie in den Verhandlungen mit England über China überhaupt nicht beeinflussen könne. Japan hatte ja noch ein halbes Jahr Zeit, um mit Amerika zu einer Einigung zu gelangen. Inzwischen konnten die Verhandlungen mit England über China bei ausreichend fester Haltung Japans England gegenüber abgeschlossen werden, zumal schon im August 1939 nach japanischen Informationen England

in Europa vor sehr bedeutsamen Engagements stand, die seine Stellung in Ostasien nur schwächen konnten.

Wie sehr die japanischen Militärstellen an diesen Verhandlungen in Tokyo interessiert waren, zeigt ein Interview, das der Kommandeur der japanischen Garnisontruppen in Tientsin, General Homma, am 7.8.1939 dem Vertreter einer Nachrichtenagentur erteilte. Der General sagte, daß die Frage des Umlaufes der Fapiwährung die schwierigste sei, die vor den Verhandlungspartnern in Tokyo stände. Die sehr interessante, an ihn gerichtete Frage, ob ein Kompromiß möglich sei, wenn die Fapiwährung aus der Tientsin-Konzession verbannt und die Frage der Aushändigung des Silbers bis nach Abschluß der Kriegshandlungen in China aufgeschoben würde, verneinte der General. Es mag sein, daß eine solche Kompromißlösung von englischer Seite den Japanern vorgeschlagen wurde. In den amtlichen Berichten über die Verhandlungen in Tokyo ist von ihr niemals die Rede gewesen. Wenn General Homma sie verneinte, so kann angenommen werden, daß dies auch die Ansicht der japanischen Militärstellen gewesen ist, die vermutlich sogar mit derjenigen des japanischen Außenministeriums nicht übereinstimmte. Letzteres würde nach Lage der Dinge einer solchen Kompromißlösung fraglos zugestimmt haben, um sich der ihm wichtiger scheinenden Frage der Regelung des Verhältnisses zu Amerika ganz zu widmen. Das Militär behielt aber auch hier die Oberhand.

General Homma fügte hinzu, daß die 48 Mill. Dollar Silber, um die es ginge, eine nur geringe Bedeutung für die Deckung der zur Zeit in Umlauf befindlichen 330 Mill. FRB.-Noten seien. Das Silber gehöre der Provisorischen Regierung und seine Rückerstattung sei eine politische Angelegenheit.

Über den Umlauf der FRB.-Noten gehen die Angaben des Generals Homma mit denjenigen der Federal Reserve Bank auseinander. Diese gab im Oktober 1939 den Betrag der in Umlauf befindlichen Noten der Bank zu diesem Zeitpunkt, also etwa 3 Monate nach General Hommas Äußerung, mit 264 Mill. Yuan an. Das war keine ungewöhnliche Erscheinung, differierten doch auch die Angaben der japanischen Presse selbst über diese Ziffern sehr stark. Der Wunsch nach möglichst hoher Umlaufziffer mag beim General ebenfalls mitgespielt haben. Was seine Bemerkung bezüglich der politischen Bedeutung der Silberfrage angeht, so hatte der General ohne Zweifel recht: die Frage war von weitgehender politischer Bedeutung und gewann von Tag zu Tag mehr an gerade dieser Bedeutung. England wußte es sehr gut, daß seine Zustimmung zur japanischen Auffassung in der Silberfrage die Abkehr Englands von der Chungking-Regierung bedeutet hätte. Und darüber kann kein Zweifel bestehen, daß diese Abkehr

weit über das engere Maß der Wirtschaft als solcher hinausgegangen wäre. Bei all ihrer politischen Bedeutung hatte diese Frage ebenso wie alle ihre Folgen ihren Ursprung aber in der Wirtschaft, ja noch enger — in der Währungsfrage und schließlich im Währungs- oder Ermattungskrieg des Yen gegen das Pfund. Die rein politische Frage der Aushändigung der 4 nationalchinesischen Mörder fand in den englisch-japanischen Verhandlungen eine reibungslose und schnelle Lösung. Die Mörder wurden ausgeliefert. England steckte den Prestigeverlust ein und sorgte sich nicht viel darum. Die Angelegenheit blieb auch ohne praktische Folgen für England wie für Japan. Anders war es mit der wirtschaftlichen Frage. Die Verbannung des Fapidollars aus der Konzession in Tientsin hätte kaum einen Nachteil von größerem Umfange für England gehabt. Es läßt sich denken, daß England auch mit Chungking hierüber eine Verständigung hätte erzielen können. Die Frage der Auslieferung des Silbers berührte aber unmittelbar das Gebiet der Gesamtbeziehungen Englands zu China, ja zu Ostasien überhaupt. Nicht so sehr die Rechtsfrage war hier einer Einigung im Wege, als vielmehr die Tatsache, daß England der Notwendigkeit gegenübergestellt worden wäre, durch diese Lösung seine ganze Einstellung zu Ostasien einer Revision zu unterziehen. Zu weit waren die Feststellungen Englands in der Silberfrage gegangen, als daß hier auch nur ein teilweises Nachgeben möglich wäre. Es hieß für England — entweder es gibt ganz nach oder es gibt gar nicht nach. Damit ist die Klippe erklärt, auf die die Verhandlungen schon in der ersten Woche rannten und von der sie nicht loskommen konnten.

Die englischen Blätterstimmen in dieser Zeit zeigten eine ungewöhnliche Unfreundlichkeit gegenüber Japan, aus der die ganze Bedeutung herauszulesen war, die für England diese Frage hatte und in der auch der Unmut Ausdruck fand, den man in englischen Geschäftskreisen Japan gegenüber dafür empfand, daß Japan Britannien in diese Lage hineinmanövriert hatte. Der Ermattungskrieg Japans gegen Nationalchina hatte auf diesem Abschnitt — unter Weglassung der Betrachtungen über die wirtschaftlichen Folgen für Japan selbst — Japan ohne Zweifel einen Erfolg insofern beschieden, als England in einer Klemme saß, aus der nur mit Hilfe Amerikas ein Ausweg zu sehen war. Daher mußte auch den japanischen Militärstellen die Kündigung des amerikanisch-japanischen Vertrages gerade jetzt sehr unangelegen kommen, obschon sie sich zunächst nichts merken ließen und ihre steife Haltung gegenüber England in den Verhandlungen beibehielten.

Nach der nach Ablauf der ersten Konferenzwoche eingetretenen Unterbrechung der Verhandlungen, als der britische Botschafter am Strande

eines japanischen Kurortes auf Instruktionen aus London wartete, schrieb der „Manchester Guardian“: „Wenn die Konferenz nur zu der Bedingung aufgenommen werden könnte, daß die britische Regierung sich einverstanden erkläre, die Währungsfrage in Nordchina zu diskutieren, so wäre es besser, daß die Konferenz überhaupt nicht wieder zusammentrete. Die Diskussion dieser Frage, in welcher die britische Regierung bereits ihr Einvernehmen mit anderen interessierten Mächten betont hat, würde jetzt die Japaner im Glauben bestärken, sie könnten uns zur Stützung ihrer FRB.-Noten in Nordchina zwingen und die Aushändigung des Silbers in Tientsin erreichen. Diese Dinge können wir nicht und müssen wir nicht tun. Sollten die Verhandlungen zusammenbrechen, so würde das für die britische Regierung eine vorzügliche Gelegenheit sein, ihre ganze Politik Japan gegenüber zu revidieren. Ohne die Tokyoter Formel (das Craigie-Arita-Abkommen) zu widerrufen, müßten wir ein für alle Mal klarmachen, was wir mit dieser Formel meinen. Insonderheit müssen wir darauf bestehen, daß die Japaner ihre „Spezialinteressen“ einzig in den „unter ihrer Kontrolle stehenden Gebieten“ haben können und daß es töricht wäre, von uns zu erwarten, daß wir der legalen nationalchinesischen Währung unsere Unterstützung entziehen oder die neu eröffnete Burmastraße sperren würden. Solche Möglichkeiten mögen uns absurd erscheinen, aber die ausgesprochen vagen Phrasen des Craigie-Arita-Abkommens ermutigen die Japaner zu Hoffnungen, die auf die Dauer gefährlicher werden können, als die jetzt plump ausgesprochene Wahrheit.“

So versteifte sich auch die britische Haltung Japan gegenüber und die Partner kamen zu keinem Ergebnis. London mußte sich angeblich erst mit den übrigen interessierten Mächten wie Amerika, Frankreich und den Dominions beraten, ehe es seinem Botschafter in Tokyo neue Instruktionen schickte. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, wozu diese Konsultation führen mußte. Amerikanische Banken hatten bisher ihre Mitarbeit der FRB. verweigert. In der französischen Konzession in Tientsin lag das umstrittene Silber. Daß die Dominions kein sonderliches Interesse hatten, Japan gegen England zu unterstützen, stand außer Zweifel. Das Verhandlungsschiff saß auf der Silberklippe hoffnungslos fest.

Zwischen London und Tokyo hatte Ende August ein lebhafter Meinungsaustausch eingesetzt, der sich um das auf die Klippe geratene und festgefahrene Verhandlungsschiff in Tokyo drehte. Die britische Regierung gab zu verstehen, daß sie in der Silber- und Währungsfrage nicht allein entscheiden könne, sondern die anderen, an China interessierten Mächte befragen und entsprechend ihren und den eigenen Entschlüssen handeln müsse. Dieser Standpunkt wurde gerechtfertigt durch die Tatsache, daß

nicht nur England allein infolge der von der Peipinger Regierung getroffenen Einschränkungmaßnahmen im Außenhandel und der Währungsverordnungen Nordchinas betroffen werde, sondern auch andere Mächte. Es handle sich auch keineswegs um eine lokale Angelegenheit, die zwischen Japan und Britannien zur Erledigung gebracht werden könne. Sie berühre vielmehr sehr wesentliche wirtschaftliche und finanzielle Dinge in Nordchina, über die sich die Regierung Sr. Majestät mit anderen Regierungen beraten müsse. Tokyo vertrat demgegenüber die Ansicht, daß die Hineinziehung dritter Mächte in die Angelegenheit die Dinge unnötig komplizieren würde und daß die japanische Regierung eine solche Auffassung nicht teilen könne.

Die Sache hatte sich gewendet. Erst war es Großbritannien, das durch den Mund seines Ministerpräsidenten in aller Öffentlichkeit erklären ließ, das Craigie-Arita-Abkommen beziehe sich natürlich auf Tientsin allein, um einige Tage später ebenso bestimmt zu erklären, daß der Entschluß Englands in der Silberfrage die Hinzuziehung dritter Mächte erfordere, weil es sich nicht um eine lokale Angelegenheit handle. Japan hingegen hatte sich — wie bekannt — beeilt, dem Abkommen mit Craigie die Erklärung des Ministerpräsidenten folgen zu lassen, daß selbstverständlich das Craigie-Arita-Abkommen sich dem Sinne nach auf ganz China erstrecke. Jetzt wünschte es, die Verhandlungen auf die Tientsin-Affäre beschränkt zu wissen und alle dritten Mächte, so interessiert sie auch sein mochten, wegzulassen.

England sagte: wenn sich Japan auf die Verhandlung der Währungs- und Silberfrage versteife, so habe es keinen Zweck, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Japan sagte: wenn England fremde Mächte hinzuziehe, sei es zwecklos, zu verhandeln. Und niemand wollte nachgeben. Nicht zu verkennen war die Bedeutung und Rolle der japanischen Militärstellen in dieser, internationalen Umfang annehmenden, Austragung einer der Schlachten des Ermattungskrieges des Yen gegen das Pfund, in der sich England die Unterstützung Frankreichs und Amerikas bereits gesichert hatte. Das japanische Militär bestand auf seiner Auffassung, indem es die Blockade um Tientsin nicht nur nicht aufhob, sondern angesichts der Versteifung der britischen Haltung noch verschärfte. Lebensmittel und Kohlen wurden in der Konzession knapp. Die japanischen Sperrmaßnahmen wirkten sich auch auf dem Handelsverkehr in seiner Gesamtheit nachteilig für die englischen und anderen fremdländischen Residenten aus.

Die ersten Anzeichen einer Zuspitzung der Lage in Europa drangen nach dem Fernen Osten. Noch können von Tokyo aus die Gegner von morgen

in Europa nicht mit Bestimmtheit definiert werden, noch ist die Situation verworren und unklar. Was wird Rußland tun, wenn es zu einer Auseinandersetzung zwischen England und Deutschland kommt? Rußland, mit dem sich die Mandschurei und Japan in einem schon Monate währenden Kriege befanden um die Grenzen der vom kolossalen Nachbar bedrohten Mandschurei? Der Dorn mit Wladiwostok an der Spitze, der sich zwischen die Mandschurei und das Japanische Meer schiebt und die Kwantung-Armee keinen Augenblick aus dem Zustand erhöhter Alarmbereitschaft entläßt, macht sich durch Aufnahme großer russischer Truppenmassen bemerkbar, wie ein Fremdkörper im japanisch-mandschurischen Fleisch. Wird es jetzt schon zu einer Entscheidung kommen? Muß Japan jetzt schon, im Angesicht des recht bedenklichen Verhältnisses zu England und Amerika die Kwantung-Armee marschieren lassen, um diesen Dorn zu entfernen? Der Nomonhan-Zwischenfall macht Tokyo recht erhebliche Sorge. Auch in japanischen Militärkreisen zerbricht man sich den Kopf, wie man aus dieser Situation herauskommt, ohne die bereits errungenen Positionen aufzugeben, ohne China wieder das zurückgeben zu müssen, was unter so schweren Opfern erreicht wurde.

Und England glaubt sich stark. So stark, daß es nicht mehr nachgibt. Im Gegenteil. In London versichert der stellvertretende Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir George Mounsey, dem chinesischen Botschafter Quo Tai-chi, daß die Regierung Sr. Majestät in der Silberfrage die Interessen der chinesischen Regierung weiterhin zu berücksichtigen beabsichtige. Staatssekretär Butler beantwortet eine Anfrage im Unterhaus dahin, daß die britische Regierung alles tue, um die Blockade der Konzession in Tientsin aufzuheben oder doch zu mildern. Sie sei sich in den zu ergreifenden Maßnahmen mit der französischen Regierung durchaus einig. Auch Japan sei in diesem Sinne informiert worden.

Nur wenige Hoffnungen bestehen auf eine Lösung der Frage, auf ein Flottmachen des festgefahrenen Verhandlungsschiffes. Neue Ereignisse, außerhalb des engeren Kreises der britischen ostasiatischen Interessen, stellen sich dem glatten Verlauf der Tokyoter Verhandlungen hindernd in den Weg. England ist durch seine europäischen Verpflichtungen gehemmt, weiß aber trotzdem die Verhandlungen in die Länge zu ziehen und Japan daran zu verhindern, den entscheidenden Schritt in Tientsin selbst zu tun und sich das Silber mit Gewalt zu holen sowie den Umlauf des Fapi in der Konzession und ihrer Umgebung zu verbieten. Die Schlacht geht weiter, erbittert, unnachgiebig wird gekämpft. Banken, Kaufleute, ja die chinesische Bevölkerung werden in den Kampf gezogen, in den Kampf um den wichtigen Vorposten der Machtstellung Großbritanniens in Ostasien.

„Passive Verteidigung“ Englands

„Die Stabilität des Fapi ist ein wichtiger Faktor der passiven Verteidigung Englands im Fernen Osten.“ Diesen Satz formulierte die Financial Times am 22. August 1939, als sie in einem ausführlichen Artikel den Stand der Verhandlungen zwischen Japan und den britischen Behörden in Tientsin und Tokyo über die Währungsfrage in Nordchina behandelte. Der britische Standpunkt in dieser Frage wurde von amtlicher Seite dahin formuliert, daß es der britischen Regierung klar wäre, daß die Vorschläge Japans (Verbot des Gebrauchs von Fapinoten in der Konzession und Herausgabe eines Teils des Silbers) sich nicht auf lokale Faktoren in Tientsin beschränkten, sondern sich auf andere wirtschaftliche und finanzielle Elemente in Nordchina ausdehnten. Ferner habe sich herausgestellt, daß die britische Regierung, selbst wenn sie es wollte, einen zweiseitigen Vertrag mit Japan nicht zu schließen vermöge, der die Interessen auch anderer Mächte betreffen könnte, ohne mit diesen eine Einigung erzielt zu haben.

Hierin sollte wohl zum Ausdruck gebracht werden, daß England an dem Neunmächtevertrag und all den Verträgen festhielt, die die bisherige Ordnung in Ostasien bestimmten. Es konnte in Tokyo nicht verborgen bleiben, daß dieses Vorschieben der „Interessen dritter Staaten“, die zunächst befragt werden sollten, ehe sich London zu einer Behandlung der ganzen Frage entschloß, wie es Japan verlangte, den Zweck hatte, Zeit für England zu gewinnen und vorerst einer Entscheidung aus dem Wege zu gehen. London selbst wird in dieser Zeit nicht im entferntesten an die Möglichkeit der Einberufung einer Konferenz — etwa nach Art der Washingtoner Konferenz von 1922 — gedacht haben. Jedenfalls liegen hierüber nicht die geringsten Anzeichen vor. Es blieb auch unerörtert, auf welche Weise eine solche „Befragung“ dritter Mächte stattfinden sollte. Japan gab von sich aus London keinerlei Anhaltspunkte, um diese Dinge vorwärts zu treiben oder einer konkreteren Behandlung näher zu bringen. Vielmehr teilte die japanische Regierung in einer amtlichen Erklärung am 20. 8. 39 der britischen Regierung mit: „Die japanische Regierung

hat die Aufmerksamkeit der britischen Regierung auf die Tatsache gelenkt, daß unter Begünstigung des fortgesetzten Umlaufs von Fapinoten in der britischen Konzession in Tientsin illoyale Elemente Operationen innerhalb und außerhalb der Konzession zum Zweck der Zerstörung der (nordchinesischen) Wirtschaftsstruktur und der Störung des Friedens und der Ordnung tätigen. Deshalb hat die japanische Regierung die britische Regierung ersucht, alles zu unternehmen, um diese Situation zu ändern. Hinsichtlich des chinesischen Silbers hat die japanische Regierung die britische Regierung ersucht, sich nicht in die Überweisung dieses Silbers aus der Konzession einzumischen. Es steht nicht zur Debatte, ob diese Angelegenheiten eine zwischen Japan und England auszutragende Sache seien, oder ob es sich um eine lokale Angelegenheit Tientsins handelt. Es besteht kein Grund zu einem Anspruch darauf, daß diese Angelegenheiten nicht zwischen den beiden Ländern ausgetragen werden könnten oder daß sie keinen lokalen Charakter tragen.“

Die Gegensätzlichkeit der Auffassungen ist nicht zu verkennen. Japans Antwort erwähnt mit keinem Wort den Neunmächtevertrag oder ein anderes Abkommen über die Ordnung in Ostasien, worauf doch von englischer Seite sehr deutlich hingewiesen wurde. Unverkennbar tritt hier die Gegnerschaft zwischen Japan und England zutage. Es ist weniger die Sache selbst, das Silber und die Fapiwährung, um die es hier geht, als die Verschiedenheit der Auffassungen von der durch die neue Situation geschaffenen Lage. Japan zeigt seinen Willen, diese neue Lage aufrechtzuhalten und auszubauen, indem es Forderungen auch direkt an den britischen Gegner richtet, während England den nicht minder festen Willen bekundet, diese neue Lage nicht zu sehen und noch weniger anzuerkennen. Für London handelt es sich noch keineswegs um eine „neue Lage“, sondern vorerst immer noch um Nadelstiche, die ihm in Ostasien versetzt werden. Es muß sich gegen sie wehren, ohne sich den Anschein zu geben, als müsse es sich hierzu bewegen.

Die Wirklichkeit drängt sich aber auch den Engländern auf, die realistisch denken und die vor allem an Ort und Stelle handeln müssen. So oder anders ist der britische Handel in Nordchina in Mitleidenschaft gezogen. Die diesen Handel tätigenden Engländer in Nordchina müssen Stellung zu den Dingen nehmen, sei es dadurch, daß sie die Geschäfte einstellen, sei es dadurch, daß sie sich den neuen Verfügungen beugen. „Es wäre töricht, die Tatsache zu übersehen — schreibt am 22. August 1939 die Financial Times —, daß der Umlauf der neuen Noten im Ansteigen begriffen ist. Sie wurden von der japanischen Armee zu Ankaufszwecken und als Mittel zur Entrichtung von Steuern von der Bevölkerung gebraucht.

Die Benützung dieser Noten hat die Japaner in die Lage versetzt, bedeutende Beträge von Fapidollar zu erwerben, die sie in Schanghai zu einem niedrigen Kurs aufkauften. Im Ergebnis dieser Transaktionen haben die Japaner einen erheblichen Teil des gemeinsam von der britischen und der chinesischen Regierung geschaffenen Stabilisierungsfonds von 10 Mill. Pfund Sterling erhalten. Zur Zeit scheint der Fapi eine neue Existenzgrenze erreicht zu haben, die es der britischen Regierung erleichtert, die Unterstützung der chinesischen Währung fortzusetzen.“

In diesen Ausführungen der Financial Times kommt die Besorgnis über das Gelingen des britisch-chinesischen Stabilisierungsexperiments zum Ausdruck. Es ist eine gemeinsame Waffe, die England und Nationalchina in dem Fonds sich geschmiedet zu haben glaubten, eine Waffe, die für die Durchkämpfung des Währungskrieges bestimmt war. Ursprünglich war sie als eine Verteidigungswaffe gedacht, vielleicht auch nur als Schild, der über den Fapi solange gehalten werden sollte, als die Angriffe des Yen andauerten oder Nationalchina im Westen seine Wirtschaft aus eigener Kraft stabilisierte. Bemerkenswert ist in den Ausführungen des britischen Finanzblattes der Hinweis auf das Absinken des Fapikurses („auf eine Resistenzgrenze“), das der britischen Regierung die Aufgabe der Stützung erleichtere. So spricht kein Freund, dem es auf die Mittel nicht ankommt, mit denen er seinen Freund stützt, sondern so spricht ein Geschäftsmann, der im eigensten Interesse handelt, wenn er seinen Partner stützt und hierbei die Sorge nicht zu unterdrücken vermag, daß ihm diese Stützungsaktion zu teuer werden könnte. Auch aus diesen Ausführungen ist zu erkennen, daß man in London sich ängstlich bemühte, den Fonds nicht zur Angriffswaffe werden zu lassen, in der „passiven Verteidigung“ zu bleiben. Vielleicht machten sich hierbei schon die Auswirkungen der europäischen Krise bemerkbar, die England die Kraft nahmen, in Ostasien auf wirtschaftlichem sowohl als auch auf politischem Gebiet stark und einsatzbereit aufzutreten. London hat es auch an nichts fehlen lassen, um in Chungking nicht den Eindruck zu erwecken, als würde die britische Hilfe an China im Kampf gegen Japan sehr weit gehen. An freundlichen und ermutigenden Worten hat es zwar nicht gefehlt, immer blieben aber die Taten im Rahmen dessen, was die eigenen Interessen vorschrieben.

Hierbei ist es zweckmäßig, darauf hinzuweisen, daß das britische Verhalten im japanisch-chinesischen Kriege niemals den Anschein erwecken konnte, daß England in irgendwelcher Form sich für China einsetzen würde, wenn dieses nicht von britischen Interessen diktiert worden wäre. England verteidigte in Ostasien seine eigenen Interessen gegen das japanische Vordringen. Für China und für England schien es — vom briti-

schen Gesichtspunkt — günstig, daß die britischen mit den chinesischen Interessen zeitweilig zusammenfielen. Das stärkte den Widerstand gegen Japan, erschwerte Japan die Erreichung seiner Ziele auf dem Festlande. Einer Kriegserklärung an Japan waren die britischen Wirtschaftsinteressen in Ostasien ebensowenig wert wie eines Einsatzes britischer Schiffe. Das Geschäft der militärischen Kriegführung konnten chinesische Soldaten ebensogut und vielleicht noch besser besorgen, während England sich das Geschäft der wirtschaftlichen Kriegführung vorbehielt. Es war keineswegs eine verlust- oder risikofreie Kriegführung. Umfang und Art dieser Kriegführung bestimmte aber immerhin Londons City. Ihr standen bestimmte Summen zur Verfügung, nicht aber britische Soldaten oder Schiffe. Das zeigte sich nachteilig in Tientsin. Diese wirtschaftliche Kriegführung wurde der City dadurch erschwert, daß ihr die Möglichkeit der Ausübung eines demonstrativen Druckes auf Japan fehlte. So hätte sie in den Herbsttagen des Jahres 1939 einen solchen Druck auf Japan mit gutem Erfolg ausüben können, wenn sie die Handelsverträge Englands mit Japan hätte kündigen können, um damit eine Zurückziehung der japanischen Forderungen in Tientsin zu erreichen. Es war schon richtig, daß London den wirklichen Charakter der japanischen Forderungen bzw. ihre Tragweite erkannt hatte und daran festhielt, daß sie weit über den Rahmen lokaler Begebenheiten hinausragten. Wenn in London hieraus die richtige Konsequenz gezogen worden wäre, so hätte England schon damals Tokyo die Handelsverträge aufkündigen und eine Blockade verhängen müssen, um Japan vom Festlande zu vertreiben. Lediglich diese Konsequenz hätte London vor den Folgen geschützt, die sich aus der schwachen und nachgiebigen Haltung Englands den japanischen Forderungen gegenüber ergaben. Den japanischen Militärstellen mußte eine solche nachgiebige Haltung willkommen sein. Sie ermöglichte es ihnen, die japanischen Forderungen immer energischer vorzutragen und immer weiter zu spannen.

Mit einiger Sicherheit kann angenommen werden, daß in dieser nachgiebigen Haltung bereits die ersten Anzeichen der Auswirkung des europäischen Krieges sich bemerkbar machten. Vielleicht sagte man sich auch schon in London, daß dieses Nachgeben von weiterreichenden Folgen sein werde, als es vorerst den Anschein hatte. Nicht allein die Position Englands in Nordchina, in China überhaupt, sondern auch in Ostasien mußte von diesem Nachgeben beeinflusst werden, wenn es nicht gelang, Japan als Vertreterin der gelben Rasse in die Schranken zu weisen. Was in der Mandschurei geschehen war, wiederholte sich in Nordchina und konnte sich sehr schnell auf den übrigen asiatischen Kontinent ausdehnen. Die amerikanische Hilfe bzw. Unterstützung in der passiven Verteidigung blieb

unzureichend, solange sie sich auf die Kündigung des Handelsvertrages allein beschränkte, obschon auch dieser Schritt Amerikas bedeutend konkreter und präziser die Haltung der USA. Ostasien gegenüber gekennzeichnet hatte. Es ist denkbar, daß England in diesen Tagen es ängstlich vermied, den Bogen zu überspannen, um Japan nicht in die Arme Deutschlands zu treiben, mit dem es bereits den Antikominternpakt abgeschlossen hatte. Außer Zweifel steht, daß dieser Pakt, so unpolitisch und unmilitärisch er auch gehalten sein mochte, seine Wirkungen auf die Lage in Ostasien ausübte, indem er England zur Vorsicht veranlaßte, wo es sonst entschiedener aufgetreten wäre. Daß Japan nicht damals schon seine Forderungen auf den großostasiatischen Wirtschaftsraum anmeldete und den Angelsachsen gegenüber geltend machte, ist wohl darauf zurückzuführen, daß der militärische Widerstand der Chinesen noch keinen klaren Überblick darüber zuließ, wie lange der Krieg in China sich ausdehnen und auf welche geographischen Gebiete er sich erstrecken würde. Dieser Krieg aber nahm vorerst nicht nur die japanischen militärischen, sondern auch die wirtschaftlichen Kräfte voll in Anspruch. Zudem blieb die Haltung Rußlands im Fernen Osten sehr ungewiß. Die Ereignisse an der mandschurisch-russischen Grenze vom Sommer 1939 hatten gezeigt, daß immer mit der Möglichkeit des Ausbruchs von Feindseligkeiten seitens des russischen Nachbarn gerechnet werden mußte. Das hieß aber, daß Japan in der Mandschurei ständig größere militärische Kräfte konzentriert halten mußte.

So verflochten sich engstens militärische mit den wirtschaftlichen Operationen der Gegner, europäische mit ostasiatischen Gegebenheiten und politischen Ereignissen. Der Ausbruch des europäischen Krieges im Herbst 1939 fand die angelsächsischen Partner in Ostasien schon zum Teil vereint, jedenfalls aber einig in der Auffassung, daß sie sich beide gegen Japans Bemühungen um eine Neuordnung zu verteidigen haben.

Der europäische und der Silberkrieg

Es scheint notwendig, an dieser Stelle besonders darauf hinzuweisen, daß der „Silberkrieg“ sich in der Hauptsache nach wie vor auf nordchinesisches Gebiet beschränkte, wo die Briten ihre Positionen zu verteidigen suchten. Wenn daher der europäische Krieg in Verbindung gebracht wird mit dem ostasiatischen Silberkrieg, so ist darunter das nordchinesische Gebiet zu verstehen, während das übrige Ostasien nur insofern erwähnt wird, als es in irgendwelcher Beziehung zum nordchinesischen Gebiet stand.

Die japanische Presse berichtete Mitte September 1939, daß die Reaktion Ostasiens auf den Ausbruch des europäischen Krieges am deutlichsten in dem harten Schlag kenntlich wurde, den dieser Ausbruch dem Fapi versetzte. Chinesische und fremdländische Geschäftsleute äußerten sogar Befürchtungen, daß der Ausbruch der europäischen Feindseligkeiten England dazu veranlassen würden, die Unterstützung zurückzuziehen, die es bisher der nationalchinesischen Währung gewährte. Diese Befürchtungen gingen sogar soweit, daß geglaubt wurde, England würde sich zu einer Verständigung mit Japan über das Verbot des Fapi-Umlaufs in der britischen Konzession Tientsins bereitfinden. Das hätte allerdings bedeutet, daß Großbritannien nicht nur seinen Widerstand gegen Japans Vordringen in Nordchina aufgibt, sondern auch seine Positionen im allgemeinen. Die britischen Geschäftsleute, Kaufleute und Industrielle in Nordchina hätten damit den Maßnahmen und der Ordnung ausgeliefert werden müssen, die die japanischen Militärbehörden in Nordchina eingeführt hatten, um diese britische Vorherrschaft zu brechen. Erst später stellte sich heraus, daß diese Befürchtungen übertrieben waren. England gab vorerst — auch nach Ausbruch des europäischen Krieges — nicht zu erkennen, daß es den Wirtschaftskrieg einzustellen und sich in Nordchina den japanischen Maßnahmen ausliefern wolle.

Erst in Verbindung mit den gleichzeitig entstandenen Schäden aus der Überschwemmung des Gelben Flusses in Tientsin, die erhebliche Sachwerte zerstörte und das Geschäftsleben für Wochen lahmlegte, geriet die Fapi-Währung in Nordchina ins Schwanken. Nach japanischen Angaben, die einer gewissen Korrektur bedürfen, weil sie subjektiv gehalten sind,

verzeichnete der Kurs des Fapi in diesen Tagen in Tientsin Schwankungen bis zu 75 Prozent seines eigentlichen Wertes. Wesentlich beigetragen zu diesen Schwankungen hat die Tatsache, daß infolge der Überschwemmungen und der dadurch verursachten Unterbindung des Verkehrs der Handel zwischen Tientsin und Schanghai so gut wie vollständig unterbunden wurde. Dadurch war aber dem Fapi eine der wichtigsten Stützen wenn auch nur zeitweilig entzogen. Gleichzeitig sank infolge der Unterbindung des Schiffsverkehrs zwischen Ostasien und den europäischen Ländern der Bedarf an Fapinoten bei den ostasiatischen Geschäftsleuten auf ein Minimum, was naturgemäß nicht zur Stärkung des Fapikurses beitragen konnte. Niemand konnte in Tientsin voraussehen, in welcher Richtung sich der europäische Krieg entwickeln würde, welche Möglichkeiten er für das europäisch-ostasiatische Geschäft noch offen lassen würde. Selbst das Herausbleiben Rußlands aus diesem Kriege konnte an sich noch nicht als vollwertiger Ersatz für die unterbundenen Schiffsverbindungen zwischen den Kontinenten angesehen werden. Auch die Rolle, die künftighin Schanghai als Mittelszentrale im europäisch-ostasiatischen Geschäft zufallen würde, konnte nicht mit Bestimmtheit erraten werden. Dadurch war aber auch die Lage Tientsins stark beeinflusst, das in lebhaftem Güteraustausch mit Schanghai stand.

Da der Silberkrieg in keiner Weise entschieden oder auch nur ausgetragen war, mußte er fortgesetzt werden. Die ersten Auswirkungen des Einflusses des europäischen Krieges auf Ostasien und den Silberkrieg schienen für die japanischen Ziele günstig: die Möglichkeiten Englands in ganz Ostasien wurden schon durch den Ausbruch der Feindseligkeiten zu Wasser und in der Luft stark behindert, was sich naturgemäß in dieser oder jener Form auf der Widerstandskraft Englands gegen das japanische Vordringen auf dem Festlande auswirken mußte. So offensichtlich aber dieser für Japan günstige Einfluß des europäischen auf den Silberkrieg war, so wäre es doch ein Irrtum anzunehmen, daß sich Japan nun stark genug fühlte, um seinen Forderungen einen so kräftigen Nachdruck zu verleihen, daß sie von dem britischen und dem chinesischen Gegner bedingungslos angenommen würden. War der englische Gegner zeitweilig ausgeschaltet, so blieb doch noch sein chinesischer Partner. Gegen den passiven Widerstand dieses Partners blieben die japanischen Bemühungen vorerst noch ergebnislos. Das will aber anderseits keineswegs besagen, daß die japanischen zuständigen Stellen in dieser Situation untätig blieben. Es entstand für sie u. a. die Notwendigkeit, den durch die kriegerischen Ereignisse verursachten Pfundkurs-Schwankungen Rechnung zu tragen. Der an das Pfund Sterling angeschlossene nationalchinesische Yüan machte

diese Schwankungen mit (offizieller Kurs 14 d = 1 Yüan). Da der nordchinesische Yüan aber an diesen offiziellen Kurs gebunden und damit auch die Verbindung von diesem Kurs zum japanischen Yen gegeben war, anderseits aber die Spekulation sich keine Gelegenheit entgehen ließ, war größte Aufmerksamkeit geboten, um im Interesse aller „Yenblock“-Währungen einschließlich des japanischen Yen den Kurs des nordchinesischen Yüan nicht abgleiten zu lassen. Ein solches Abgleiten hätte zudem zum Verlust der schwer errungenen Stellungen der Federal Reserve Bank gegenüber der Ortsbevölkerung geführt und dem Ansehen des Yüan in Nordchina geschadet. Der japanische Berater der Federal Reserve Bank sah sich veranlaßt, den Gerüchten entgegenzutreten, daß in Verbindung mit der geplanten Bildung einer mittelchinesischen Regierung die Absicht bestünde, die nordchinesische mit einer mittelchinesischen Währung zu verbinden und eine Währung für das ganze besetzte Gebiet zu schaffen. Er betonte, daß vorerst die größte Sorge sei, die Auswirkungen der Schwankungen des britischen Pfund auf Nordchina zu neutralisieren, die unter Umständen alle Währungen im „Yenblock“ gefährden könnten.

Nach Verlauf eines Monats, Mitte Oktober 1939, waren die Folgen der Überschwemmung in Tientsin noch nicht überwunden. Das Außenhandelsgeschäft lag immer noch brach. Berichten aus Peiping zufolge waren die Preise für die meisten Einfuhrwaren stark gestiegen, während gleichzeitig die Ausfuhrwaren im Preise erheblich absanken. In dieser Situation wurde zwangsläufig namentlich von japanischer interessierter Seite daran gedacht, den Handelsverkehr von den durch den europäischen Krieg gesperrten Ländern nach den „Yenblock“-Ländern zu verlegen. Auch an einen Ausbau des Handelsverkehrs Nordchinas mit den USA. wurde gedacht, die allem Anschein nach für absehbare Zeit aus dem europäischen Kriege herausbleiben würden. Es versteht sich von selbst, daß diese Gedanken und selbst ihre Verwirklichung keinen vollgültigen Ersatz unter den damaligen Umständen für den gestörten Handelsverkehr leisten konnten. Darauf kam es aber dem nordchinesischen Gebiet ganz besonders an. Die Erfahrungen lehrten, daß Nordchinas Wirtschaft auf dem Außenhandel mit dem Devisenlande aufgebaut war und daß nur die Aufrechterhaltung dieses Außenhandels die wirtschaftliche Struktur des Gebiets beim Leben erhalten konnte. Wenn man von Japan als Ersatz für europäische Märkte sprach, so nur in der selbstverständlichen Voraussetzung, daß Altjapan seinen Handelsverkehr mit dem Devisenlande nicht nur aufrecht erhalte, sondern auch ausbaute, um den Überschuß an eingenommenen Devisen dem nordchinesischen Gebiet zuzuführen. Eine solche Zufuhr blieb aber dringend notwendig, wenn nicht auf den

Gedanken des industriellen Ausbaues Nordchinas verzichtet werden sollte. Wie notwendig aber ein solcher Ausbau blieb, um das besetzte Gebiet zu der von Altjapan benötigten Rohstoffquelle zu gestalten, zeigt nachstehender Vergleich. Nach japanischen Angaben lieferten die von Japan im Verlauf des chinesisch-japanischen Krieges beschlagnahmten Kohlenminen im ersten Halbjahr 1939 1 070 340 t Kohle gegen 676 332 t in der gleichen Zeit des Vorjahres. Das ist eine beachtliche Steigerung. In ihr sind aber auch die Mengen einbegriffen, die in den von Engländern verwalteten Kohlenminen in Nordchina gewonnen und gemäß Vertrag nach Japan geliefert wurden. So beachtlich diese Steigerung aber auch war, so ist diesen Lieferungen doch gegenüberzustellen, daß der Jahresbedarf Japans an Kohle nach Angaben des „Japan Yearbook“ im Jahre 1936 44 101 000 t betrug. Bei dem inzwischen erfolgten Ausbau der japanischen Schwerindustrie kann angenommen werden, daß dieser Bedarf besonders mit Rücksicht auf die in den letzten Jahren eifrig betriebenen Versuche der Kohleverflüssigung auf mindestens 60 Millionen t gestiegen ist. Selbst wenn wir annehmen wollten, daß es gelungen sei, die Kohlenausfuhr aus dem gesamten besetzten chinesischen Gebiet nach Japan auf die unwahrscheinlich hohe Zahl von 6 Millionen t jährlich zum Jahre 1940 zu bringen, so würde das immer noch erst der zehnte Teil des japanischen Jahresbedarfs sein.

Der europäische Krieg spielte aber auch in diese Frage unmittelbar seine Einflüsse hinein. Die Kohlenlieferungen aus China nach Japan waren keineswegs allein eine Frage der Organisation, der Förderung und der Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Festlande, sondern auch eine solche des Schiffsraumes. Japans Schiffsraum wurde durch den Ausfall der Tonnage europäischer Staaten infolge des Krieges in Europa auf den Überseelinien und im Küstenverkehr stärker als je beansprucht, da die fremdländischen Schiffsgesellschaften, die bisher ihre Tonnage Japan zur Verfügung stellen konnten, nach und nach ausfielen. Japan mußte sich mit Handelsschiffen sowohl als auch mit Spezialfrachtern für Kohle selbst behelfen. Störend wirkte sich hierbei die räumlich immer weiter fortschreitende Ausdehnung des Krieges gegen China aus, die zur Besorgung des Nachschubs immer mehr Frachtraum in Anspruch nahm, der infolgedessen wo anders nicht eingesetzt werden konnte. Auch hier sah sich somit Japan vor ganz neuen Aufgaben, die ihm der europäische Krieg und seine Auswirkungen auf den Silberkrieg stellten. So dringend Japan die festländische Kohle benötigte, so willkommen sie ihm aus Devisenrücksichten gewesen wäre, so mußte Japan doch vorerst darauf verzichten, den Ausbau der Kohlenförderung überhastet durchzuführen.

Wirtschaftliche Momente

Ein Bild von der wirtschaftlichen Gesamtlage in Nordchina um das Ende des Oktober 1939 gewährt der Bericht eines fremdländischen Korrespondenten. Die japanischen Stellen schätzen nach diesem Bericht die Kapazität der Eisenminen in Nordchina, denen sie die weitaus größte Aufmerksamkeit zuwenden, auf 54,05 Prozent der gesamten Eisenerzvorräte Chinas, deren Bestand sie mit 246 081 000 000 to angeben. Neben den Mineralvorkommen richtete sich aber die Aufmerksamkeit der Japaner auch auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. In den Provinzen Hopei, Schantung, Schansi, Chahar und Suiyuan seien beste Möglichkeiten für Baumwollausaat. Nach japanischen Angaben können die drei Provinzen Hopei, Schantung und Schansi zusammen rd. 5 495 000 piculs Baumwolle jährlich liefern. Der Bericht enthält aber nichts über die tatsächliche Produktion an Baumwolle dieser Provinzen im Jahre 1938 oder 1939. Zum Vergleich bzw. zur richtigen Einschätzung dieser Zahlen sei angeführt, daß Altjapan im Jahre 1937 eine Menge von 3 765 000 piculs Baumwolle einfuhrte gegen 16 211 000 piculs im Jahre 1936. Das Jahr 1937 war das erste Kriegsjahr, in dem sich schon die Veränderungen in der altjapanischen Wirtschaft bemerkbar machten. In normalen Verhältnissen könnte es wohl sein, daß die drei nordchinesischen Provinzen die Belieferung Altjapans mit Baumwolle übernehmen. Wie sehr aber diese normalen Verhältnisse gestört waren, geht aus dem erwähnten Bericht hervor. Im April 1938 sei der regelmäßige Eisenbahnverkehr zwischen Japan, Nordchina und der Mandschurei eingerichtet worden. Alle nordchinesischen Eisenbahnen arbeiteten unter der Regie der Südmandschurischen Eisenbahn. Letztere hatte fünf Büros in Nordchina eingerichtet, deren Berater Japaner waren. Diese Organisation habe aber bisher nicht reibungslos und zur Zufriedenheit arbeiten können, weil die chinesischen Guerillas unaufhörlich die Eisenbahnlinien bedrohten und gefährdeten. Zum Schutz der Bahnlinien seien große Mengen japanischer Truppen in den wichtigsten Garnisonstädten stationiert worden. Im Juni 1939 seien 7 japanische Züge mit Militärgütern bei Shichiachuang von den Guerillas umgeworfen

und in Brand gesteckt worden. Außer den Eisenbahnen betreibe die SME. die Nordchinesische Autobus-Gesellschaft, die den Verkehr zwischen den wichtigsten Städten aufrechterhalte.

Etwa aus der gleichen Zeit stammt auch ein Bericht Reuters aus Peiping, der besagt, daß die antibritische Bewegung in der Provinz Schantung im Verschwinden britischer Zigaretten aus Tsinan am deutlichsten zum Ausdruck komme. Sämtliche britische Waren würden in Tsinan vom antibritischen Ausschuß registriert. Intellektuelle Kreise Schantungs verschmähen es, britische Zigaretten zu rauchen. Auch in dieser Einzelheit spiegelte sich der Kampf zwischen England und Japan in Nordchina, der immer weitere Ausdehnung gewann.

Nebenher wurde aber auch der Währungskrieg selbst nicht vergessen. Eine Verordnung der nordchinesischen Regierung vom 25. Oktober 1939 verbietet den Umlauf von privaten Banknoten, Zuwiderhandlungen werden mit hohen Strafen bedroht. Mit Privatbanknoten sind Eigenwechsel der Wechselstuben, Makler u. ä. gemeint, die keiner amtlichen Genehmigung zum Umlauf bedurften. Sie spielten aber im täglichen Geschäftsleben der Städte eine wesentliche Rolle, so daß sich ihr Verbot auch auf dem Ablauf des Wirtschaftslebens auswirken mußte.

Im Lichte dieser Entwicklung erscheinen zwei Meldungen der japanischen Agentur Kokutsu vom Ende Oktober 1939 besonders interessant. Die eine aus Peiping behandelt den Umlauf der Noten der Federal Reserve Bank of China, der mit 264 Millionen Yuan angegeben wird. Das bedeute eine Zunahme um 100 Millionen Yüan gegen die gleiche Zeit des Vorjahres. Darin will der Bericht eine zunehmende Bedeutung der nordchinesischen Währung als Zahlungsmittel des neuen nordchinesischen Gebietes sehen. Die Depositen der Bank hätten um 4 Mill. auf 79 Mill. zugenommen. Der Geschäftsumfang der Bank habe sich gegen das Vorjahr um etwa 70 Prozent erweitert.

Die zweite Kokutsu-Meldung — ebenfalls aus Peiping datiert — spricht von dem Haushaltsplan der nordchinesischen Regierung für das Jahr 1940. Obgleich es der Grundsatz der Regierung sei, den Haushaltsplan im Rahmen der Regierungseinnahmen zu halten, würden die vielen Ausgaben für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sowie diejenigen für die Beteiligung der Regierung an verschiedenen Gesellschaften die Ausgabenseite des Planes stark belasten. Unglücklicherweise — so fährt der Bericht fort — seien keinerlei andere Möglichkeiten vorhanden für die Aufbringung der Einnahmen als in diesem Jahre, die sich, ausschließlich der Zolleinnahmen, auf 74 Mill. Yüan beliefen. Die Ausgaben hingegen würden bedeutend höher sein als im Jahre 1939, die den Betrag von

145 Mill. ausmachten. In die Sprache der nüchternen Zahlen übersetzt, bedeutete das, daß die Peipinger Regierung eine Unterbilanz in Höhe von rund 75 Millionen Yuan für das Jahr 1940 erwartete. Die Einnahmen aus den Zöllen blieben vorerst noch für die Peipinger Regierung unerreichbar, weil über sie Japan im Verein mit den Fremdmächten verabredungsgemäß verfügte, solange der japanisch-chinesische Krieg dauerte. Dieser Fehlbetrag konnte nur von Japan getragen werden, das aber vorerst noch in keiner Weise zu erkennen gab, ob und in welcher Form gegebenenfalls es hierzu bereit wäre.

Auf dem Gebiete des Silberkrieges selbst schien sich in diesen Tagen eine Wandlung zu vollziehen. Nach japanischen Berichten aus Tientsin hatte der Fapi zum 25. Oktober 1939 einen Kursstand von $4^{11}/_{16}$ d erreicht, nachdem er am 17. 10. noch auf $3^{7}/_{8}$ d gestanden hatte. Als Grund für diese Entwicklung wurde von der gleichen Quelle angegeben: 1. Mit der günstigen Entwicklung der Bewegung Wang Ching-wei zur Schaffung einer Zentralregierung für das neue China schwinden die Hoffnungen für den Fapi. 2. Mit dem Beginn der Einfuhrsaison für Weizen, von dem über 300 000 Sack eingeführt werden sollen, habe anderseits die Nachfrage nach konvertiblen Fapinoten zugenommen. 3. Um das weitere Abgleiten des Fapi zu verhindern, habe der Stadtrat von Tientsin die zwangsweise Unterstützung des Fapi angeordnet, und 4. Spekulationen seitens der Finanzmakler. Von diesen 4 Gründen scheint der zweite der wichtigste vom Gesichtspunkt der Silberkriegsführung. Er zeigt, daß die japanischen Bemühungen um eine möglichst weitgehende Drosselung der nordchinesischen Einfuhr mit gleichzeitigem Ausbau der Ausfuhr noch nicht so weit gediehen waren, daß Nordchina auf die Einfuhr von Weizen verzichten konnte, um die dadurch eingesparten Devisen für den wirtschaftlichen Aufbau zu verwenden. Neben den erwähnten ungünstigen Aussichten im Haushaltsplan für das Jahr 1940 konnte diese Entwicklung nicht als erfolgreich angesprochen werden. Nicht nur die Notwendigkeit der Einfuhr von Weizen nach Nordchina und der Aufbringung von Devisen, sondern auch die mit dieser verbundenen Unterbilanz im Haushalt erschwerte die Situation der nordchinesischen Regierung und ihrer Wirtschaftsberater. Ein Fehlbetrag im Haushalt ist kein Unglück, wenn entsprechende Quellen zu seiner Behebung vorhanden sind. Er erschwert aber die Arbeit einer Regierung, die in normalen, friedlichen Verhältnissen regiert, wenn diese Quellen fehlen. Er verhindert vollends die wirtschaftliche Entwicklung in einem Gebiet, das von einer provisorischen Regierung verwaltet und von Guerillatruppen des Feindes ständig bedroht und gefährdet wird. Hinzu kam noch, daß die passive Resistenz der Bevölkerung in diesen Verhält-

nissen nicht nur gegen die neue Währung, sondern gegen alle Maßnahmen der Regierung nicht nachließ.

Die Festigkeit, die auch in diesen erschwerenden Verhältnissen die örtlichen japanischen Behörden dem britischen Gegner gegenüber zeigten, geht aus einer Tientsiner Meldung vom 18. Oktober 1939 hervor, in der es heißt, daß die Blockade der britischen Konzession solange nicht aufgehoben werde, als das damit verbundene Ziel nicht erreicht sei. Trotz aller kürzlich in Umlauf gesetzten widersprechenden Gerüchte sei dies der unabänderliche Entschluß der japanischen Behörden. Weiter werde erklärt, daß Gerüchte im Umlauf gewesen seien, wonach das Eintreffen großer Geldmengen und Banknoten, die von der Federal Reserve Bank ausgegeben seien, unmittelbar bevorstehe. In den Gerüchten werde sogar behauptet, daß die Bank diese Noten zum Tausch gegen Fapi-Yüan ausgeben werde. Man erklärt auf japanischer Seite, daß es sich hierbei um einen englischen Versuch handle, den Wert der gegenwärtigen offiziellen chinesischen Währung zu halten.

Über die wirtschaftliche Entwicklung Nordchinas und ihre Möglichkeiten für die Zukunft bestand bei den einschlägigen japanischen Stellen Ende Oktober 1939 eine im wesentlichen optimistische Auffassung. Der Direktor der Nordchinesischen Dachgesellschaft, Teiji Okubo, äußerte, daß der Schlüssel zur industriellen Erschließung des Gebietes die Eisenbahnen wären. Deshalb sei im April die Nordchinesische Eisenbahngesellschaft mit einem Kapital von 300 Millionen Yen gegründet worden. Sie beschäftige bereits 85 000 Angestellte, von denen 20 000 Japaner seien. Rund 1,5 Millionen Fahrgäste benutzen monatlich die Bahnlinien und bringen der Gesellschaft Einnahmen in Höhe von 10 Mill. Yen. Als zweitwichtiges Moment werde der Ausbau der Hafenanlagen angesehen, vor allem der Tangku-Anlagen, deren Kapazität bedeutend erhöht werden soll. Sechs Elektrogesellschaften arbeiten in Nordchina mit 100 Stationen, die zusammen eine Kapazität von 40 000 Kilowatt im Oktober 1938 aufwiesen. Größtenteils würden diese Kraftwerke mit Kohle betrieben, doch sei der Bau von Wasserkraftwerken geplant. China habe die größten Kohlevorkommen der Welt, von denen die reichhaltigsten in Nordchina lägen. Demnächst würden 7 japanisch-chinesische Gesellschaften zur Ausbeutung dieser Vorkommen geschaffen werden. Von den 7 Eisenminen in Nordchina sei die von Lungyen in Südhahar die größte. Ein japanisch-chinesischer Konzern mit einem Kapital von 20 Mill. Yen sei im Juli gebildet worden, um die Mine zu betreiben. Im August sei die Nordchinesische Salzgesellschaft mit einem Kapital von 25 Millionen Yen gegründet worden, die in Tsingtao und Changlu Salz gewinne. Alle diese Unterneh-

mungen stünden unter der Kontrolle der Nordchinesischen Dachgesellschaft, die mit einem Kapital von 350 Mill. Yen arbeitet. Der Konzern habe schon 200 Millionen Yen in nordchinesische Industrieunternehmen investiert.

Nichts deutete darauf hin, daß selbst angesichts der Schwierigkeiten organisatorischer, finanzieller und selbst militärischer Art (Guerillas) von den japanischen Behörden die Pläne aufgegeben wurden, um Nordchina wirtschaftlich zu erschließen. Domei meldete Anfang November, daß trotz Überschwemmungen die Aussichten für die Baumwollernte günstig seien. Nordchinesische Baumwollbauern seien angehalten worden, ihre Anbaufläche zu erweitern. Die Bedeutung dieser Dinge blieb wesentlich, sie trat aber zurück hinter dem eigentlichen Problem, das unentwegt alle japanischen und chinesischen Stellen bewegte und bewegen mußte — dem Problem der Währung. Trotz der inzwischen recht erheblich angewachsenen japanischen Investitionen in Nordchina blieb dieses Problem ungelöst, ja, es drängte mit der Zeit nach einer Lösung. Je höher der Umlauf der Noten der Federal Reserve Bank wurde, um so dringender wurde die Festsetzung ihres Umlaufgebietes. Vor etwa einem halben Jahr wurde in Schanghai die Huahsing-Commercial Bank gegründet, deren Wirkungsbereich Mittelchina bleiben sollte. Auf die Dauer konnte es nicht ausbleiben, daß die Frage nach der Abgrenzung des mittelchinesischen gegen das nordchinesische Gebiet akut wurde. Japanische Blätter berichteten Anfang November 1939 aus Nanking, daß auf der in Aussicht genommenen 7. Sitzung der Vertreter der Peipinger und der Nankinger Regierung diese Frage zur Sprache gebracht werden solle. Grundsätzlich sei diese Frage bereits auf der vorangegangenen Sitzung besprochen worden, wobei die Nankingregierung der Huahsing-Bank den Auftrag erteilt habe, einen Plan auszuarbeiten. Es müsse ein vernünftiger Wechselkurs zwischen den Noten der Federal Reserve und der Huahsing-Bank festgesetzt werden, um den Warenaustausch zwischen Nord- und Mittelchina zu erleichtern. Bezeichnend ist, daß auch bei dieser Gelegenheit die japanische Presse das britische Pfund wie selbstverständlich als einzig möglichen Gradmesser für die beiden Währungen anzieht. Der Kurs für die FRB-Noten wird mit 14 d und der für die Huahsing-Banknoten mit 6 d angegeben. Die Inbetriebnahme der Tientsin-Pukow-Eisenbahn nach der Besetzung dieses Gebietes durch japanische Truppen brachte zuerst das Problem der Abgrenzung dieser beiden Währungen gegeneinander und der nordchinesischen Währung gegen die in Mittelchina außerdem in Umlauf gesetzten Militäryen auf. Japanischerseits war nach der Besetzung Hsüchows, um das bekanntlich besonders heftig gekämpft worden war, eine

neutrale Zone zwischen die beiden Währungsbereiche eingeschoben. Bedauerlicherweise ist in den japanischen Quellen nicht erwähnt, welche Währung in dieser neutralen Zone Geltung hatte, so daß angenommen werden muß, daß dort der auch von den Guerillas gestützte und geförderte nationalchinesische Fapi in Umlauf war. Der Handel zwischen Nord- und Mittelchina wurde — soweit er zu erfassen war und sich außerhalb der neutralen Zone hielt — auf dem Wege des Austausches abgewickelt, um währungstechnischen Schwierigkeiten einerseits und der Spekulation andererseits aus dem Wege zu gehen. Der japanische Bericht knüpft die Hoffnung an, daß der Handelsverkehr zwischen den beiden Gebieten nach ihrer Abgrenzung erheblich erweitert werden würde, namentlich weil die reichen Yangtse-Gebiete erschlossen werden würden.

Zunächst blieben diese Hoffnungen und Pläne in der Theorie. Sowohl die wirtschaftlichen Verhältnisse im besetzten Gebiet als auch diejenigen, die sich aus dem Wirtschaftsverkehr Altjapans mit dem Auslande im Verlauf der Kriegsmonate ergab, erlaubten die Verwirklichung dieser Pläne nicht. Die Praxis zeigte im Gegenteil, daß die vorhandenen Organisationen in den besetzten Gebieten nicht ausreichend waren, irgendwie den Erfordernissen nicht entsprachen, von sich aus nicht in der Lage waren, die Situation zu meistern und das aus den Gebieten herauszuholen, was die altjapanische Industrie brauchte, worauf die altjapanische Wirtschaft wartete. Die japanische Wirtschaftspresse veröffentlichte die Nachricht, daß die Nordchinesische Dachgesellschaft eine Reorganisation und Erweiterung beschlossen habe. Die Dachgesellschaft habe bisher 5 Abteilungen gehabt: Geschäfts-, Kontroll-, Warenverteilungs-, Allgemeine und Finanzabteilung. Nach der Reorganisation sollte die Gesellschaft weitere Abteilungen hinzubekommen, mit dem Ziel, die Kontrolle über die einzelnen Tochterunternehmungen enger zu gestalten. Nebenher sollte noch ein besonderes Organ für die Forschungsarbeiten zur Erfassung der nordchinesischen Wirtschaft geschaffen werden. Obschon der Hauptsitz in Tokyo beibehalten werden sollte, sei geplant, die Zentralverwaltung nach Peiping zu verlegen. Es blieb unbekannt, welche praktische Ergebnisse man in Tokyo von dieser Reorganisation erwartete. Auch in der Folgezeit war in keiner Weise zu erkennen, daß diese Reorganisation sich praktisch irgendwie günstig auf die wirtschaftliche Gestaltung Nordchinas ausgewirkt habe.

Es gehört zu den Eigenarten der japanischen Wirtschaftsstruktur, daß Unternehmungen Dividenden verteilen, ohne Rücksicht auf ihren positiven Ertrag. Von diesem Gesichtspunkt und unter Berücksichtigung der Vertragsklausel, nach der die Dividendenausschüttung an private Anteilinhaber und Regierungsstellen geregelt wurde, ist in diesen Verhältnissen die Er-

wähnung der Möglichkeit der Auszahlung einer Dividende seitens der Nord- und der Mittelchinesischen Dachgesellschaften zu beurteilen. Im japanischen Bericht hierüber heißt es, daß die beiden Gesellschaften im Jahre 1939 nicht ausreichende Gewinne tätigen konnten, um die 5,5prozentige Dividende für Nordchina und die 6prozentige für Mittelchina, wie den Anteilsinhabern zugesagt, auszuschütten. Beide Gesellschaften würden die japanische Regierung um finanzielle Unterstützung angehen, um ihr Versprechen einlösen zu können. Die Nordchinesische Dachgesellschaft benötigte für diesen Zweck einen Betrag von 2,5 Mill. Yen. Damit würden aber auch nur die privaten Anteilinhaber abgegolten werden. Als arbeitende Tochtergesellschaften wurden zu diesem Zeitpunkt angegeben: die Nordchinesische Verkehrsgesellschaft, die Nordchinesische Verbindungsgesellschaft, Nordchinesische Salzgesellschaft, Tientsin-Elektrogesellschaft, Osthopei-Elektrogesellschaft und einige andere kleinere Elektrogesellschaften. Von diesen Tochterunternehmungen sei die Verkehrsgesellschaft nicht in der Lage, eine Dividende abzusondern, während die Gewinne der anderen Unternehmungen nicht erwähnenswert seien.

„Die Schwierigkeiten — so fährt der japanische Bericht fort —, denen die Mittelchinesische Gesellschaft begegnet, sind nicht so groß, wie diejenigen der Nordchinesischen Dachgesellschaft. Sie bedürfe nur eines Betrages von 700 000 Yen, um die 6prozentige Dividende zu zahlen. Die eigenen Gewinne würden nur für 4 Prozent Dividende ausreichen.

Es besteht aber außerdem noch ein soziales Problem hierbei, und zwar darin, daß ein Teil der Anteile von Familien der in China gefallenen japanischen Soldaten übernommen wurde, denen die Anteile mit Vergünstigung angeboten wurden. Die Nichterfüllung des Dividendenversprechens würde die Lebensmöglichkeiten dieser Familien stark beeinträchtigen.“

Für die beiden von Japan ins Leben gerufenen und für Aufbauzwecke bestimmten Gesellschaften bedeutete das Unvermögen, Dividenden im zweiten Jahre ihres Bestehens auszuschütten, mehr als einen geschäftlichen Mißerfolg. Es ging hier um das Prestige, um die Wahrung des Gesichtes, um die Gewinnung des Vertrauens der eigenen und der Bevölkerung Nord- und Mittelchinas. Mehr als bei einer Gelegenheit merkten die japanischen Stellen, wie hoch die Gewinnung des Vertrauens in China und in Japan zu den wirtschaftlichen Unternehmungen Japans im besetzten Gebiet einzuschätzen war. Die mißlichen Begleitumstände, in denen die Unternehmungen zu arbeiten hatten, konnten nicht als Entlastung angeführt werden. Dadurch wurde das Vertrauen der Bevölkerung in die Zweckmäßigkeit und Richtigkeit der japanischen Unternehmungen nicht gewonnen. Die Bevölkerung wußte aus eigener Erfahrung von diesen miß-

lichen Begleitumständen, wußte ihre Ursache und ihre Wirkungen. Konnten diese mißlichen Begleitumstände nicht abgestellt werden, so konnte auch nicht von Vertrauen die Rede sein. Blieb aber dieses Vertrauen aus, so konnte der durch keine andere Sicherheit als den abnehmenden Deviseneingang aus der Ausfuhr gedeckte FRB.-Yüan keinen Anspruch auf eine Basis erheben, auf der die neue Währung erfolgreich hätte aufgebaut werden können. Hier lag die schwierige Aufgabe der japanischen Stellen, eine Aufgabe, die die Form eines Kreises angenommen hatte, aus dem es kein Entrinnen zu geben schien. Je länger der ostasiatische Krieg sich hinzog, um so schwerer drückte dieses Problem, selbst wenn es gelang, hier und da im Silberkrieg gegen England Erfolge zu erringen.

Auswirkungen

Mitte November 1939 trat ein für den Silberkrieg sowohl als auch für die Ordnung in Ostasien überhaupt folgenschweres Ereignis ein. Die britische Regierung ließ durch ihren Botschafter in Tokyo, Sir Robert Leslie Craigie, der japanischen Regierung ihre Absicht bekanntgeben, einen bedeutenden Teil der britischen Garnisonen aus Nordchina zurückzuziehen. Frankreich schloß sich diesem bedeutsamen Schritt Englands an. Die japanische Presse verzeichnete diesen Entschluß mit äußerster Genugtuung. Der mit militärischer Notwendigkeit begründete Entschluß wurde übereinstimmend als die stillschweigende Zustimmung Englands zu den japanischen Forderungen in Nordchina aufgefaßt und als freundliche Geste ausgelegt, die in nicht geringem Maße die Atmosphäre in Nordchina bereinige. Eine führende japanische Zeitung schrieb hierzu: „Jetzt, da England und Frankreich ihrem Gefühl des Vertrauens in Japan bezüglich der Wahrung ihrer Interessen und Rechte in Nordchina Ausdruck verliehen haben, bedarf es keiner wilden Phantasie, um zu sagen, daß der Tag kommen werde, an dem beide Länder Japan uneingeschränktes Vertrauen schenken werden bezüglich der Wahrung ihrer Interessen und Rechte in ganz China. Großbritannien hat eine Wendung in seiner Politik vollzogen, indem es eine versöhnliche Haltung uns gegenüber einnimmt. Es sei darauf hingewiesen, daß auch wir uns Großbritannien gegenüber freundlich verhalten werden. Bei aller nur möglichen Unterstützung Wang Ching-wei schickt sich unsere Nation an, eine neue Zentralregierung in China als den Kern der Lösung des Problems des Chinakrieges zu bilden. In diesem Augenblick hat England den wichtigen Schritt unternommen.“ Hier lag eine deutliche Aufmunterung an die englische Adresse, gleichzeitig aber auch ein Hinweis darauf, in welcher Richtung Japan die Politik Englands in Ostasien zu sehen wünschte. Wang Ching-wei und seine neue Regierung sollten den Kern bilden, um den ein neues China, um den die neue Ordnung in Ostasien aufgebaut werden sollte. Die Anerkennung dieses Kerns durch England, selbst wenn sie auch nur stillschweigend erfolgte, würde die Aufgaben erleichtern, die sich Japan gestellt hatte, die aber auch den asiatischen Nationen nach japanischer Auffassung im Verlauf des chinesisch-japanischen Krieges gemeinsam entstanden. Hier zeigte

sich ein Weg, den England zusammen mit den asiatischen Nationen gehen könnte, wenn es das Kunststück fertig brächte, seine alten Ambitionen aus den letzten hundert Jahren aufzugeben, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Gewiß war die Zurückziehung der britischen und französischen Garnisonen aus Nordchina in der Hauptsache sinnbildlich zu verstehen. Ihre Stärke hatte kaum eine militärische Bedeutung. Aber gerade auf das Sinnbild der Einziehung der britischen und der französischen Flagge kam es an. Die Flaggen, die nahezu hundert Jahre in Nordchina geweht hatten, die in der Vorstellung der asiatischen Welt ein Sinnbild der Fremdherrschaft waren mit all den Erniedrigungen, Schmähungen des nationalen Stolzes, des Selbstbewußtseins, der Beugung unter die Herrschaft fremder Barbaren, verschwanden unter dem Druck einer dieser asiatischen Nationen. Es war mehr als ein Nachgeben gegenüber den japanischen Forderungen, die sich auf Währung, Außenhandel, Wirtschaft bezogen. Es war ein Rückzug aus Machtpositionen, die dem Gesicht Ostasiens bisher die Charakterzüge verliehen hatten. Diese sinnbildliche Geste zeigte nicht nur den Völkern Ostasiens, sondern der Welt, daß die Vorgänge in Tientsin schon lange den Rahmen enger lokaler Ereignisse überschritten hatten und sich zu solchen von weltpolitischer Bedeutung ausweiteten. Die britische Regierung bestätigte mit dieser Geste die Richtigkeit ihrer Auffassung, daß der in Tientsin ausgefochtene Silberkrieg keine lokale Angelegenheit war, sondern eine solche, die die Welt anging. Aber auch Japan stimmte in der Annahme dieses britischen Vorschlages der britischen Auffassung zu, daß Tientsin mit seinem Silberkrieg der Anfang einer neuen Ordnung in Ostasien war. Wie Japan sich sehr bald davon überzeugen ließ, daß die Schüsse an der Marco-Polo-Brücke im Juli 1937 keineswegs einen der üblichen Zwischenfälle ausgelöst hatten, sondern eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen den Gegnern im ostasiatischen Raum, so sperrte es sich auch nicht länger gegen die Übernahme der Auffassung, daß Tientsins Silberkrieg den Umbau der ostasiatischen Ordnung eingeleitet habe. Die Verbindung des Namens Wang Ching-wei mit dem britischen Vorschlag der Zurückziehung der Garnisonen aus Nordchina konnte bei den britischen Stellen keinen Zweifel über die japanische Auslegung dieser militärisch begründeten Maßnahme lassen. Es erfolgte auch von britischer Seite keinerlei Einspruch gegen diese Auslegung. Ob stillschweigend oder laut zustimmend — London zeigte sich einverstanden mit dieser Auslegung.

Es liegt wohl in der Natur der britischen Außenpolitik begründet, daß das spätere Verhalten Londons in Ostasien diese Auffassung nicht bestätigte, sondern die Vermutung aufkommen ließ, daß England mit der

Zurücknahme der Garnisonen aus Nord- und später Mittelchina den Japanern einen Köder hinzuwerfen versuchte, um es vor drastischen Maßnahmen abzuhalten, mit denen England zu dem Zeitpunkt kaum fertig geworden wäre. England wollte Zeit gewinnen und ging hierbei ein recht großes Risiko ein, ein Risiko, das vorerst nur moralischer Natur zu sein schien.

Vielleicht war auch die Annahme nicht unberechtigt, daß inzwischen der chinesische Verbündete den japanischen Gegner hinhalten würde, ohne daß es diesem gelänge, eine wirklich dominierende Stellung im neuen Ostasien zu beziehen. Konnten vorerst noch keine britische Soldaten in Ostasien gegen Japan eingesetzt werden und mußten zeitweilig sogar wichtige Vorposten geräumt werden, so blieb doch die Möglichkeit, den Verbündeten in die Lücke zu schieben, die durch den eigenen Rückzug entstanden war. Daß diese Kalkulation in dem britischen Verhalten eine nicht unwichtige Rolle spielte, zeigen die von japanischer Seite in der gleichen Zeit veröffentlichten Angaben. In einer Meldung aus Peiping heißt es: „Die japanische Armee war im Laufe des Oktober 1939 in 1848 Schlachten verwickelt gewesen. Sie richtete ihr Bestreben auf die Säuberung der Umgebenden von Luan, in der Provinz Schansi, und auf verschiedene Ortschaften in der Provinz Hopei. Die Zahl der feindlichen Streitkräfte wird mit 274959 Mann angegeben, von denen 18057 getötet wurden. 2234 Mann wurden gefangen genommen. Die Beute betrug: 5659 Gewehre, 246248 Gewehrpatronen, 784 Pistolen, 183 automatische Pistolen, 59 leichte und 13 schwere MG., 9743 Handgranaten, 834 Pferde usw.“ Dieser Bericht zeigt, daß nach anderthalb Jahren Krieg und Besetzung der Gegner in diesem Gebiet noch keineswegs den Widerstand aufgegeben hatte, daß die britische Kalkulation also eine gewisse Berechtigung hatte. Japan hatte trotz des Rückzuges der Briten aus Nordchina noch viel zu tun, um sich durchzusetzen und seinen Forderungen nach dem Neubau im besetzten Gebiet den erforderlichen Nachdruck zu verleihen. Die Verschiebung des Gewichts beim japanischen Gegner von den britischen auf die chinesischen Schultern war auch eine Auswirkung des europäischen Krieges.

Es blieb eine Frage für sich, ob diese Auswirkungen Japan recht kamen oder nicht. Die nordchinesische Verbindungsstelle des Asienamtes gab Mitte November aus Peiping eine sehr wichtige Stellungnahme bekannt, die das Verhältnis Japans zum nordchinesischen Problem charakterisierte und gleichzeitig ein Licht auf die Gesamtentwicklung der altjapanischen Wirtschaft warf. „Während bisher der nordchinesische Warenmobilisierungsplan auf der Basis der Theorie gestartet wurde, daß Nordchina sich in wirtschaftlicher Abhängigkeit von Japan befindet, wird im neuen Plan

die autonome Natur Nordchinas in wirtschaftlicher Hinsicht hervorgehoben.“ Das bedeutete eine hundertprozentige Wendung in der Auffassung und der Behandlung der Dinge in Nordchina und in dessen Verhältnis zu Japan. Wirtschaftliche Autonomie Nordchinas bedeutete in diesem Zusammenhang nichts anderes als eine Überlassung des wirtschaftlichen Ausbaues dieses Gebietes sich selbst. Es kam zwar keinem Abrücken Japans von Nordchina gleich, immerhin aber einer Auflockerung der Bindungen, die Japan Nordchina gegenüber einzugehen beabsichtigte und vermochte. Diese Änderung der Haltung Japans Nordchina gegenüber war ebenfalls eine Auswirkung des ostasiatischen und des europäischen Krieges. Die altjapanische Wirtschaft hatte mit den Jahren der Besetzung nordchinesischen Gebietes erkannt, daß dieses Gebiet in den obwaltenden Umständen mengen- und wertmäßig nicht das zu erwarten hatte, was in Friedenszeiten aus diesem Gebiet herausgeholt wurde. Die langanhaltende Besetzung brachte keine Besserung der Lage. Baumwolle, Eisen, Kohle wurde in Mengen geliefert, die in keinem Verhältnis zum altjapanischen Bedarf standen. Der altjapanische Wirtschaftsapparat konnte sich auf diese Rohstoffquelle nicht verlassen. Er mußte sich anderen Gebieten zuwenden, die ihm die Rohstoffe sicherten, mit denen er den stets steigenden Anforderungen seitens der japanischen Wehrmacht gerecht werden konnte.

In die Rubrik der Auswirkungen kann auch die amerikanische Haltung gegenüber den ostasiatischen Vorgängen gerechnet werden. Sie ist auch in diesen Zusammenhängen recht interessant. Einer Meldung der United Press vom 21. November 1939 zufolge äußerte sich der Staatssekretär Sumner Welles ausführlich über die Vorgänge in und um Tientsin vom amerikanischen Gesichtspunkt. Sehr aufschlußreich ist seine Äußerung, daß nach den dem Außenministerium vorliegenden Berichten die japanische Einmischung zunehme, obgleich die amerikanische Regierung Japan davon unterrichtet habe, daß nach amerikanischer Ansicht amerikanische Bürger das Recht hätten, in China Handel zu treiben, ohne sich der Einmischung von welcher Seite auch immer auszusetzen. Berichte des amerikanischen Konsuls in Tientsin, John K. Caldwell, enthalten u. a. einen bemerkenswerten Vorfall, der sich in Tientsin ereignete. Japanische Militärbehörden hätten amerikanische Bürger gezwungen, Lastwagen mit Kohle und Erdnüssen auszukippen, um ihren Inhalt auf der Straße zu untersuchen. In einigen Fällen seien Amerikaner veranlaßt worden, die Erdnüsse und die Kohlenstücke zu zählen. S. Welles hob u. a. hervor, daß seit dem Dezember v. J. ungefähr 600 Proteste der USA. von der japanischen Regierung unbeachtet geblieben seien. Es scheine, daß weitere Proteste nutzlos seien.

Phantastische Gerüchte schlossen sich diesen Äußerungen an. Ameri-

kanische maßgebende Kreise verfolgten mit größter Aufmerksamkeit und Sorgfalt die fernöstliche Situation, wobei die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen Deutschland und dem Rätebund ebenso in Erwägung gezogen wurde, wie die des Verkaufs rätebündischer U-Boote in Wladiwostok an Deutschland, die dann im Sinne der Achsenmächte im Kriege gegen England in Ostasien eingesetzt werden könnten. Die Einstellung der USA. Japan gegenüber erfuhr durch diese Äußerungen Welles' eine Präzisierung. Sie brachte auch nochmals die bestimmte Solidarität zwischen den USA. und England in den fernöstlichen Fragen zum Ausdruck, die schon in den Gerüchten angedeutet wurde, die eine Weile vorher vom Einlaufen amerikanischer Kriegsschiffe in Singapore wissen wollten, nachdem die britischen Einheiten den Hafen in Richtung Mittelmeer verlassen haben sollten.

Mit einiger Gewißheit kann angenommen werden, daß diese Haltung der USA. den fernöstlichen Fragen gegenüber der britischen Regierung den Rücken steifte. Angesichts der europäischen Ereignisse bedurfte vielleicht England in diesen Tagen besonders einer solchen Rückenstiefung. Daß die Frage des Silberkrieges weder in Tokyo noch in London ruhte, während Washington sich aus der Sache möglichst herauszuhalten suchte, indem es sich jeder aktiven Einmischung enthielt, bewiesen die fortlaufenden Besprechungen zwischen dem japanischen Botschafter in London Shigemitsu und Staatssekretär Butler sowie in Tokyo zwischen dem Botschafter Craigie und dem Vizeaußenminister Tani. Über eine dieser Besprechungen in Tokyo liegt ein Bericht vor, der Einblick in den Stand der Verhandlungen über den Silberkrieg gewährt. Danach soll der britische Botschafter am 24. November 1939 der japanischen Regierung nachstehende Vorschläge unterbreitet haben: 1. England wünsche die Beilegung der englisch-japanischen Probleme in Nordchina einschließlich des Silbers und der Bergwerksrechte auf dem Wege der Verhandlungen sowohl in Tokyo als auch in Washington. 2. England ersuche darum, daß japanische Militärbehörden besondere Beachtung dem Leben, Eigentum und den Interessen britischer Staatsangehöriger in den Gebieten zuwende, aus denen bedeutende britische Truppen und Schiffe im Ergebnis japanischer Wünsche zurückgezogen wurden. 3. England wünsche ferner, daß die Blockade der britischen Konzession in Tientsin und die Schärfe, mit der sie durchgeführt wurde, aufgehoben werde.

In diesen Vorschlägen waren bereits Andeutungen darauf enthalten, daß England sich unter Umständen zur Herausgabe des Silbers bereitfinden würde. Noch waren diese Vorschläge allerdings in die Form der Gegenseitigkeit des Entgegenkommens gekleidet, von der aber schon damals nicht

mehr die Rede sein konnte. Selbst eine Aufhebung der Konzessionsblockade hätte nicht mehr den Zustand wiederhergestellt, der vor der Zurückziehung der britischen Garnisonen oder vor der Verhängung der Konzessionsblockade für England in Nordchina geherrscht hatte. Der französische Bundesgenosse war bereits ausgefallen, seine Mitwirkung, vor hundert Jahren in China von England so wohltuend empfunden — namentlich bei der Erstürmung der Takuforts an der Peihomündung —, konnte nicht mehr als vollwertig gelten. Die amerikanische Unterstützung blieb immer noch in den engen Grenzen der Moral, der Theorie, auch wenn sich die Kündigung des japanisch-amerikanischen Handelsvertrages bereits günstig auszuwirken begann. Japan war schon zu weit vorgeschritten, nicht in seinen militärischen Eroberungen auf dem chinesischen Festlande, auch nicht in seinen wirtschaftlichen Maßnahmen in Nordchina, sondern in seinem Kampf gegen die alte Ordnung in Ostasien, gegen deren Vernichtung sich England allein wehren mußte. Es mochten die japanischen Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiet in China noch so sehr hinter den Erwartungen zurückbleiben, sie mochten auch noch so sehr von dem chinesischen Bundesgenossen gehindert werden — die Zeit und die unabwendbare Notwendigkeit der Änderung der Ordnung in Ostasien, verursacht durch den Ausbruch des ostasiatischen Krieges an sich schon, arbeiteten gegen die noch so zähe Verteidigung der alten Ordnung Englands in Fernost. Vielleicht war sich Japan selbst gar nicht bewußt, wie sehr es nicht für sich, nicht für seine eigenen Interessen kämpfte, sondern für die vorerst noch abstrakten, noch in keiner Weise zu erkennenden Interessen anderer ostasiatischer Länder und all derer, die mit diesen in Verbindung standen. Es gab Beobachter ostasiatischer Verhältnisse, die davon sprachen, daß letzten Endes Japan und Nationalchina auch im japanisch-chinesischen Kriege um das gleiche Ziel kämpften — den Sturz der alten Ordnung und die Einführung einer neuen Ordnung, die den Interessen der asiatischen Völker besser entsprach. Je schwächer England im Verlauf dieses Kampfes wurde, je mehr es sich von seinen Positionen in Ostasien zurückziehen mußte, um so mehr Aussichten gewann dieser Kampf für beide sich noch bekämpfenden asiatischen Teile. Gewiß, das war vorerst noch eine ideologische Seite, ein ideologischer Charakterzug des Geschehens in Ostasien, immerhin aber ein solcher, der zur gänzlichen Umbildung der ostasiatischen Verhältnisse beitrug. Die Tragik Englands äußerte sich darin, daß es vermutlich diese Zusammenhänge erfaßt hatte, im Augenblick aber nichts gegen ihre Entwicklung zu tun vermochte und im Bewußtsein lebte, daß die Unterlassung von heute jede Möglichkeit für alle Zukunft nahm, einst besessene Positionen zurückzugewinnen.

Einer Lösung entgegen

Die Verbindung der Hartleibigkeit Englands in seiner Verteidigung mit der Fähigkeit, den Forderungen und sogar Erwartungen des Gegners weitest entgegenzukommen, hatte auch in Japan so manchen Fehlschluß auf die praktischen Möglichkeiten ziehen lassen. In diesem Sinne sind auch die Worte des Oberbefehlshabers der japanischen Streitkräfte in Nordchina, General Tadas, zu verstehen, die er im Dezember 1939 an Vertreter der Auslandspresse in Peiping richtete. Über die Lage der Fremden in Nordchina befragt, erwiderte der General, daß Japan nicht die Absicht habe, die fremdländischen Interessen aus Nordchina zu verdrängen. Der gegenwärtige Krieg sei der schwerste, den die japanische Armee je vorher geführt hätte. Wenn die japanische Armee auch versuchen werde, Schäden an fremdländischem Besitz zu vermeiden, so seien doch gelegentlich Zerstörungen unumgänglich. Die Japaner seien offen und gerade. Wenn sie die Absicht hätten, fremdländische Interessen auszuschalten, so würden sie nicht versäumen, es zu sagen.

Auf der einen Seite hatte England seine Garnisonen aus Nord- und Mittelchina zurückgezogen, auf der anderen aber blieb es zäh und unnachgiebig an den Verträgen kleben, die den Gang des Geschehens in Ostasien regeln sollten. Konzessionen, Vor- und Sonderrechte, alles, was die britische Vormachtstellung in Ostasien begründete, sollte beibehalten werden. Und gerade alles dieses erschwerte Japan den Krieg in China so ungemein.

Es konnte auch keine Erleichterung für Japan sein, wenn die USA. sich in jeder Weise — ausgenommen der aktiven Beteiligung — der britischen Haltung anschlossen. Das japanisch-amerikanische Verhältnis namentlich im Hinblick auf den Silberkrieg in Nordchina erfuhr am 13. Dezember 1939 eine Charakteristik in Form von Äußerungen des japanischen Wirtschaftsberaters für Nordchina Kiichi Sakatani, der auch die Federal Reserve Bank ins Leben gerufen hatte. Sakatani sagte: „Wenn Amerika den gekündigten Handelsvertrag nicht erneuert und wenn hierdurch Japan wirtschaftlich zu leiden hat, wird das Ansteigen der anti-amerikanischen Gefühle nicht aufzuhalten sein.“ Gefragt, ob eine Möglich-

keit der Beilegung dieser japanisch-amerikanischen Gegensätze bestehe, sagte Sakatani, daß dies beim Präsidenten Roosevelt liege. Japanische und chinesische Waren seien infolge des Krieges in Europa z. Zt. sehr gefragt. Amerika habe dadurch bedeutende Möglichkeiten.

Es lag gewiß Japan viel daran, das Verhältnis zu Amerika zu verbessern. Auch die Leistungsfähigkeit Japans bezüglich Nordchinas Aufbau wäre dadurch wesentlich gesteigert worden. Eine von Rohstoffbeschaffungssorgen freie japanische Industrie, deren Deviseneingang gesichert ist durch einen geregelten Handel mit den USA., hätte bedeutend größere und weitere Möglichkeiten im Aufbau Nordchinas. So hielten die Sorgen um die Devisenbeschaffung, um den Absatz japanischer Waren in devisenbringenden Ländern die japanische Bewegungsfreiheit Nordchina gegenüber in bestimmten Grenzen. Amerika konnte diese Fesseln lockern, wenn es von Japan den Druck nahm, der durch den gekündigten Handelsvertrag auf Japan lag.

Der japanische außerordentliche Gesandte in Nanking Sotomatsu Kato, gab dieser Sachlage in einer Unterredung mit dem Korrespondenten der United Press lebhaften Ausdruck, indem er sagte: „Japan kann weder von dem Rätebund Baumwolle kaufen, noch kann der Rätebund japanische Seidenstrümpfe für seine Girls kaufen.“ Damit ist die Bedeutung des amerikanischen Handelspartners für Japans Wirtschaft deutlich gekennzeichnet.

Es kann kein Zweifel sein, daß dieser lebhafte Wunsch nach einer Erneuerung des gekündigten japanisch-amerikanischen Handelsvertrages die Haltung Japans in den Verhandlungen mit England über die Beilegung des Silberkrieges dahingehend bestimmte, daß Japan z. B. vorerst von der Forderung nach Aufhebung der Konzessionen Abstand nahm. Am 19. Dezember 1939 berichtete die japanische Presse, daß der japanische Generalkonsul in Tientsin, Hikoza Tanaka, der führenden Anteil an den bisherigen japanisch-englischen Verhandlungen genommen hatte, und der Major G. A. Herbert, britischer Konsul in Tientsin, in Tokyo eingetroffen seien. Es werde berichtet, daß eine Verständigung erzielt worden sei zwischen Japan und England in einer Reihe von Fragen bezüglich der Aushändigung des Silbers und des Verbots des Umlaufs von Fapinoten in der Konzession. Es verlautete, daß demnächst über die Klärung von Einzelheiten verhandelt werden würde. Nichts deutete darauf hin, daß dies eine amtliche Erklärung sei. Tage zuvor waren aber schon Gerüchte in Umlauf, die von einer Verständigung über die Silberfrage wissen wollten. Von englischer Seite wurden diese Gerüchte bestritten, während von japanischer Seite keine amtliche Erklärung verlautbart wurde. Die Berichte in der ja-

panischen Presse nahmen aber immer konkretere Formen an. Aus der Wiedergabe der „Asahi“ ging hervor, daß die Zusammenkunft der Konsuln aus Tientsin die Verhandlungen einen bedeutenden Schritt vorwärts brächten. An den Verhandlungen nahm auch der Sondergesandte in Nanking Kato teil, wodurch die Bedeutung des Geschehens besonders unterstrichen wurde.

Der Vollständigkeit halber sei hier erwähnt, daß inzwischen in Peiping die angesagte Konferenz der Vertreter der Nanking- und der Peipinger Regierung abgehalten wurde. Wang Keh-min vertrat Peiping, während Liang Hung-chih im Namen der Nankinger Regierung verhandelte. Eine der wichtigsten zur Debatte stehenden Frage war die der Erzielung eines tragbaren Wechselkurses zwischen den Währungen Nankings und Peipings. Beiden Banken wurde aufgegeben, entsprechende Denkschriften auszuarbeiten. Inzwischen sollte das Austauschsystem in Kraft gesetzt werden, nach dem der Warenverkehr geregelt werden sollte. Aber auch hierzu mußten zunächst die zuständigen Stellen beider Regierungen sich äußern, so daß praktisch auf dieser Konferenz keinerlei bindende Beschlüsse gefaßt wurden und der Handelsverkehr zwischen den beiden Gebieten nach wie vor sich selbst überlassen blieb. Eine Erklärung für dieses Geschehen lassen einem immer dringender werdenden Problem gegenüber ist darin zu sehen, daß man in Tokyo und in Nanking mit der Bildung einer Regierung rechnete, die unter Umständen ganz neue Regelungen treffen würde, und zwar sowohl für Nanking als auch für Nordchina. Hier kam auch die Unsicherheit der japanischen Stellen zum Ausdruck, die wiederholt im Aufbauprozeß im besetzten Gebiet zu beobachten war. Tokyo wünschte fraglos die Vereinheitlichung der Verwaltung des gesamten besetzten Gebietes unter einer Regierung — Wang Ching-wei. Dieser Wunsch konnte aber nicht verwirklicht werden, solange man der Zustimmung der nordchinesischen Bevölkerung nicht sicher war. Unter der Provisorischen Regierung genoß Nordchina immerhin einen gewissen Grad von Selbstständigkeit. Es blieb ein „Sondergebiet“, wenn auch unter japanischer Kontrolle. Seine Einverleibung in ein geschlossenes Verwaltungsgebiet, das von Nanking aus beherrscht wurde, würde diesen Rest von Selbstständigkeit aufheben. Zudem waren auch verwaltungsmäßige und Gebietsfragen zu lösen, ehe eine Zusammenlegung beider Regierungen erfolgen konnte. Was sollte aus der neutralen Zone werden, die zwischen Nanking und Peiping gelegt worden war? Welche Währung sollte im vereinheitlichten Gebiet gelten? Welchen Kurs sollte diese Währung haben? Wie sollte der Handelsverkehr zwischen dem Gebiet Wang Ching-wei und dem unbesetzten China geregelt werden? Das waren alles Fragen, die nicht

erst nach der Bildung der neuen Regierung bzw. der Einbeziehung Peipings gelöst werden konnten, sondern die zuerst zu lösen waren, wollte man nicht die Regierung Wang Ching-wei einer allzu großen Belastung aussetzen. Auf der Dezember-Konferenz in Peiping wurden alle diese Fragen nicht gelöst.

Am 23. Dezember 1939 erfolgte durch den japanischen Außenminister Admiral Nomura im Budgetausschuß des Parlaments die erste amtliche Erklärung der japanischen Regierung in dem Sinne, daß die Tientsin-Frage grundsätzlich gelöst sei, während z. Zt. noch über Einzelheiten verhandelt werde. Bemerkenswert ist die Äußerung des Außenministers in diesem Zusammenhang, daß die Haltung der USA. gegenüber Japan unfreundlicher denn je sei. Die USA. verlangten von Japan die Initiative zur Beweisführung dafür, daß Japan freundlichere Beziehungen zu den USA. wünschten. Admiral Nomura betonte, daß es für beide, die USA. wie Japan, notwendig sei, den Frieden im Pazifik aufrechtzuerhalten.

Wenn auch noch die Einschränkung gemacht wurde, daß über Einzelheiten verhandelt werden müsse, so war doch schon die erste amtliche Verlautbarung über eine Verständigung erfolgt. Damit wurde aber gleichzeitig die Welt vor die Tatsache gestellt, daß die bisher unerbittlich sich bekämpfenden Gegner — England und Japan — eine Basis gefunden hatten, auf der sie sich verständigen konnten. Eine solche Verständigung war aber unmöglich, ohne daß die Interessen Nationalchinas empfindlich verletzt wurden. Japan hatte nicht nachgegeben. Davon konnte sich jedermann in Tientsin überzeugen, wo die britische Konzession nach wie vor blockiert blieb, wo die japanischen Maßnahmen zur Errichtung der Peipinger Regierung und der nordchinesischen Wirtschaft unbeirrt ihren Fortgang nahmen, wo die britischen Kaufleute und Industriellen sich den Verordnungen der Provisorischen Regierung beugen mußten. Wenn es dennoch zu einer Verständigung gekommen war, so mußte eben der andere Gegner nachgegeben haben. Da aber England bisher in seinem Widerstand gegen Japan in Nordchina auch die nationalchinesischen Interessen vertrat, mußte dieses Nachgeben auf Kosten dieser chinesischen Interessen erfolgt sein. Vorerst blieben die Einzelheiten der Verständigung unbekannt. In nationalchinesischen Kreisen in Chungking hatten aber schon die erfolgten japanischen Erklärungen eine lebhafte Reaktion ausgelöst. Es versteht sich von selbst, daß man dort ein Umfallen Englands befürchtete, namentlich angesichts der Entwicklung, die der europäische Krieg genommen hatte.

Das Jahr 1939 schloß für den Silberkrieg mit einem wesentlichen Fortschritt. Japan konnte für sich einen wichtigen Erfolg in seinen Forderungen gegenüber England buchen. Es war ihm gelungen, die Machtposition

Großbritanniens in Nordchina zu erschüttern und der Neuen Ordnung in Ostasien eine Bresche zu schlagen. Der Preis, den es für diesen Erfolg zu zahlen hatte, war sehr hoch: es hatte sich die wohlwollende Einstellung der USA. verscherzt. Wären die USA. noch als Handelspartner allein, als Absatz- wie als Bezugsmarkt, so könnte Japan in anderen Teilen der Welt Ersatz für den amerikanischen Ausfall suchen und finden. So wie die Verhältnisse aber lagen, mitbedingt durch den europäischen Krieg, zogen die Vereinigten Staaten eine ganze Reihe anderer Weltteile nach sich, wie Niederländisch-Indien, Südamerika u. a., an denen Japan sowohl hinsichtlich der Rohstoffe als auch des Absatzes von Fertigwaren gelegen war. Der europäische Krieg hatte Europa als Absatzmarkt für Japan gesperrt. Was blieb Japan noch übrig an Ländern, die ihm Devisen einbringen konnten, ohne die Japans Wirtschaftsapparat in sich zusammensank? Diese Zusammenhänge sind aus den Worten des Außenministers Admiral Nomura herauszulesen, die er an das japanische Parlament richtete, als er von der Einigung mit England in dieser Frage sprach. Aus diesen Worten hörten japanische Wirtschaftskreise die schwere Sorge heraus, die der Minister in Gedanken an das japanisch-amerikanische Verhältnis hegte. Der Silberkrieg schien für Japan gewonnen. Mit diesem Siege entstand aber neben der Aussicht auf die Errichtung einer Neuen Ordnung die schwere Sorge um den japanischen Wirtschaftsapparat, der durch die Zwischenzeit des Umbaues, der Umstellung vom alten auf ein neues Gleis, gesteuert werden mußte. Schon der ostasitatische Krieg hatte eine Umstellung dieses Apparates verursacht, die keineswegs reibungslos verlief. Es entstanden Hemmungen, die schwere Opfer vom japanischen Volk verlangten, Opfer und Entbehrungen. Das auf den persönlichen Gewinn eingespielte Geschäftsgebahren des ganzen Wirtschaftsapparates Altjapans war in Gefahr. Immer deutlicher, dringender, zwingender erhob sich die Forderung nach Zurückstellung des Gewinngedankens und nach Betonung der Staatsraison.

Eine Verschärfung

Das Jahr 1940 hatte zunächst keine Veränderung in der allgemeinen Lage gebracht. Auch das englisch-japanische Verhältnis blieb vorerst unverändert, obschon nach wie vor verhandelt wurde. Der Besuch des britischen Botschafters in China, Sir Archibald Clark Kerr, bei Marschall Chiang Kai-shek Anfang Januar gab zu verschiedenen Gerüchten Anlaß. U. a. hieß es, daß England den Wunsch habe, mit der nationalchinesischen Regierung in der Frage des Tientsin-Silbers zu einer Verständigung zu gelangen, die wenigstens teilweise den japanischen Wünschen gerecht werden könnte und gleichzeitig die Regierung in Chungking nicht zu sehr verletzte. Es ist verständlich, daß die Chungking-Regierung in der Silberfrage ihre Einstellung nicht nach Maßgabe der britischen Politik ändern konnte. Diese Einstellung war eindeutig zum Ausdruck gebracht worden: nach Ansicht der Chungking-Regierung gehörte das Tientsin-Silber uneingeschränkt der Chungking-Regierung und sie allein hatte das Verfügungsrecht. Wenn England jetzt zur Bereinigung seines Verhältnisses zu Japan es für richtig fand, einen Teil dieses Silbers den Japanern auszuhändigen, so konnte das in Chungking keine Billigung erfahren. Englands Schwierigkeit bestand darin, zwischen dieser Auffassung und der Notwendigkeit, auf Japans Forderungen einzugehen, einen Kompromiß zu finden, der auch für England selbst tragbar war. Der britische Kompromißvorschlag, über dessen Ursprung, d. h. ob er in London, Tokyo oder Tientsin entstanden war, nichts Näheres bekannt geworden ist, sah vor, daß ein Teil des Silbers zur Unterstützung der durch die Überschwemmungen des Huangho empfindlich betroffenen nordchinesischen Bevölkerung verwendet werde. Dieses hätte auf Umwegen über die Bevölkerung das Silber möglicherweise der Federal Reserve Bank zugeführt, wodurch der Vorschlag auch vom japanischen Gesichtspunkt annehmbar erscheinen mußte.

Sehen wir aber zunächst von dem Verwendungszweck des Silbers ab, so finden wir, daß in diesem Vorschlag ein britisches Entgegenkommen Japan gegenüber nicht zu verkennen ist. Es schien England viel daran zu liegen, erstens die Blockade in Tientsin zu lockern, zweitens aber in Japans

Einstellung zu Englands Politik in Ostasien eine Änderung herbeizuführen. Man glaubte in London wohl, dies um so eher erreichen zu können, als dort kein Zweifel über die immer noch ausbleibenden Fortschritte japanischer wirtschaftspolitischer Bemühungen in Nord- und Mittelchina bestand. Damit schien aber London die Möglichkeit in die Hand zu bekommen, die wirtschaftspolitisch schwache Position Japans in Nordchina zur Ausübung eines Druckes auszunutzen, während auf der anderen Seite London z. B. in den japanisch-indischen Baumwollverhandlungen, an deren erfolgreichem Ausgang Japan sehr viel gelegen sein mußte, Japan einige Aussichten bieten konnte, wenn dieses die Schwierigkeiten nicht auf die Spitze trieb.

Das Ausbleiben der Fortschritte Japans in Nordchina wurde von der „Japan Times and Mail“ Anfang Januar 1940 wie folgt erklärt: „Das Ausbleiben der wirtschaftlichen Erfolge in Nordchina ist zum Teil zurückzuführen auf die Schwierigkeiten, denen die zuständigen Behörden in ihren Bemühungen begegnen, einen Ausgleich zwischen der Kontrollpolitik der Provisorischen Regierung und dem liberalistischen Kapitalismus japanischer Unternehmer zu finden, aber auch auf die unbeständige politische Lage in Nordchina, die es den chinesischen Unternehmern unmöglich macht, Entscheidungen zu treffen.“ Diese Ausführungen scheinen uns besonders bemerkenswert, weil sie aus japanischem Munde den Fehlschlag der Kontrollpolitik in Nordchina feststellen. Wir haben gesehen, daß diese Kontrollpolitik die Basis war für die Aufbaupolitik Japans im besetzten nordchinesischen Gebiet. Und noch mehr — sie war die Basis, auf der die künftige Politik Japans im Raume zu gelten hatte, in dem die Neuordnung Ostasiens eingeführt werden sollte. Daß England mit am meisten an der Gestaltung dieser Ordnung interessiert war, läßt sich denken, ebenso wie es lebhaftes Interesse dafür zeigte, ob und auf welche Weise die japanische Kontrolle in Nordchina funktionierte oder nicht. Vermutlich werden dem Foreign Office Informationen vorgelegen haben, die London veranlaßten, den Botschafter Kerr mit dem Marschall Chiang Kai-shek zusammenzubringen, um über diese Dinge eingehend zu verhandeln.

Eine Meldung der United Press aus diesen Tagen bestätigt diese Vermutung. Sie besagt, daß nach britischer Auffassung eine Einigung über das Tientsin-Silber die Blockade der britischen Konzession lockern würde. Nach der gleichen Quelle lehnen es die Chinesen unter allen Umständen ab, irgendwelche Zugeständnisse bezüglich des Besitztums in der Silberfrage zu machen. Dennoch erwähnt die amerikanische Information aus London, daß nach dem Vorschlag ein kleiner Teil des Silberbetrages — etwa im Werte von 100 000 Pfund Sterling von den 800 000 Pfund — für Überschwemmungsschäden zur Verfügung gestellt werden sollen, während

der Rest bei einer amerikanischen Bank, vielleicht der National City Bank of New York, zu deponieren wäre. Tokyo soll mit diesem Plan einverstanden sein, es fehle nur noch das Einverständnis der nationalchinesischen Regierung.

Eine solche Lösung hätte ohne Frage ein weites Entgegenkommen Englands Japan gegenüber gezeigt. Vorerst fehlte jedoch eine Bestätigung dieser Meldung von amtlicher Seite.

Nicht geringer als das Interesse für die Silberfrage war aber auch das Interesse Tokyos für die Frage der Kompetenz der geplanten Regierung Wang Ching-weis in Nanking bezüglich Nordchinas. In japanischen Wirtschaftskreisen hatte man — wie wir verschiedentlich schon gesehen haben — den Mißerfolg der in Nordchina unternommenen Maßnahmen im Vergleich zu den gehegten Plänen und Erwartungen erkannt. Anderer Meinung war man in japanischen Militärkreisen. Der Sprecher der japanischen Militärstellen in Peiping äußerte am 9. Januar 1940 der Presse gegenüber, daß die japanische Armee in Opposition zur geplanten Regierung Wang Ching-weis stünde, weil die Armee keinerlei Änderungen im status Nordchinas wünsche. Angesichts der kommunistischen Gefahr, von der Nordchina bedroht werde, müsse Nordchina eine Sonderstellung einnehmen. Hierbei brachte der Sprecher erstmalig zum Ausdruck, wie sich die japanischen Militärstellen die praktische Durchführung dieses Gedankens der Sonderstellung Nordchinas vorstellten. Es war die „Hsin-Min-hui“ gegründet worden, eine Parteiorganisation, wie sie in der Mandschurei schon seit einigen Jahren bestand und von den japanischen Militärbehörden zum Aufbau der inneren Ordnung gebraucht wurde. Es wurde vom Sprecher hierbei betont, daß die nordchinesische Regierung keine separate Regierung bilden, immerhin aber innerhalb der Regierung Wang Ching-weis eine Sonderstellung einnehmen müsse. Die „Hsin-Min-hui“ hatte sich zu diesem Zeitpunkt als ein Instrument erwiesen, das japanischerseits gegen die Engländer in Tientsin mit Erfolg angesetzt wurde. Von dieser Partei wurden die Kundgebungen gegen England in Tientsin geführt, die einen um so heftigeren Charakter annahmen, je geringer die Fortschritte in den Verhandlungen über die Silberfrage waren. Die Boykottbewegung gegen englische Waren in Nordchina, die England viele Tausende von Pfund Sterling gekostet hatte, stand unter der Führung der „Hsin-Min-hui“. Sie hatte die Aufgabe, die antibritische Bewegung in Nordchina aufrechtzuerhalten, bis entweder die Engländer die neue Regierung, das neue Regime, anerkannt hatten oder aus Nordchina verschwanden. Die Partei spielte in der Folge im praktischen Aufbau Nordchinas kaum eine Rolle, mit Ausnahme vielleicht auf rein polizeilichem

Gebiet, doch müssen die Ausführungen des japanischen Militärsprechers über ihre Aufgaben betr. England bemerkenswert erscheinen als Illustration der Mittel, deren sich die japanischen Militärstellen gegen England bedienten, um zu ihrem Ziele zu gelangen.

Sehr beachtlich ist eine Notiz der japanischen Zeitung „Chugai Shogyo“ vom 10. 7. 40 über die neue Regierung Wang Ching-wei, in der es u. a. heißt: „Ob die neue Regierung zum Aufbau der Neuordnung in Ostasien beitragen wird, ist in hohem Maße von dem Umfang der Hilfe Japans bei der Überwindung der wirtschaftlichen Hindernisse abhängig, denen die Neuordnung in Nord- und Mittelchina begegnen wird. Nach vorliegenden Meldungen verschärft die Einschränkung der Ausfuhr japanischer Waren nach Nord- und Mittelchina den Mangel an Gebrauchsgegenständen in diesen Gebieten. Die Zukunft der neuen Regierung wird in bedeutendem Maße bestimmt werden von den Maßnahmen, die Japan in den besetzten Gebieten unternehmen wird.“

Wir können gerade in diesem Zusammenhang an dem Haushaltsplan der Peipinger Provisorischen Regierung für 1940 ungefähr abmessen, wie weit diese japanische materielle Hilfe zu gehen in der Lage war. Es ist dies das dritte Jahr des Bestehens der Provisorischen Regierung, der Vorläuferin und Wegbereiterin der „Neuen Ordnung“ in Ostasien, einer Regierung, die die Beherrschung von 5 Provinzen für sich in Anspruch nahm. Der Haushaltsplan sah für das Jahr 1940 den Betrag von 110 Millionen Yuan vor. So gering dieser Betrag auch positiv und relativ war, so konnte er doch nicht von der Provisorischen Regierung selbst in voller Höhe aufgebracht werden. Japan mußte in der einen oder anderen Form zuschießen. Von diesem Betrage sollten zudem 20 Millionen Yuan in Unternehmungen für den Wiederaufbau bestimmt werden. Die Geringfügigkeit dieses Betrages wird erkennbar, wenn man gegenüberstellt, daß nach japanischen Angaben die Kapitalinvestitionen auf 1,2 Milliarden Yen geschätzt wurden, die notwendig waren, um in den nächsten 3—4 Jahren den Aufbau in Nordchina wirksam zu betreiben. Hierzu muß noch eine Domeimeldung zitiert werden, die besagt, daß die Provisorische Regierung im neuen Jahr die Ausgaben übernehmen müsse, die bisher die japanischen Militärbehörden für den Unterhalt militärwichtiger Wirtschaftsbetriebe ausgelegt hätten. Dieser neuen Belastung des ohnehin schon geringfügigen Haushalts standen aber keinerlei Aussichten auf Erschließung neuer Einnahmequellen gegenüber, aus denen die neuen Ausgaben hätten gedeckt werden können.

Diese Sorgen waren sehr erheblich, zu ihrer Behebung oder Linderung konnte aber z. Zt. keine Möglichkeit gefunden werden. So ließ man die

Dinge vorerst laufen, wie sie liefen. Vielleicht hegte man auch in Tokyo den Gedanken oder gar die Hoffnung, daß inzwischen die Lösung des Silberproblems auch diese Sorge lindern werde. Eine Auslandsagentur berichtete, daß es den Anschein habe, als wolle London in der Silberfrage nachgeben, wenn Japan ihm Zugeständnisse auf dem Gebiete der Yangtse-Schifffahrt machen würde, die bekanntlich aus militärischen Gründen für die Auslandsschifffahrt gesperrt war. Auch diese Lesart würde ein Entgegenkommen seitens der Japaner bedeuten, die anfänglich die bedingungslose Herausgabe des Silbers verlangt hatten. Sie zeigt aber auch, daß die Verhandlungen zwar fortgesetzt wurden, daß aber ein Fortschritt nicht zu erkennen war.

„Die japanischen Armee- und Marinebehörden haben beschlossen, künftighin die militärischen Einschränkungen zu lockern, die bezüglich der Benutzung der Schiffsanlagestellen und der Zollschuppen in Tsingtao seit dem Januar 1938 für fremdländische Schiffe gelten. Da aber z. Zt. noch Feindseligkeiten in größerem Umfange im Gange sind, behalten sie sich das Recht auf Wiedereinführung der Sperre vor, sofern militärische Notwendigkeiten es ratsam erscheinen lassen. Sie behalten sich auch vor, die Benutzung des Hafens den Schiffen dritter Mächte zu untersagen, wenn diese verdächtigt werden, geheime Verbindungen z. B. mit antijapanischen Banditen zu unterhalten.“

So berichtete die japanische Presse am 14. Januar 1940, im 29. Monat der Kriegführung in Ostasien. Im Januar 1938 wurde Tsingtao von den japanischen Truppen besetzt. Nach zweijähriger Besetzung mußte zugegeben werden, daß noch Feindseligkeiten in größerem Umfange im Gange seien. Der Hinweis auf die Schiffe dritter Mächte, die der Verbindung mit antijapanischen Elementen verdächtigt werden, steht in direktem Zusammenhang mit der Niederlassungsfrage und dem Problem der freien Schifffahrt der Fremden in ostasiatischen Gewässern, also Fragen, für die England und Frankreich vor 100 Jahren gekämpft hatten, aber auch Fragen, auf denen die bisherige Ordnung in Ostasien geruht hatte. Wir haben gesehen, wie sehr eng diese Fragen auch mit der Silberfrage selbst in Verbindung stehen. Es war und blieb demnach ein Kreis, in den das nordchinesische Problem geraten war und aus dem es keinen Ausweg zu geben schien, solange die Silberfrage nicht gelöst war.

Am 28. Januar 1940 erfuhr die Welt durch die amerikanische Presse, daß um 5 Uhr nachmittags dieses Tages der Stacheldraht um die britische Konzession in Tientsin mit Starkstrom geladen worden war, um die Absperrung der Konzession von der Außenwelt vollständig zu machen. Diese Maßnahme ist darauf zurückzuführen, daß die Konzession immer

noch einen Verkehr über den Zaun hinweg unterhielt und daß Lebensmittelpakete von außerhalb in das Konzessionsgebiet geschmuggelt wurden. Von japanischer amtlicher Seite wurde zwar bestritten, daß die Lebensmittelzufuhr zur Konzession erschwert werde, doch stand diese Behauptung mit der Tatsache in Widerspruch, daß sowohl Lebensmittel als auch Kohle aus der Konzession verschwunden waren.

Der Sprecher des Außenministerium in Tokyo, Yakichiro Suma, erwiderte am 27. Januar auf die Frage eines Vertreters der United Press, daß er von einer Intensivierung der Blockade in Tientsin nichts wisse. Den Hinweis auf den Starkstrom beantwortete er: „Sie überraschen mich. Ich weiß davon nichts.“ Er habe erst vor einigen Stunden mit den hohen Vertretern japanischer Militärstellen gesprochen, die ihm aber nichts davon verraten hätten. Die gleiche amerikanische Agentur berichtete ebenfalls am 27. 1. aus Tientsin, daß parallel mit dem Ablauf des gekündigten amerikanisch-japanischen Handelsvertrages an diesem Tage die japanischen Militärbehörden in Tientsin das britische Konsulat dortselbst davon in Kenntnis gesetzt hätten, daß die Barrikaden um die britische und die französische Konzession mit Starkstrom geladen werden würden. Gleichzeitig sei eine Verschärfung der Lebensmittelknappheit in den Konzessionen eingetreten als Folge der zunehmenden Einschränkungen seitens der japanischen Wachtposten. Der japanische Militärsprecher in Tientsin erklärte, daß der Starkstrom nichts weiter als die Wiedereinführung früherer Maßnahmen sei. Er sei unterbrochen worden durch die Überschwemmungen und wieder eingeschaltet, weil das Wasser zurückgegangen sei. Er bestritt, daß ein Zusammenhang zwischen ihm und dem Ablauf des amerikanisch-japanischen Handelsvertrages bestünde.

Gleichzeitig mit diesen Äußerungen wurden aber solche des Kommandierenden Generals der japanischen Tientsin-Garnison, General Homma, veröffentlicht. General Homma warnte die USA., daß die japanische Armee in Nordchina ihre Einstellung gegenüber den USA. einer Revision unterziehen würde, wenn Amerika sein Embargo gegen Japan fortsetze. Die United Press erinnerte in diesem Zusammenhang auch daran, daß General Homma die USA. vor einem halben Jahr angegriffen habe, als die Kündigung ausgesprochen wurde. Er habe damals gemeint, daß die USA. England und Frankreich unterstützten in deren Widerstand gegen die japanischen Maßnahmen in Nordchina.

Diese Äußerungen des japanischen Generals lassen keinen Zweifel übrig darüber, daß man in japanischen Militärkreisen richtig erkannt hatte, wer auf der Seite des chinesischen Gegners stand, wer moralisch und praktisch den Gegner im Silberkrieg unterstützte. Diese Erkenntnis verdient

besondere Beachtung im Hinblick auf die spätere Ausweitung des ostasiatischen Krieges, die Japan den angelsächsischen Gegner nur zu deutlich erkennen ließ. Auch Amerika hatte sich in den Silberkrieg eingeschaltet, vorerst noch aus der Ferne wirkend, aber auch schon jetzt andeutend, daß es ganz auf Seiten Englands stand.

Nach einer japanischen Information vom 9. Februar 1940 hatte der britische Botschafter in Chungking, Kerr, mit dem Marschall Chiang Kai-shek in einer persönlichen Unterredung folgende Fragen behandelt: 1. In der britischen Politik der Unterstützung Chungkings sei keinerlei Änderung eingetreten, England müsse aber über die z. Zt. schwebenden Fragen weiter verhandeln. 2. Nach seiner Unterredung mit Wang Ching-wei in Schanghai erachte der Botschafter es für ratsam, daß Chiang Kai-shek nach einer Konferenz mit Wang den bewaffneten Konflikt mit Japan aufgebe. 3. England werde sich um die Stabilisierung des Fapi bemühen, solange die Feindseligkeiten dauern, und wolle seine Dienste anbieten zur Vermittlung eines amerikanischen Kredits an Chungking in Höhe von 50 Millionen Dollar im Laufe dieses Jahres. 4. England wünsche den Frieden zwischen Japan und China, doch wolle es Chungking nicht zu einem Frieden zwingen, noch beabsichtige es, freiwillig als Mittler aufzutreten, solange Japan die Vermittlung dritter Mächte nicht wünsche. 5. England wolle Waren von Chungking im Betrage von 15 Mill. Pfund Sterling kaufen und ihm Kredite im gleichen Betrage einräumen. 6. Es sei ratsam für Marschall Chiang Kai-shek, einen englisch-chinesischen Ausschuß für die Verwaltung der Yünnan-Burma-Eisenbahn einzusetzen. 7. England wolle so weit wie nur irgendmöglich die Beförderung von Munition an die Adresse von Chungking über Rangoon an Stelle des bisherigen Weges über Hongkong unterstützen.

Die Richtigkeit dieser Information fand zunächst keine amtliche Bestätigung. Immer enger verflocht sich aber der europäische Krieg mit demjenigen in Ostasien. Der britische Botschafter in Tokyo, Sir Robert L. Craigie, verhandelte am 21. Februar 1940 mit dem stellvertretenden Außenminister Tani über die Auslieferung der 9 Deutschen, die auf dem japanischen Dampfer „Asamu Maru“ von den Engländern festgenommen wurden. Fragen, wie der Weiterverkauf von Rohstoffen, die Japan aus britischen Besitzungen und Niederländisch-Indien kaufte, an Deutschland wurden ebenfalls besprochen. Alle diese Fragen konnten nicht aus dem Gesamtkomplex der britisch-japanischen Beziehungen herausgelöst werden, zu dem auch die Silberfrage gehörte. Da diese noch nicht gelöst war, mußte ihre bevorstehende Lösung von diesen Einzelfragen mit beeinflußt werden, die durch den europäischen Krieg entstanden waren. Ob-

schon eine amtliche Bestätigung der Meldung über die Unterredung in Chungking fehlte, konnte doch eine Meldung aus London vom 20. 2. 40 als eine Bestätigung aufgefaßt werden, in der es hieß, daß der japanische Botschafter Shigemitsu mit Lord Halifax über die fernöstliche Lage verhandelt habe. In diesen Verhandlungen sei auch die Unterredung zwischen Kerr und Chiang Kai-shek erwähnt worden. Es hieß sogar, daß in Chungking eine Verständigung über die Beilegung des Silberproblems erzielt worden sei, und zwar in dem Sinne, daß ein Teil des Silbers einer neutralen Bank zugewiesen werde, während der Rest zum Ausgleich der Flutschäden verwandt werden sollte. Sechs Tage später traf aus Tientsin die Information ein, daß die japanische Blockade der Küste der Provinz Schantung am 24. Februar aufgehoben worden sei. Alle Schiffe, auch chinesische Dschunken, dürfen die Küste unbehindert anlaufen und verlassen. Das bedeute eine erhebliche Lockerung der straffen japanischen Kontrolle in Nordchina. In ihr konnte ein gewisses Entgegenkommen der japanischen Militärstellen erkannt werden, das zu einer baldigen Lösung des Silberproblems beitragen konnte. Die Agentur Domei berichtete am 5. März 1940 aus London, daß in halbamtlichen Kreisen die Ansicht geäußert werde, die Silberfrage werde in Kürze gelöst werden. Es wurden bereits in Yokohama Specie und die Hongkong and Shanghai Banking Corporation als die Banken genannt, denen das Silber zugewiesen werden sollte.

Die in der Ladung des Stacheldrahts um die Konzession in Tientsin mit Starkstrom zum Ausdruck gekommene Verschärfung der Gegensätze schien abzuschwächen. Man zeigte sich auf beiden Seiten versöhnlicher, während der Komplex der Fragen, in den das Silberproblem verwoben war, an Umfang und Ausdehnung zunahm.

Die Lösung

Es bedurfte noch zahlreicher Proteste, Gegenproteste, Beschwichtigungen und Drohungen von beiden Seiten, ehe die immer wieder in Tokyo, in London, Washington und Chungking geführten Verhandlungen über die Silberfrage zu einem Abschluß gebracht werden konnten. Die Regierung Wang Ching-wei war in Nanking eingesetzt worden, der Präsident der Provisorischen Regierung in Peiping Wang Keh-min war zurückgetreten und durch Wang I-tang ersetzt worden. Alles dies ging nicht ohne Erschütterungen des ostasiatischen Körpers vor sich, beeinflusste die Lösung des Silberproblems in gleicher Weise wie die Ereignisse in Europa, die ruhmreichen Taten der deutschen Waffen auf dem europäischen Kontinent. Von japanischer Militärseite wurde im Verlauf des Frühjahrs 1940 die Aufhebung der Blockade um die Tientsin-Konzession angekündigt für den Fall, daß eine Verständigung über das Tientsin-Silber erzielt werden würde. Chungking hatte immer wieder protestiert gegen die ihm vorgeschlagene Lösung, während London unter Assistenz von Washington sich bemühte, dem Marschall Chiang Kai-shek verständlich zu machen, daß die Politik Englands in Ostasien nicht nur kein Verrat an der chinesischen Sache sei, sondern das Beste für Nationalchina wolle. Chungking konnte aber in einer Verständigung zwischen England und Japan über das Silber nicht viel anderes sehen, als daß England, das sich entsprechend den eingebürgerten Begriffen von Besitz und Recht des Silbers in Tientsin insofern angenommen hatte, als es ihm Schutz in seiner Konzession vor dem japanischen Zugriff gewährte, seine Haltung aufgab, gegen diese Begriffe von Besitz und Recht verstieß und das Vertrauen der Chungking-Regierung mißbrauchte, indem es über das Silber verfügte. Dieses blieb die grundsätzliche Einstellung der Chungking-Regierung, wenn sie auch im weiteren Verlauf sich davon überzeugen ließ, daß Japan das Silber nicht zu den von ihm gewünschten Zwecken verwenden könne und daß ein Teil des Silbers für Flutschäden aufgewandt werden sollte. Die schließlich von Chungking erzielte Zustimmung läßt sich nur so erklären, daß Marschall Chiang Kai-shek einsah, daß das Silber immerhin nicht der Federal

Reserve Bank zur Verfügung gestellt wurde, wie es ursprünglich die Absicht Japans gewesen war und daß damit sinngemäß die Silberfrage an Bedeutung verloren hatte. Blieb das Silber der Bank vorenthalten, so wurde der Feind nicht gestärkt. Dieser Wendung der Dinge konnte er seine Zustimmung geben.

Es würde zu weit führen, die Einzelheiten anzuführen, die sich noch bis zum Abschluß des Abkommens über das Tientsin-Silber rankten. Wir beschränken uns daher auf die Wiedergabe des Abkommentextes, wie er vom japanischen Außenministerium am 21. Juni 1940 in der japanischen Presse veröffentlicht wurde. Der Text des Abkommens lautet:

„Im Hinblick auf die Frage bezüglich der britischen Konzession in Tientsin wurden die Verhandlungen nach Abschluß des grundsätzlichen Abkommens zwischen dem Außenminister Arita und dem britischen Botschafter Sir Robert L. Craigie im Juli v. J. fortgesetzt. Obschon sich manche Schwierigkeiten ergaben, endeten diese Verhandlungen doch in einem Abkommen über die Ansichten zwischen Japan und England. Die erforderlichen Formalitäten zur Festlegung des erwähnten Abkommens wurden am 19. Juni zwischen Außenminister Arita und Botschafter Craigie beendet.

„Im Ergebnis der Verhandlungen mit dem französischen Botschafter Charles Arsene-Henry wurde eine grundsätzliche Verständigung ähnlich der zwischen Japan und Großbritannien auch zwischen Japan und Frankreich erreicht. Gleichzeitig wurde eine Verständigung zwischen ihnen bezüglich der Frage der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und derjenigen des Silbers und der Währung erzielt.

Wir sind der festen Zuversicht, daß im Ergebnis der jetzt erreichten Verständigungen die französische und die britische Konzession mit sofortiger Wirkung nicht mehr zu Machinationen seitens antijapanischer Elemente mißbraucht werden und daß sie aufrichtig mit den japanischen Behörden bezüglich der Aufrechterhaltung der Ruhe und der Ordnung in der britischen und französischen Konzession zusammenarbeiten werden.

„Was die Ergebnisse der Verständigung über die Silber- und die Währungsfrage angeht, so werden sie — obschon sie nicht als voll befriedigend angesprochen werden können — nicht nur zum Hilfswerk unter den Chinesen in Nordchina beitragen, sondern auch zur wirtschaftlichen Stabilisierung* im Tientsin-Gebiet.

„Die Beilegung der Tientsinfrage in diesem Zeitpunkt möge nicht mehr als den Eindruck erwecken, daß alles nur mögliche getan worden sei. Die Tatsache kann aber nicht übergangen werden, daß die Frage ein Hindernis zur Beilegung der Probleme auf einer breiteren Grundlage gewesen

ist. Es gibt viele Gebiete, auf denen Japan mit Großbritannien und Frankreich zusammenarbeiten will, um seine Ansprüche bezüglich Ostasiens zu befriedigen. Wir erwarten, daß die Haltung Englands und Frankreichs, wie dies in Zusammenhang mit der Lösung des Tientsin-Problems zum Ausdruck gebracht wurde, in Verbindung mit anderen Problemen revidiert werde.“

Im Ergebnis der Verhandlungen, die zwischen den japanischen und den englischen Behörden seit dem Juli 1939 bezüglich der Fragen, die die britische Konzession in Tientsin angingen, geführt wurden, ist eine Verständigung in folgenden Punkten erzielt worden:

„1. Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung innerhalb des britischen Verwaltungsbezirks. — Eingehende Vereinbarungen sind über die engere Zusammenarbeit zwischen den Behörden der britischen Konzession und den örtlichen japanischen Behörden zur Unterdrückung jeglicher terroristischen Aktivität getroffen worden, die nachteilig für die Aufrechterhaltung von Frieden und Ordnung sowie der Sicherheit der japanischen Streitkräfte sind. Im besonderen sind Vereinbarungen getroffen, daß der japanischen Gendarmerie Informationen von der britischen Stadtpolizei über Personen gegeben werden, an deren krimineller Tätigkeit die japanischen Behörden ein Interesse haben.

Solche Aktionen schließen ein die Überwachung des Verkaufs von Waffen und Munition, die Überwachung von Veröffentlichungen, der Kinotheater und politischen Versammlungen sowie die Verhaftung und Verführung über Personen, die sich dieser Aktionen zuschulden kommen lassen. Vereinbarungen wurden auch getroffen über die Unterdrückung von nicht genehmigten drahtlosen Sendungen.

2. Silbergeld und -Barren. — Das Silbergeld und die Silberbarren, die sich z. Zt. in der Bank of Communications in Tientsin befinden, sollen in dieser Bank verbleiben unter dem gemeinsamen Siegel des britischen und des japanischen Generalkonsuls dieser Stadt. Mit der in Punkt 3 vorgesehenen Ausnahme soll dieses Silber versiegelt verbleiben, bis die Regierungen Japans und Englands sich anderweitig über dessen Verwendung einigen. Das Silber soll in Anwesenheit des britischen und des japanischen Generalkonsuls versiegelt werden. Bevor das Silber auf diese Weise versiegelt wird, soll ein Betrag von 100 000 Pfund Sterling ausgesondert werden zur Schaffung eines Fonds für die Hilfeleistung an die unter Flut und Dürre leidende Bevölkerung Nordchinas. Diese Hilfeleistung schließt ein die Beschaffung bestimmter Maschinen von außerhalb, um das Hochwasser zurückzudrängen, wodurch die Gefahr von Epidemien verringert werden kann. Die einschlägigen britischen Behörden werden das hierfür

erforderliche Silber zur Verfügung stellen, verkaufen und für den Ankauf von Nahrungs- und anderer Hilfsmittel verwenden. Der britische und der japanische Generalkonsul in Tientsin werden Sachverständige ernennen, die unter der Aufsicht der Generalkonsuln ihnen in der Verwaltung dieses Fonds beistehen und den bestehenden Unterstützungsausschuß in Peiping bezüglich der Verwendung des Fonds beraten werden. In Ergänzung sollen chinesische und französische Sachverständige und ein Sachverständiger einer anderen Nationalität aufgefordert werden, diese Arbeit zu unterstützen.

3. Währung. — Der britische Stadtrat wird dem Gebrauch der Noten der Federal Reserve Bank innerhalb des britischen Verwaltungsgebietes keine Schwierigkeiten in den Weg legen.

Der britische Stadtrat hat beschlossen, allen Wechselstuben, die nicht vor 1939 eröffnet wurden, die Lizenzen zu entziehen. Lizenzen sollen nicht mehr ausgegeben werden, ohne daß die einheimische Bankiergilde gebürgt hat und ausreichendes Kapital vorhanden ist. Die Lizenzen müssen monatlich erneuert werden. Alle Schwierigkeiten, die in Verbindung mit der Auslegung der erwähnten Maßnahmen entstehen sollten, werden örtlich zwischen dem britischen und dem japanischen Generalkonsul erörtert werden.“

Am 20. Juni 1940 gab der Oberbefehlshaber der japanischen Truppen in Tientsin bekannt, daß ab nachmittags 6 Uhr des gleichen Tages die Blockade der englischen und der französischen Konzessionen aufgehoben wird. Nach 372 Tagen wurde auch diese Blockade aufgehoben, die Polizeikräfte zurückgezogen und der freie Verkehr zwischen der französischen und der britischen Konzession einerseits und der Umgebung anderseits wiederhergestellt. Die Aufhebung der Blockade erfolgte durch eine offizielle Zeremonie, mit der die japanischen Wachtposten von einem Offizier zurückgezogen wurden. Der Zeremonie wohnte eine große Menschenmenge, hauptsächlich Chinesen, bei, die die Zurückziehung der Posten mit Händeklatschen begrüßten. Pünktlich um 6 Uhr nachmittags wurde der Stacheldrahtverhau von der Straße weggeräumt und die angestauten Wagen und Menschen strömten beiderseits durch die bisherige Sperre. Chinesische Verkehrspolizeisten hatten den Verkehr übernommen. . . .

Nachwort

Das Drama um das Tientsin-Silber hatte seinen Abschluß gefunden. Eine Verständigung machte den Streit gegenstandslos. Den Streit um das Silber zwischen direkt und indirekt Beteiligten. Keiner von ihnen fand die Lösung unbeschränkt glücklich. Sie nahmen sie alle hin, weil niemand von ihnen eine bessere im Augenblick wußte. Die politischen Ereignisse in der Welt hatten im letzten Jahr das ihrige dazu beigetragen, daß diese Lösung anders ausfiel, als sie ursprünglich von den direkt Beteiligten erwartet worden war. Die ostasiatischen Mächte wie die an Ostasien interessierten Staaten sahen sich Veränderungen gegenüber, die das alte Gebäude der Ordnung in Ostasien mit dem Einsturz bedrohten.

War der Silberkrieg sinnlos gewesen? Hätte es auch ohne ihn abgehen können? Nein. Er hatte seinen Sinn nicht so sehr in seinem Abschluß wie in seinem Ausbruch gefunden. Wäre es möglich gewesen, den Silberkrieg zu vermeiden, England hätte ihn vermieden. Es hätte versucht, die Gegensätze, die zwischen ihm und dem japanischen Rivalen in Ostasien bestanden, auf andere Weise beizulegen. So hatte der Silberkrieg, verursacht durch das energische, zielbewußte Streben japanischer Militärstellen, mit seinem Ausbruch England und den USA. in Ostasien die Basis entzogen, auf der sie ihr Gebäude der Herrschaft errichtet hatten. Es war an sich gleichgültig, zu wessen Gunsten und wie der Silberkrieg verlief und abschloß. Er hatte in seinem Verlauf Japan schwere Opfer aufgelegt, manchen Verzicht ihm abgerungen, zu manchem Rückzug gezwungen. Die Absperrung der britischen Konzession in Tientsin im Frühsommer 1939 lieferte aber schon den unanzweifelbaren Beweis, daß der Silberkrieg seinen Sinn finden werde. England und die USA. gaben ihre Positionen in Nordechina auf und zogen sich mit ihrem chinesischen Verbündeten in den Südwesten Chinas zurück.

Der Silberkrieg war beendet. Nicht aber der Krieg, der in ganz Ostasien um die Machtposition ging, um eine neue Ordnung. Dieser Krieg nahm seinen Fortgang. Er wurde nicht mehr in Nordchina ausgetragen,

auch nicht in der Mandschurei, obschon beide Teile Chinas auch in diesem Kriege eine wichtige Rolle spielten, sondern im ostasiatischen Raum. „Yenblock“ gegen Sterling — Dollarblock hieß die neue Parole. Seinen sichtbaren Ursprung nahm aber auch dieser Krieg im Silberkrieg. Seinen Abschluß wird dieser „Blockkrieg“ erst finden in dem Augenblick, in dem ein wirklich einiges, nationales China aufgebaut werden kann.

Bernhard Poll

Deutsches Schicksal

1914—1918

Vorgeschichte und Geschichte des Weltkrieges

500 Seiten Großoktav, mit 25 Karten-Skizzen und 22 ganzseitigen Urkunden und Aktenstücken in Faksimiledruck. Leinen mit farbigem Schutzumschlag RM. 8.50.

Der Verfasser stellt in seinem Buch die Vorgeschichte und den Verlauf des Weltkrieges unter besonderer Herausarbeitung der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge dar. Daß hierbei nicht ein bändereiches Werk entstanden ist, sondern ein Buch von wenig über 400 Seiten Text, das sich leicht und spannend liest, beweist, wie gut der Verfasser das Gesamtgebiet beherrscht und mit sicherem Blick das Wesentliche zu erkennen vermag.

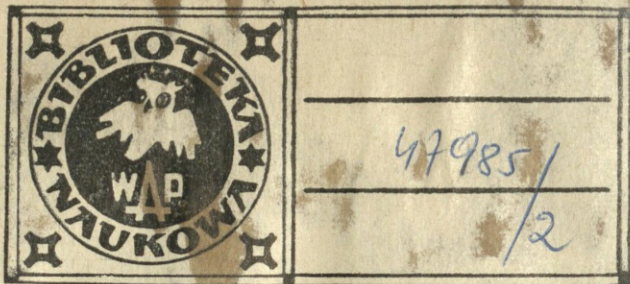
Mit großem Fleiß sind die Ergebnisse der Forschung und einer riesigen Literatur ausgewertet. Zahlreiche Quellennachweise erlauben nicht nur eine leichte Nachprüfung der Darstellung, sondern ermöglichen demjenigen, der tiefer in die Vorgänge eindringen will, die Heranziehung des betreffenden Schrifttums.

Neben der Herausarbeitung der politischen Zusammenhänge verdient die Schilderung der kriegerischen Ereignisse auf allen Kriegsschauplätzen, auch in den Kolonien, die in knapper, doch erschöpfender Form und unter Hervorhebung der wechselseitigen Beziehungen gegeben sind, uneingeschränkte Anerkennung. Vorzüglich gezeichnete Kartenskizzen erleichtern das Verständnis. Von besonderem Wert sind die in Faksimiledruck veröffentlichten Urkunden und Aktenstücke, deren geschickte Auswahl die lebendige Geschichtsschreibung unterstützt.

Das Werk ist ein Lehr- und Lesebuch für jeden Deutschen, ein Volksbuch im wahrsten Sinne des Wortes, das in jede Bücherei gehört.

Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums

DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN NW 7



2260